

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pf., bei Selbstabholung 70 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pf., bei Selbstabholung 80 Pf. — Durch die Post bezogen vierjährlich 2.40 Mk., für 1 Monat 80 Pf. (Bestellgeld vierjährlich 42 Pf., monatlich 14 Pf.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 18008.

Inserate kosten die 7 gespaltene Zeitzeile oder deren Raum 25 Pf., bei Platzzeitung 30 Pf. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beliegen von Projekten ist bei der Gesamtauslage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Teilauslage 5.— Mk. — Schluss der Annahme von Inseraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Der Vorwärts bringt die Mitteilung eines Reichstagsmitgliedes über eine bevorstehende neue Militärvorlage, die eine halbe Milliarde verschlingen soll.

Der Feldwebel Pohl wurde wegen Landesverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die Solinger Waffenfabrikanten drohen, sämtliche Arbeiter der Waffenindustrie auszusperren.

Der französische Senat nahm die einmalige Ausgabe für Heer und Marine einstimmig an.

Die Lehren des Kathederkapitalismus.

Als Anfang der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts einige deutsche Nationalökonomien die Berechtigung einiger Punkte der sozialistischen Gesellschaftskritik anerkannten und die Notwendigkeit größerer Fürsorge für die Arbeiterklasse betonten, da kennzeichnete sie ein inzwischen längst dem Vergessen anheimgefallener Nationalökonom als „Kathedersozialisten“. Diese als Spottname gedachte Bezeichnung ist das Kennzeichen einer in der deutschen nationalökonomischen Wissenschaft lange herrschenden Richtung geworden. Doch der in der jüngsten Vergangenheit von sozialistischer Seite geprägte Ausdruck: „Kathederkapitalisten“ ist der heutigen Stellung und den Anschauungen vieler Nationalökonomie weit mehr angepasst. Er kennzeichnet völlig zutreffend die Stellung vieler jüngerer Vertreter der nationalökonomischen Universitätswissenschaft, von denen die Kreuzzeitung jüngst in einem Artikel über Kathedersozialismus zugab, es sei überhaupt nicht weiter verwunderlich, „dass ein junger Nationalökonom, dem in den nationalökonomischen Lehrbüchern seitenslange Abhandlungen über den Unternehmergeinnahmen vorgelesen wurden, anderer Ansicht wird, wenn er einmal in der Praxis sieht, wie der Unternehmergeinnahmen wirklich aussieht, wie er durch die Gewerkschaftstaktik stets beschnitten wird, und dass es vor allem neben dem Unternehmergeinnahmen auch ein Unternehmer ist, der von dem die nationalökonomischen Lehrbücher gewöhnlich nichts oder nur wenig zu berichten wissen.“

Die Kreuzzeitung schätzt deshalb diese Praxis, die so wunderbar schnelle Gesinnungsänderungen zeigt, wie beispielsweise in dem Fall Bernhard, dass sie am Schluss des zitierten Artikels bedauert, dass sich die jungen Nationalökonomie, welche sich später der reinen Lehrtätigkeit widmen wollen, viel zu wenig in der Praxis umsehen; selbstverständlich ist nur die Praxis des Unternehmertums gemeint. Am liebsten sähe das ehrsame Organ der Großindustrie und des

Junkertums eine Verpflichtung, dass die angehenden Lehrer der akademischen Jugend vor Beginn ihrer Lehrtätigkeit einige Jahre in der Praxis tätig gewesen sein müssen, und mit gehuchelter Naivität betont es, dass eine solche Verpflichtung wahrlich nichts schaden könne.

Aber auch ohne diese praktische Unternehmertätigkeit der Universitätslehrer haben wir die weitestgehende Vertretung von Unternehmeranschauungen in unserer angeblich vorausschlagslosen Wissenschaft. Nur einige Beispiele aus der leichten Zeit wollen wir hier anführen. Dem Frankfurter Professor Voigt, dessen Eintreten zugunsten der Gelben wir bereits behandelt haben, ist jüngst der Professor Stier-Somlo, Direktor an der Kölner Akademie für kommunale und soziale Verwaltung, gefolgt. Er benutzte eine Tagung der Betriebskrankenkassen, um seine früheren Anschauungen, die der sozialen Fürsorge für die Arbeiterklasse durchaus sympathisch waren, abzuschwören und sich die abgegriffensten und unrichtigsten Argumente gegen die Arbeitslosenversicherung zu eignen zu machen. Die Liste eines schnellen Gelehrtenumschwungs könnte noch belieben vervollständigt werden. Es ist jedoch ein offenes Geheimnis, dass die jüngste Generation der deutschen Hochschullehrer aller Sozialpolitik entweder mit offener Feindschaft, oder doch mit deutlicher Gleichgültigkeit begegnet. Wir wollen uns jedoch darauf beschränken, die abschreckende Beurteilung der Tätigkeit der Gewerkschaften, dieses neueste Produkt des Waltens der Unternehmeranschauungen in der Wissenschaft, das schon die begeisterte Zustimmung aller Förderer der Gelben erhält, kritisch unter die Lupe zu nehmen.

Schon in seinem Vortrag bei den gelben Streikbrechervereinen und dann später in einem Artikel in der Frankfurter Zeitung hat Professor Voigt die Ansicht vertreten, dass die Preise der Produkte und der Produktionsmittel, also auch der Lohn als Preis der Ware Arbeitskraft, gegebene Tatsachen seien, die weder die Unternehmer noch die Arbeiter nach Willkür gestalten könnten. Die Gewerkschaften seien deshalb überflüssig, da auch ohne ihre Tätigkeit Lohnerhöhungen, wenn sie möglich sind, bewilligt würden. Voigt begiebt sich in dieser Anschauung mit einem andern Gelehrten, dem Professor Adolf Weber, bisher Dozent an der Kölner Handelshochschule, neuerdings als Nachfolger des Sozialistenhassers Wolf an der Breslauer Universität lehrend. Bereits in seinem vor mehreren Jahren erschienenen Werk: Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, hat Weber den Gewerkschaften die Erfolgsmöglichkeiten ihres Wirkens abgesprochen, weit deutlicher und eingehender, aber nicht überzeugender legt er über diesen Teil seiner Anschauungen Rechenschaft ab in einer kürzlich erschienenen Schrift: Die Lohnbewegungen der Gewerkschaften demokratische; ein antikritisches Beitrag zum Gewerkschaftsproblem. (Bonn 1914. A. Marcus und C. Webers Verlag.) Wenn auch Weber betont, er lasse sich nur durch die Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Forschung leiten, so sind seine Urteile doch sehr stark von den Anschauungen des Unter-

nehmertums beeinflusst. Viele Stellen in seinem Buch zeigen davon. So wenn er davon spricht, dass unsre Gesetzgebung sicherlich keine hemmenden Schranken für die Unternehmerorganisationen aufrichten wird, ohne die Unternehmer entsprechend zu bedenken, und daran die Bemerkung knüpft, die sehr nach einer Rechtfertigung eines Ausnahmestands gegen die Arbeiter aussieht: „Die Koalitionen der Arbeiter können aber eine derartige Belastung sehr leicht überwinden, als die für Koalitionen meist sehr viel weniger geeignete Arbeitgeber.“ So wenn er die vollkommen falsche und tendenziöse Behauptung eines Unternehmerverbandssekretärs übernimmt, dass es gerade bei den größten Kämpfen heutzutage selten um Lohnerhöhungen geht, mehr um Fragen, die außerhalb des Betriebes liegen, um Organisationstragen, um Machtfragen usw.

Weber behauptet, es liege ein geradezu erdrückendes Material für die These vor, dass fortschreitende Verbesserungen der Wirtschaftskonjunktur die Unternehmer zu höheren Löhnen zwingen würden, auch dann, wenn der Zwang der Gewerkschaften nicht hinter ihnen stehe. Diese These, nach der die Gewerkschaften für die materielle Verbesserung der Arbeiter völlig überflüssig sind, sucht Weber durch den Hinweis zu stützen, dass die durchschnittlichen Tagelöhne der Maurer in Nürnberg in der Zeit von 1870 bis 1895, also in einer Zeit, in der, wie Weber behauptet, die Gewerkschaften einstinklos gewesen seien, um 72 Prozent gestiegen sind. Auch in andern Berufen und in andern Orten liege es genau so. Nun bestreitet kein Mensch, dass wenn auf dem Markt Mangel an Arbeitskräften eintritt, damit eine Erhöhung der Löhne verbunden ist. Wenn aber dann ein Überangebot von Arbeitskräften sich einstellt, so sinken die Löhne, wenn nicht der Widerstand und die Koalition der Arbeiter dieses Sinken verhindert. Wenn Weber die Tatsache, dass zwischen 1870 und 1890 gerade unter den Maurern, aber auch in andern Berufen Organisationen bestanden, die Lohnkämpfe führten, mit dem Hinweis zu übergehen sucht, die Wirkamkeit der Gewerkschaften sei in dieser Zeit fast gleich Null gewesen, so ist das eine Behauptung, für die er den Beweis nicht einmal zu führen versucht. In Wirklichkeit hatten die Lohnkämpfe während des Sozialistengesetzes durchaus nicht gänzlich aufgehört, und selbst wenn die Gewerkschaften keine Angriffsbewegungen geführt haben, so wirkte doch ihre bloße Existenz, die Tatsache der Zusammenfassung der einzelnen wehrlosen Arbeiter zur geschlossenen Masse, die ja selbst das Sozialistengesetz in der Zeit seiner schärfsten Anwendung nicht verhindern konnte, lohnerhaltend und lohnerhöhend.

Diesen einfachen Gedankengängen verschließt sich Weber aber vollständig. Er hätte ja auch nur einen Blick auf die Gewerkschaftsstatistiken der Gegenwart zu werfen brauchen, um davon überzeugt zu werden, wie unbegründet und falsch seine These ist. Die Besserung des Arbeitsverhältnisses der Arbeiter ist durchaus nicht auf die Freiwilligkeit der Unternehmer zurückzuführen, wie Weber und die sonstigen Ver-

Feuilleton.

Per Holt.

Von Johan Skjoldborg.

(Berechtigte Übersetzung aus dem Dänischen von Laura Heldt.)

181

Nachdruck verboten.

10.

Eines Sonntags steht Per in der Tür seiner Hütte und blickt hinaus gen Süden über die Wiesen und nach den Hügeln hin.

Seine Gedanken sind weit, weit von hier. Es liegt Sehnsucht in seinem Blick.

Man lässt ihm indessen nicht lange Ruhe, seinen einsamen Gedanken nachzuhängen; denn die Kinder sind stets um ihn, wenn er nach Hause kommt. Ein kleines Kind kommt und will auf den Arm genommen sein, und die Zwillinge, die jetzt groß sind, spielen ihm um die Beine herum.

Er macht einen kleinen Rundgang durch den Garten. Dort stehen einige Reihen Kartoffeln, deren Blätter schon gelb werden. Der Weizföhl ist vom Wurm zerfressen; nur die Blatttrippen sind noch übrig. Es ist überhaupt nicht viel an dem Garten. Auch der Gartenwall ist in Verfall geraten.

Maren gräbt Kartoffeln aus zur Mittagsmahlzeit. Sophie steht steif daneben, ohne sich zu regen. Ihr Haar hängt ungefähr, in langen Strähnen, unter dem Kopftuch hervor, sie sagt nichts; steif und in Gedanken versunken steht sie da wie eine Statue.

Es kommt erst wieder Leben in ihre Gestalt, als sie die Kinder mit Per hereinlärmten hört. Sie zerrt und zupft an ihrem Teller, damit er sich auf alle Biere legt und mit ihnen spielt.

Und dann lachen sie so laut und vollführen ein munteres Getöse, das man aus weiter Ferne schon hören kann.

Aber plötzlich steht die Ziege Mette oben auf dem Wall und medert.

Sie ist sonst angetilert auf dem grünen Hügel drüber im Westen. Aber jetzt, da sie den Lärm gehört hat, hat sie sich losgerissen. Sie will auch bei dem Spiel mit dabei sein. Jetzt steht sie da und medert durchdringend laut.

Und die Kinder lachen und lachen immer von neuem. Sie sieht so drollig aus mit dem steifen Bart, sie ist so amüsant und so gemütlich. Und dann spielen sie mit ihr. Es geht am Gartenwall hinauf und hinunter im wilden Durcheinander.

Es amüsiert Sophie, dieses Spiel mit anzusehen.

Per sucht die Einsamkeit. Im Süden liegt ein grüner, grasbewachsener Hügel. Dort liegt er sich nieder.

Von den Dunghäusern oben auf den Hoibyhöhen zieht ein starker Ammoniakduft herunter, und der herbe Geruch von Ribben wird vom Winde auch hierher geführt.

Die Luft ist so hoch und rein; dass jede Farbe grell aufleuchtet. Die Beeren des einsamen Ebereschenbaumes drüber im Graben hängen wie Korallenperlen an den Zweigen des Strauches.

Man sieht so deutlich über der niedrigen Wiesenfläche die Brücke über die Hoibyau mit ihrem schweren hölzernen Geländer.

Wer als ein freier Mann über diese Brücke schreiten könnte, weithin nach Süden, ganz hinter die hintersten Hügel, dort, wo es andre Verhältnisse gibt!

Aber Sophie will nicht fort von hier. —

Das dunkle Moor ist überzärt mit Flecken blühenden Heidekrauts. Gen Südosten erstreckt es sich, soweit das Auge reicht.

Per übersieht sich seinen Grubestein.

Ein Laut aus der Lust weckt ihn, als würde eine riesige Klinge mit fauchender Kraft von oben nach unten geschwungen.

Das sind Stare, die ihre Übung abhalten, bevor sie ihre große Reise nach dem Süden antreten.

Ihren Versammlungsplatz haben sie oben auf den Hoibyhöhen. Dorthin kommen sie in kleinen Scharen aus der ganzen Umgegend, versammeln sich dort und bilden ein großes Vogelheer.

Wie auf Kommando brechen sie auf und schwingen sich hinauf über das Moor. Ein paar Abteilungen, die eben ankommen, schließen sich den andern an, und ein einzelner Nachzügler taucht mit unter in der großen Schar.

In einem mächtigen runden Kreise schwaben sie über dem Moor, um später wieder auf den Hoibyhöhen zu landen.

Diese Übungen wiederholen sie mal auf mal.

Aber eines schönen Tages ist es ein ernsthafter Aufbruch, und dann fliegen sie fort, fern, fremden Küsten zu.

Per sitzt lange da und versucht mit den Augen die Flugübungen der Stare und horcht auf das pfeifende Sausen der Flügel. —

Da sieht er die Moorseute, seine Nachbarn, den Weg entlangkommen.

Wann kommst du endlich, du strahlender Tag,

Da die kleinen Leute sich scharen? —

Dieser Vers, den Per aus einem Gedicht im „Sozialdemokraten“ kannte, fiel ihm gerade ein.

Es lag aus, als wollten sie hier vorbeikommen.

Er stand auf und ging hinein; es lag ihm nichts daran, mit ihnen zu reden.

Aber drinnen setzte er sich ans Fenster und blickte hinaus, um nach ihnen zu sehen, im Grunde voller Sehnsucht; er folgte ihnen direkt gepannt Auges.

Sophie hatte es auch schon bemerkt. „Über du lieber Himmel, Per, was wollen die Menschen hier?“

„Ich weiß es nicht!“ Er fuhr fort, hinauszustarren. Jetzt lag etwas Furchtbares in seinem Blick.

„Wollen sie etwas Böses, Per?“

„Es ist schon besser, dass man nicht allzu Gutes erwartet. Aber las sie nur herantkommen, jeden einzelnen!“ Per runzelte seine zusammengezogenen Augenbrauen. —

Sie sagten „Guten Tag!“ und Per antwortete ihnen.

Dort standen sie nun innerhalb der Tür, und keiner sagte ein Wort weiter.

Per stand stumm da. Sowohl Sophie als die Kinder standen in einer Reihe und glotzten beinahe die Fremden an. Es lag eine ungeheure Spannung in der Lust.

vereins christlicher Bergarbeiter beim großen Bergarbeiterstreit im Ruhrgebiet.

Das Zentralblatt bestätigt es, daß die christlichen Bergarbeiterorganisationen in den Jahren 1912 und 1913 21 192 Mitglieder verloren haben. Allerdings hat auch die freie Bergarbeiterorganisation durch die Streiks, die durch die Schuld des christlichen Gewerkschaftsverbandes gingen, Verluste an Mitgliedern gehabt, relativ und prozentual aber weniger als der Gewerkschaftsverband. Verluste, wie die des Bergarbeiterverbands, buchten nach verlorenen Schlachten jede Organisation. Aber das Zentralblatt ist bisher nie mild geworden, den Streikbruch als großen moralischen Erfolg der christlichen Gewerkschaftsbewegung hinzustellen; und nun sehen wir, daß der gefeierte „Sieger“ mehr als ein Krieger seiner gesamten Mitglieder verloren hat! Ohne diesen gewaltigen Rückgang hätten die christlichen Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit die Krise im Jahre 1913 gar ohne Mitgliederverluste überstanden. Also am Anschauungsunterricht fehlt es nicht. Und wenn das der christlichen Gewerkschaftsführung als Lehrrmittel noch nicht genügt, dann mag sie die Gesamtentwicklung der christlichen und freien Gewerkschaften studieren.

Die christlichen Gewerkschaften bestehen nun schon 20 Jahre, sie haben keine Zeit durchgemacht, die diese Entwicklung gewaltig gestört hätte. Am Jahresende 1913 zählten sie 808 795 Mitglieder, Ende 1912 850 000 und Ende 1911 850 574 Mitglieder. Stolz brachte die christliche Heersführung alle auf ihren gewerkschaftlichen Anhang nach zwanzigjähriger, von tausend Seiten unterstützter Agitationsarbeit nicht zu sein.

Die Gesamteinnahmen betrugen im Berichtsjahr 7 177 704 M., davon waren reine Mitgliederbeiträge 6 308 245 M.; die Ausgaben betrugen 6 102 688 M. und der gesamte Vermögensbestand am 31. Dezember 1913 belief sich auf 9 082 796 M. Für Streik- und Gewahrsagungsunterstützung wurden 889 631 M. aufgegeben, an sonstigen Unterstützungen 1 509 007 M. Für Agitation wurden 775 038 M. ausgewendet für persönliche Verwaltungsaufgaben 101 059 M. und für sachliche Verwaltung 304 040 M.; der Anteil der Postkassen betrug 1 192 429 M. Die Ausgaben für Verwaltung und Agitation halten sich so ziemlich die Wage mit den Ausgaben für Streik und Unterstützungsziele.

In Streiks fanden statt:

	Anzahl	Beteiligte Personen	1912	1913
Angriffsstreiks	250	284	8500	8872
Abwehrstreiks	77	72	1845	1803
Außsperrungen	32	35	3180	12750

Das ist alles, was an Mitgliedern in ersten wirtschaftlichen Kämpfen verwandelt war; die meisten Ausgesperrten — in Kreisfeld und Voigtsdorf — wurden so schließlich von den christlichen Gewerkschaftsführern vom Kampfplatz zurückgerufen, daß von einem wirklichen Kampf in diesen Fällen gar nicht geredet werden kann. Die abgeschlossenen Tatsäcke, über die Jähn nicht angegeben sind, konnten meist auch nur im Schatten der freien Gewerkschaften miterzielt werden. Ohne die Kraft dieser Organisationen wäre es mit dem christlichen Tarifwesen windig aus.

Wir haben keine Lust, die Jähns aus der freien Gewerkschaftsbewegung, die auf obige Jähns Bezug nehmen, zum Vergleich heranzuziehen. Das aber kann gelastet werden: Müssten sich die deutschen und auch die christlich organisierten Arbeiter auf die Kämpfe der christlichen Gewerkschaften allein stützen, es wäre lächerlich mit ihnen aus.

Deutsches Reich.

Zum Kampf in der Solinger Waffenbranche.

Die vor einigen Tagen zwischen den streitenden Parteien eingeleiteten Verhandlungen können als endgültig gescheitert betrachtet werden. Die Scharfmacher lehnen es ab, die vor dem Streik in der Waffenbranche bestehenden Verträge, die von der Firma Eidhorn gebrochen wurden, wieder in Kraft zu setzen. Die Waffenarbeiter werden auch nach jetzt zwanzigjährigem Kampfe von ihren Forderungen nicht zurücktreten. Bis jetzt hat sich noch kein einziger Streitbrecher gefunden, was wohl darum begründet sein dürfte, daß hinweggedreht und herübergeholt den Waffenfabrikanten nichts nützen, von der Heranziehung dieser „nützlichen“ Elemente also Abstand genommen werden mußte. Dabei drängt die Arbeit immer mehr und die Fabrikanten wissen nicht ein noch aus.

Nun versuchen die Scharfmacher aufs Ganze zu gehen und an der Solinger Arbeiterschaft einen Generalabsturz vorzunehmen. In einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes, an der auch die Waffenfabrikanten und Gießereibesitzer teilnahmen, wurde beschlossen, eine Generalaussperrung aller in der Solinger Schmiedewaffenindustrie beschäftigten Arbeiter vorzunehmen, wenn die Waffenarbeiter bis spätestens 15. Juli nicht zu Kreuze geschlagen sind. Der Vorstand des Solinger Fabrikantenvereins soll schon beschlossen haben, die Aussperrung allen seinen Mitgliedern zu empfehlen. Die Scharfmacher sind bereits dabei, durch Sperrung der sogenannten „schwarzen Ware“ alle Fabrikanten der Weiterverarbeitungsbranchen zum Mitmachen zu bringen. Das ist natürlich kein Terrorismus. Der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Dr. Hornung, fuhr in den letzten Tagen in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der Schlägerverein per Auto von Schläger zu Schläger und ließ sich von allen Schlägervereinen die schriftliche Erklärung geben, an der Aussperrung teilzunehmen. Kommt es in den Schläger- und Gießereibetrieben zu einer vollständigen Einstellung der Produktion, so dürfen über kurz oder lang alle Betriebe der übrigen Branchen stillliegen. Durch diesen Scharfmacherterror würden ungefähr 20000 Arbeiter betroffen werden.

Dass es so weit kommen wird, ist zunächst noch fraglich. Durch eine allgemeine Aussperrung würden die Solinger Fabrikanten, die noch in den letzten Monaten neue Verträge mit vierjähriger Fristigkeit (gesamte Scherzen- und Federmeisterbranche usw.) abgeschlossen haben, kontraktbrüchig. Ob diese Fabrikanten, die das allergrößte Interesse an dem Fortbestand der für sie sehr günstigen Verträge haben, zur Aussperrung schreiten, und ob alle Schläger- und Gießereibetriebe sich dem Terror des Arbeitgeberverbandes fügen werden, ist zunächst abzuwarten. Kommt es so weit, dann wird das machthungrige Unternehmertum die gesamte Arbeiterschaft einig und geschlossen gegen sich haben. Die Arbeiter in der Waffenbranche werden sich noch zwanzigjährigem heldenmütigen Kampfe durch keine Drohung einschüchtern lassen und sind gewillt, so lange zu kämpfen, bis ihre Forderungen anerkannt werden.

Zum Konflikt in der Lausitzer Textilindustrie.

Die Textilindustriellen in der Niederlausitz erlassen eine Erklärung, in der betont wird, daß es sich bei der Forderung der Waller und Wallerarbeiterinnen um eine allgemeine Lohn erhöhung aller Arbeiter handle, die mit Absicht auf die Konkurrenzfähigkeit des Forster Platzes abgelehnt werden müsse. Die Verhandlungen der hierigen Textilarbeiter mit den Unternehmern sind bisher nicht wieder aufgenommen worden. Wenn die streikenden Wallerarbeiter in Forst die Arbeit bis zum Sonnabend nicht wieder aufgenommen haben, soll die über die gesamte Textilarbeiterchaft der Lausitz verhängte Aussperrung in Kraft treten.

Achtung, Bergarbeiter! Zu der Fabrik komprimierter Gase, nämlich auch die neu hinzugekommenen Gartenstadtbewohner und Kolonisten einer ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhalten, wie sie zum Vorteile der Gemeinde erforderlich ist. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Herrclar und seine Hintermänner wollen die Vermeidung der unanständigen Sige lediglich deshalb, damit den Gartenstadtbewohnern und Kolonisten eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird". Auf das Schreiben des Herrn Clar, das in einigen Sägen einen ziemlich hochjährenden Ton annimmt, hat er schon die Antwort durch obiges gemacht. Der Gemeinderat hat die Teilung der unanständigen Klasse abgelehnt und damit einen Strich durch die Bestrebungen einiger Herren gemacht. Wenn übrigens Herr Clar schreibt, daß eine Teilung der unanständigen Klasse zum Vorteile der Gemeinde erforderlich ist, will er damit sagen, daß es jetzt ein Nachteil für die Gemeinde gewesen sei, daß die „Kolonisten und Gartenstadtbewohner“ nicht im Gemeinderat vertreten wären? Welcher Art war dieser Nachteil? Wenn Herr Clar selbst noch Gemeinderatvertreter würde, wie dächte er sich denn dann den besonderen Vorteil für die Gemeinde? Würde er mit seinen großen Fähigkeiten und Kenntnissen der Gemeindewelt etwa erreichen, daß gewisse Teile der Einwohner die Steuern pünktlich zahlen? Wenn das der Fall wäre, würde dem Gemeinderat zu empfehlen sein, Herrn Clar ohne weiteres Sitz und Stimme im Gemeinderat einzuräumen, denn der Gemeinderat kann das nach § 18 der Landgemeindeordnung, der besagt: Personen, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde von Bedeutung sind, kann Sitz und Stimme im Gemeinderat eingeräumt werden.

Am 10. Juli hat der Vorstand des schottischen Bergarbeiterverbandes auf seiner Konferenz in Glasgow beschlossen, am Montag, den 27. Juli, in allen schottischen Gruben mit der vierjährigen Woche zu beginnen. In der ersten Woche soll Montag und Sonnabend, in den folgenden Mittwochs und an den Sonnabenden gefeiert werden. Eine Delegiertenkonferenz der Arbeiter hat noch endgültig zu beschließen, ob die Annahme der Vorstandsvorschläge ist gewünscht. Bleiben also die Grubenherren bei ihrer Haltung, dann muß es vor Ende dieses Monats zu einer allgemeinen Aussperrung im schottischen Bergbau kommen. Auch der britische Bergarbeiterverband hat sich bereits mit dem Konflikt befaßt und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bewegung gegebenenfalls auf das ganze Land ausdehnt. In diesem Falle würde möglicherweise auch das Bündnis der Bergarbeiter mit den Eisenbahnen und Transportarbeitern zum erstenmal in Aktion treten.

Aus der Umgebung.

Wahlrechtsdoktoren in Quasitz.

Infolge der neuen Landgemeindeordnung für Sachsen haben sich auch in unserer Gemeinde verschiedene Änderungen in den Ortsgeschehen, Regulierungen usw. nötig gemacht.

So ist auch u. a. ein neues Ortsgebot geschaffen, das die Zusammensetzung des Gemeinderates regelt.

Überhaupt bestand hier noch ein Wahlrecht, das eine Klasseinteilung nach Gütern, Häusern und Unanständigen ohne Rücksicht auf die Steuerleistung vorsah. Das neue Ortsgebot hat endlich damit aufgeräumt.

Das neue Ortsgebot ist folgende Klasseinteilung festgelegt worden:

Zur Klasse I gehören Unanständige, die mindestens in der 9. Steuerklasse veranlagt sind. Sie sind berechtigt 4 Vertreter und 2 Ersatzmänner zu wählen. Die übrigen Unanständigen bilden die II. Klasse und wählen 2 Vertreter und einen Ersatzmann.

Die Unanständigen bilden die III. Klasse mit 2 Vertretern. Die Klasse der Unanständigen bleibt ungeteilt, der Gemeinderat hat eine von der Amtschäftsmaut angestellt auf Grund des Gesetzes geforderte Teilung der unanständigen Klasse abgelehnt. Die Amtschäftsmaut mußte also wohl über Abfall in den lauren Apfel beißen und das Ortsgebot ohne Teilung bei den Unanständigen gewirkt.

Der Gemeinderat hatte ursprünglich beschlossen, den Gemeinderat wie folgt zusammenzusetzen: Klasse I der Unanständigen (bis 80 M. Steuer) 8 Vertreter, Klasse II der Unanständigen (unter 80 M. Steuer) 8 Vertreter, Klasse III Unanständigen 8 Vertreter erhalten.

Das leichtere wäre nur möglich gewesen mit Dispens von § 18, Abs. 6 der neuen Landgemeindeordnung, der besagt: Die Zahl der unanständigen Gemeinderatvertreter soll nicht mehr als den 4. Teil der Gesamtzahl der Gemeinderatvertreter betragen.

Der Beschluss des Gemeinderates, jeder, auch der unanständigen Klasse, 8 Vertreter (also 1/8 aller Sitze) einzuräumen, entsprang den örtlichen Verhältnissen.

In Klasse I der Unanständigen, die nach dem ersten Beschluss des Gemeinderates 8 Vertreter erhalten sollte, sind nur 5 wählbare Personen vorhanden, von denen auch noch einige altershalber ablehnen können. Mit knapper Not könnten also die Sitze im Gemeinderat belegt werden. Die Klasse II der Unanständigen wies auch nur 5 wählbare Personen auf, so daß auch hier gerade so viel wählbar waren als gebraucht wurden.

Es wäre durchaus gerechtfertigt gewesen, wenn den Unanständigen drei Sitze eingeräumt worden wären. Nicht nur infolge der schwachen Zahl der Unanständigen, sondern auch bezüglich der Steuerleistung. 68 Prozent der Gemeindebewohner werden durch die Unanständigen aufgebracht. Der Beschluss des Gemeinderates ist natürlich von der Aufsichtsbehörde beanstandet worden, wodurch nur die Zusammensetzung des Gemeinderates, wie eingangs erwähnt, geregelt ist. Von einer Gemeinderatsswahl kann man aber fünftausend kaum noch reden, wenn fünf wählbare Personen vier Vertreter und zwei Ersatzmänner stellen sollen.

In unserem über 900 Einwohner zählenden Orte sind insgesamt 11 wählbare anständige Personen vorhanden, die in beiden Klassen zusammen sechs Vertreter stellen (von zehn Mitgliedern im ganzen). Darauf kann wohl die Unzinnigkeit des Gemeindewahlrechts kaum noch wirken.

Bei dieser Gelegenheit soll aber nicht unerwähnt bleiben, daß sich auch noch andere Herren um die Zusammensetzung des Gemeinderates bemüht haben, allerdings nicht, um eine gerechte bessere Verteilung der Sitze auf die einzelnen Klassen herbeizuführen, sondern ihnen war es mehr um eine „standesgemäß“ Verteilung zu tun. Früher waren es besonders einige Herren aus der Villenkolonie (Gebr. Kramer), die sich für eine ihrem Stande angemessene Vertretung ins Zeug legten, natürlich auf Kosten der übrigen Unanständigen. Doch bei der letzten Gemeinderatsswahl wurde alles aufgebohrt, um einen Herrn Giller als geeigneten Mann in den Gemeinderat zu bringen, der dort natürlich in ihrem Sinne für Verbesserung des Wahlrechts der Unanständigen wirken sollte. Der Versuch mißlang aber läßlich. Kurz darauf stellte sich heraus, daß einer der Herren Kramer die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft um 800 000 M. erleichtert hatte. Er erschoss sich, nachdem man ihm die genügende Zeit dazu gelassen hatte, und sein Bruder schüttelte den Quasitzer Staub von den Pantoffeln. Die Herren haben aber Schule gemacht. Nachdem war es der Mieterverein, der sich in Verhandlungen mit der Zusammensetzung des Gemeinderates beschäftigte. Natürlich beansprucht auch der unpolitische Mieterverein einen Sitz im Gemeinderat, noch in seinen letzten Versammlungen wurde eifrig über diese Frage gestritten. Wenn der Mieterverein einmal versuchen würde, auf verschiedene Bewohner der Gartenstadt einzurücken, daß sie ihren Verpflichtungen in puncto Zahlung eifriger nachkommen würden, hätte er sicher Anerkennung gefunden.

Nun kommt auch noch ein Beamter der Sternburgbrauerei, Herr Clar, der „ schon“ 8½ Jahre in Quasitz wohnt und schüttelt den Gemeinderat ab, weil er nicht schon längst eine andre Zusammensetzung des Gemeinderates herbeigesehnt hat. Er legt u. a. also los: „ Es ist deshalb ein gerechtes Verlangen, wenn ich hiermit beantrage, der Klasse der Unanständigen durch Ortsgebot mindestens noch 2 Sitze im Gemeinderat einzuräumen, jumal dieses Verlangen nach § 18 der Landgemeindeordnung begründet ist usw.“

Welches Schicksal die Gemeinderatssvorlage ereilt, die auch drei Sitze für die unanständige Klasse vorsieht, ist oben schon angegeben. Wenn Herr Clar also glaubt, diesbezüglich dem Gemeinderat Vorwürfe zu machen, so muß er sich schon etwas mehr Gesetzeskenntnis aneignen.

Um sich wäre das Verbrechen des Herrn Clar und seiner Verater ganz lästig. Auch wir stehen auf dem Standpunkte, daß die gesetzlich zugelassene Verteilung der Unanständigen im Gemeinderat völlig ungerecht ist. Soviel wären wir einig. Aber was Herr Clar will, sagt er in einem andern Satze seines Schreibens, nämlich: „ Bei der neuen Klasseinteilung bitte ich jedoch auch darauf Bedacht zu nehmen, daß die Erweiterung der Vertretung vom Gemeinderat nicht ausschließlich der unbemittelten großen Masse zugute kommt, sondern daß

namentlich auch die neu hinzugekommenen Gartenstadtbewohner und Kolonisten einer ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung erhalten, wie sie zum Vorteile der Gemeinde erforderlich ist. Hier liegt der Hase im Pfeffer. Herr Clar und seine Hintermänner wollen die Vermeidung der unanständigen Sige lediglich deshalb, damit den Gartenstadtbewohnern und Kolonisten eine ihrer Bedeutung entsprechende Vertretung eingeräumt wird“. Auf das Schreiben des Herrn Clar, das in einigen Sägen einen ziemlich hochjährenden Ton annimmt, hat er schon die Antwort durch obiges gemacht. Wenn übrigens Herr Clar schreibt, daß eine Teilung der unanständigen Klasse zum Vorteile der Gemeinde erforderlich ist, will er damit sagen, daß es jetzt ein Nachteil für die Gemeinde gewesen sei, daß die „Kolonisten und Gartenstadtbewohner“ nicht im Gemeinderat vertreten wären? Welcher Art war dieser Nachteil? Wenn Herr Clar selbst noch Gemeinderatvertreter würde, wie dächte er sich dann den besonderen Vorteil für die Gemeinde? Würde er mit seinen großen Fähigkeiten und Kenntnissen der Gemeindewelt etwa erreichen, daß gewisse Teile der Einwohner die Steuern pünktlich zahlen? Wenn das der Fall wäre, würde dem Gemeinderat zu empfehlen sein, Herrn Clar ohne weiteres Sitz und Stimme im Gemeinderat einzuräumen, denn der Gemeinderat kann das nach § 18 der Landgemeindeordnung, der besagt: Personen, die für die wirtschaftlichen Verhältnisse der Gemeinde von Bedeutung sind, kann Sitz und Stimme im Gemeinderat eingeräumt werden.

Wenn die Herren im Grüne verlegen sind, ihre Forderungen zu begründen, so wählt man solche versteckte Weile. Vorläufig ist durch Ortsgebot dem Bestreben der Herren ein Regel vorgeschoben, die Zukunft wird es lehren, ob die Gemeinde einen besonderen Vorteil hat, wenn die Kolonisten und Gartenstadtbewohner einmal eine Vertretung im Gemeinderat haben.

Uebriens würden wir dem Gemeinderat empfehlen, bei Beratung der jetzigen Steuervorlagen einmal darauf Bezug zu nehmen, daß Teile von Bewohnern zum Beispiel der Gartenstadt sich erbauen über die übrigen Bewohner dunkeln und Extrarechte beanspruchen. Der Gemeinderat hat auch das Recht, nach § 19 des Gemeindesteuergesetzes gewisse Ortssteile oder Klassen von Einwohnern stärker zu den Gemeindelasten heranzuziehen.

Engelsdorf. Glücklich abgelaufen. Auf dem Bahnhofsweg von hier nach Mölkau wurde gestern nachmittag ein mit mehreren Personen besetzter Wagen aus Vorsdorf von einem Lastwagen angefahren und arg beschädigt. Auch einige der Fahrgäste trugen Verletzungen davon und mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Vorsdorf. Wieder ein Unfall im Seebad. Am Dienstagvormittag wurde im böhmischem Seebad der auf Urlaub bei seinen Eltern in Sommerfeld befindliche 16½-jährige Unterrichtsschüler Paul Ottmann anscheinend von einem Herzschlag getroffen, der den Tod des jungen Mannes zur Folge hatte. Nach einer halben Stunde wurde die Leiche aufgefunden; Wiederbelebungsversuche waren leider vergeblich. Die Rettungsmittel sollen, wie von Augzeugen berichtet wird, manches zu wünschen lassen; auch einige gerüstete Bademeister sind bei dem Umgang des Bades bringend nötig.

Bon Nah und Fern.

Jugdglück in Erfurt.

In Erfurt entdeckte eine Frau in einem verschlossenen Schlag im Hausflur ein „gefährliches Raubtier“. Sie flüchtete entsetzt zum Hauswirt, der sich davon überzeugte, daß es sich um einen Fuchs handle und schleunigst einen Jäger benachrichtigte. Vorstichtshalsber machte er auch noch der Polizei Mitteilung. Inzwischen rückten mutige Männer heran, bewaffnet mit einem großen Messer und vielen dicken Knütteln, um das wilde Tier zu erschlagen. Ein mutiger Gastwirt schlug zuerst auf Meister Reineke ein und töte ihn mit einem wuchtigen Schlag. Als man aber das Füchsigkeit in den Hausflur gestellt worden war.

Eine Schreckensstat.

Maisland, 14. Juli. Zu einer Bluttat des 50-jährigen Bauern Bianetti in der Sommerfrische San Giovanni Bianco in der Lombardie wird gemeldet: Mit einem Gewehr bewaffnet erschien der Bauer in dem Dorf und tötete mit drei Schüssen zunächst den Gemeinderat Morali in seiner Wohnung. Darauf begab sich der Mörder zum Ortsfarrer Paleni, den er in Begleitung seiner frischen Mutter niederkreiste. Diese liegt jetzt vor Schred im Sterben. Hierauf ging Bianetti in das Haus des Gemeindeschreibers Glubici und erschoss ihn und seine erwachsene Tochter. Noch nicht genug vom Blut gefüllt, tötete der Mörder weitere vier Dorfbewohner, darunter den Gemeindeschreiber, in ganzem acht Personen. Dann stürzte der Mörder in die umliegenden Wälder. Die Aufregung im Dorf ist unbeschreiblich. Zur Verfolgung des Mörders wurden zahlreiche Karabiner aufgeboten.

Explosionenlust.

Berlin, 14. Juli. Auf dem Truppenübungsplatz Düppel ereignete sich aus unbekannter Ursache, während im Geschützpark ein Kommando der Gardefeldartillerie mit dem Umpaden von Munition beschäftigt war, eine Explosion, wodurch die Kanoniere Hebler, Heinemann, Schulz und Rasch schwer verlet

Nervöse Erscheinungen

werden oft durch Ermüdung des Körpers hervorgerufen. Absätze Continental machen Ihren Gang leicht und elastisch und verhindern vorzeitiges Ermüden. Verlangen Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher die enorm haltbaren
Continental-Absätze

Ortsverein L.-Connewitz.

Sonnabend, den 18. Juli, abends 1/2 Uhr
im Sachsischen Haus

Mitgliederversammlung

Tagesordnung: 1. Vortrag über Versäufung von Nahrungs- und Genussmitteln. 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

Wir erwarten zahlreichen Besuch, da das Vortragsthema alle Mitglieder interessieren dürfte.

Ferien-Ausflüge:

Erster Ausflug	Montag, den 20. Juli, nach dem Biehle, Abmarsch früh 7 Uhr.
Zweiter "	Mittwoch, den 22. Juli, nach Dölln (Park), Abmarsch nachmittags 2 Uhr.
Dritter "	Mittwoch, den 29. Juli, nach Dölln (Linde), Abmarsch nachmittags 2 Uhr.
Vierter "	Mittwoch, den 5. August, nach der Baude bei Holzhausen, Abmarsch früh 7 Uhr.
Fünfter "	Mittwoch, den 12. August, nach Gaußsch (Neuer Gasthof), Abmarsch nachmittags 2 Uhr.

Die Kinder sammeln sich zu allen Ausflügen in der Veteranenhalle, der Abmarsch erfolgt pünktlich zur angegebenen Zeit. Die Teilnahme an den Ausflügen ist nur Kindern von unseren Mitgliedern gestattet und müssen sich diese durch Mitgliedsbuch der Eltern legitimieren. An dem ersten und fünften Ausflug (Tagesausflüge) können nur Kinder über 10 Jahren teilnehmen. Proviant u. Fahrgeld ist mitzubringen. bleibt an den Mittwoch-Nachmittagen, wo Ferien-

Die Bibliothek

Sonnabend, den 25. Juli, abends 8 Uhr

Sommernachtsfest in der Goldenen Krone, L.-Connewitz.

Eintrittskarten können nur von Mitgliedern bei den Volksschülern entnommen werden.

Sonnabend, den 8. August

Nacht-Ausflug mit Musik nach Dölln (Linde).

Der Vorstand.

Deutscher Transportarbeiter Verband

Telephon 3426

Büro: Volkshaus, Zeitzer Straße 32, Aufgang rechts, III. Etage

Sektion Straßenbahner

Donnerstag, 16. Juli, abends 1/2, 10 Uhr

Versammlung im Tivoli, Windmühlenstraße. Tagesordnung: 1. Die

Leipziger Straßenbahner und die Beschlüsse unseres Kölner Verbands-

tages. Ref.: Kollege Hermann Rathmann, Berlin. 2. Gewerkschaftliches.

Sektion Kraftwagenführer

Freitag, 17. Juli, abends 1/2 Uhr

Versammlung im Restaurant zum Amtelbaum, Burgstraße 7.

Tagesordnung: 1. Polizeistreifen und die Notwendigkeit der Erhöhung der

Fahrgeschwindigkeit für Automobile in Leipzig. Referent: Kollege Franz

Röttig, Berlin. 2. Berufssachen.

Sektion Kohlenarbeiter

Sonnabend, 18. Juli, abends 1/2 Uhr,

Versammlung im Volkshaus, Zimmer Nr. 9. Tagesordnung: 1. Wie

stellen sich die Kohlenarbeiter zur Einleitung einer Lohnbewegung?

Transportarbeiter

von Leipzig und Umgegend

Sonnabend, den 19. Juli, im Brauereigarten

zu Leipzig-Stötteritz

Großes Sommer-Fest

bestehend aus Feszug, Konzert, Ball
Tombola und Kinder-Belustigungen

Zu dem Feszug mit Musik (4 Musikhöre), treffen sich die Kollegen mit ihren Familien pünktlich nachmittags 1/2 Uhr auf dem Johanniskirchplatz.

Der Feszug bewegt sich Hospitalstraße und Stötteritzer Straße.

Wir ersuchen alle Funktionäre unserer Organisation, für obige Veranstaltungen

eine rege Agitation zu entfalten, und zeichnen mit kollegalem Gruß

Die Ortsverwaltung Leipzig.

Berband der Steinseßer

u. Berufsgenossen (Filiale Leipzig).

Freitag, den 17. Juli, abends 1/2 Uhr

Halbjährige Generalversammlung

im Volkshaus, Zimmer Nr. 9.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes;

2. Kassenbericht; 3. Ergänzungswahl des Vorstandes;

4. Gewerkschaftliches.

Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung

zu erscheinen. [10895] Der Vorstand.

Butter - Käse

Emmenthaler	0.85
I Schweizer	0.75
I Bergkäse	0.70
Alpenlimburger	0.50
Alpenstangenkäse	0.40
Gewöhnliche	0.30
Tafelbutter	1.20
Alpenbutter	1.10

verjendet fortwährend u. Garantie unter Nachnahme die

Algäuer Käserel Jos. Dorn, Lustnauort Oberstaufen 5

Bayrische Alpen.

Welt-Ausstellung für Buchgewerbe u. Graphik Leipzig 1914



mit den Sonder-Ausstellungen:

Halle der Kultur, Graphische Kunstausstellung, Neuzeitliche Buchkunst, Die Frau im Buchgewerbe, Der Kaufmann, Das Kind und die Schule, Akademisches Viertel „Der Student“, Deutschland im Bild, Deutsche Kolonien, Deutschtum im Auslande.

Tages-Programm

Donnerstag, den 16. Juli
Konzerte

Musik-Pavillon A (am Hauptcafé):

Nachm. 4 und abends 8 Uhr: Ausstellungsorchester, Leitung: Kapellmeister Olsen.

Musik-Pavillon B (am Hauptrestaurant):

Gastkapelle.

Im Saale der Musikverleger (Halle Deutsches Buchgewerbe):

Abends 1/2 Uhr: Klavierabend von Flora Günzburg.

Leuchtspurenbrunnen

1/4—3/4 10 Uhr abends.

Lichtspiele:

Lichtspielhaus am Eingang A
Vorführungen von 4 Uhr nachmittags bis 10 Uhr abends ununterbrochen.

Täglich wechselndes Programm. [10398]

Rathaus

ausgestatteter Vergnügungs-Park

— mit den neuesten Attraktionen —

Vorräthe Restaurants und Cafés.

Auftraten der 3 Brothers Saxon.

Athletische Spiele, zum Schluß: Kraftakt mit einem vollbesetzten Auto (das Auto wird von der Firma Benz & Co. gestellt): Nachmittags 4 und 6, abends 8 Uhr.

Neben Oberbayern. Zutritt frei!

Eintrittspreise:

1.— Mk., Kinder 50 Pfg.; nach 7 Uhr abends 50 Pfg.

Dauerkarten:

Stammkarte Mk. 8.—, 1. Nebenkarte Mk. 6.—, weitere Nebenkarten Mk. 3.—.

Wochenkarten:

Mk. 3.—.

Kostenloser Wohnungsnachweis

durch den Leipziger Verkehrsverein, Naschmarkt 1—3, und Hauptbahnhof, Querbahnhsteig.

Ortsverein L.-Gohlis

Sonnabend, den 18. Juli

abends 1/2 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im Brauerei-Hausbank Ritschau & Co., Elisabethstr. 17.

Tagesordnung:

1. Vortrag über Religion und Sozialdemokratie.

[10407]

2. Diskussion.

[10407]

3. Partei- und Vereinsangelegenheiten.

[10407]

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

Sonnabend, den 25. Juli

Grosses Sommer- und Kinderfest

im Neuen Gasthof, L.-Gohlis.

Metallarbeiter Verband

Geschäftsstelle: Volkshaus, Zeitzer Straße 12
Post r. 1. Unterricht: vorw. 8-9, mitt. 12-1, abends 5-6. Samm. 8-9 Uhr. Tel. 5784

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und kann über 8 Uhr abends mit 50 Pfg. gebraucht werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Reparaturen werden auf Wiederholung nicht entrichtet.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung des Verbandsbuches innerhalb zweier Tage erworben werden.

Werkzeugmesser müssen gegen Entrichtung

Politische Uebersicht.

Der sieghafte Unsin.

Die Nationalliberalen haben zwar für die Stichwahl in Coburg die Parole für den Fortschrittler ausgegeben, aber sie haben es doch nur mit einem trocknen und einem nassen Auge getan. Sie verlangen von Herrn Arnold, dass er im Falle seiner Wahl auch wirklich seine Versprechungen einlöse, besonders was die Niederfüllbacher Missionenstiftung anbelangt; und den Staatsrechtslehrer und fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. v. Liszt fordern sie auf, dem Lande Coburg die vom belgischen Staat nach Ansicht der Fortschrittler zu Utrecht einbehaltenden Millionen zurückzugeben, aus deren Ertrag alsdann die Grundsteuer in Coburg zu beseitigen wäre. Die Nationalliberalen Korrespondenz insbesondere bemerkt dazu:

Wir fürchten, dass die Coburger Bauern, die daraus hin ausgläufig ihre Stimmen für Herrn Arnold abgegeben haben, eine der größten Enttäuschungen ihres Lebens zu vergegenhören haben werden. Dann aber wird es für die nationalliberalen Partei an der Zeit sein, die wahre Bedeutung der Niederfüllbacher Stiftung und ihrer missbräuchlichen Ausnutzung vor aller Welt klarzustellen und den Wahlkampf auf denjenigen politischen Boden zurückzuschließen, auf den allein er gehört. Von dem Wahlkampf, der sich in den Juliklagen des Jahres 1914 im Herzogtum Coburg abgespielt hat, kann man mit den Worten Talbots sagen: *Unsinn, du hast gesiegt!*

Dazu ist nur zu sagen, dass die Worte Talbots auch dann Geltung gehabt hätten, wenn die Coburger Kleinbürger und Kleinbauern statt der fortschrittlichen die nationalliberalen Schaumsläger in die Stichwahl gebracht hätten. In Sachen des Volksbetriebs geben die Nationalliberalen den Fortschrittler nichts nach und beider verhilft in der Regel nicht das Parteidrogramm, sondern der Unsin zum Siege.

Auch in der sozialdemokratischen Presse ist auf die demagogische Agitation der Fortschrittler als einer Ursache ihres Erfolgs hingewiesen worden. Der von den fortschrittlichen Fabrikanten des Kreises an den von ihnen abhängigen Arbeitern ausgeübte Terrorismus wurde als zweiter Grund dafür angegeben. Wir stimmen jedoch der Ansicht, dass sich durch diese beiden Punkte auch unser Stimmentwürgung und unser Misserfolg erklären lasse, nur zum Teil zu. Wir sollten uns daran gewöhnen, nicht die bösen Gegner dafür verantwortlich zu machen, wenn es bei einer Wahl nicht vorwärtsgegangen ist, sondern zunächst unser eigenes Gewissen darüber zu erforschen, ob wir in jeder Beziehung unsre Pflicht getan haben.

Unsre Parteidreunde in Coburg waren vor dieser Wahl außerordentlich rührig, und wir sind dessen sicher, dass sie auch bei der Stichwahl ihre Pflicht bis zum äußersten tun werden. Dessenungeachtet darf man heute schon aussprechen, dass es nicht genug sein darf, vor einer Wahl bis zur Ershöpfung zu arbeiten, sondern dass da u. r. e. Erfolge nur durch unablässige Organisationsarbeit auch im Wahlfrieden sicher gestellt werden können. Aber gerade hieran mangelt es im Coburger Ländchen gar sehr. Nach den Berichten des Parteivorstands an die Parteitage zählt dort die Parteidorganisation 1911 768, 1912 660, 1913 652 Mitglieder; in dem einen Jahre sind also 57, in dem andern 18 Mitglieder verloren gegangen. Im Jahre 1909 wurden 6183, im Jahre 1912 6199 und diesmal 5762 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. Es ist also nicht viel mehr als der zehnte Teil der sozialdemokratischen Wähler politisch organisiert. Nach dem Bericht des Parteivorstands hat der Kreis 129, nach den Mitteilungen der bürgerlichen Presse über 150 Ortschaften. Aber nur in 18 gab es Parteimitglieder, und nur in 14 Ortsvereine.

Wir haben schon in unserer Vorhau auf die ungünstige geographische Lage des Kreises und auf die schlechten Lebensverhältnisse der Bevölkerung hingewiesen, dabei aber auch die Opferfreudigkeit unsrer Genossen erwähnt. Jedoch scheint es wie in der Organisation so auch in der Agitation gemangelt zu haben. Die Liberalen haben den Volkspatriotismus aufgestachelt, und sie sind daneben bei den vielen Heimatverbänden des Kreises mit verlogenen Behauptungen über die Reichsversicherungsordnung hausieren gegangen. Soweit wir den Wahlkampf verfolgen konnten, sind unsre Parteidreunde in den entgegengesetzten Fehler verfallen: sie haben die lokalen Verhältnisse zu wenig berücksichtigt. Um nur eins zu erwähnen, so waren wohl die "Paradeperde" der Partei aus Berlin und andern großen Orten im Wahlkampf rednerisch tätig, die Reichstagsabgeordneten der benachbarten Kreise, die wirtschaftlich und politisch mit dem Coburger Kreise große Verwandtschaft haben, hatte man jedoch nicht herangezogen.

Unermüdliche Organisationsarbeit auch im Frieden, das ist die alte Lehre, die nicht nur die Coburger Genossen, sondern die Gesamtpartei aus dieser Wahl zu ziehen hat. Und besonders jene Kreise, die ihre bisherigen Erfolge trotz einer schwachen Parteidrechenschaft errungen haben, werden sich die Ergebnisse der Coburger Erfahrung zur Warnung dienen lassen müssen. Die Unimittlichkeit wird nicht mehr siegen, wenn ihr durch niemals ermüdbende Aufklärungs- und Organisationsarbeit der Boden entzogen ist.

* * *

Am Donnerstag findet in dem ostpreußischen Wahlkreis Labiau-Wehlau die Erfahrungswahl für den verstorbenen konservativen Abgeordneten v. Massow statt. Im Jahre 1910 waren 7217 konservative, 5517 fortschrittliche und 3708 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden; in der Stichwahl siegte der fortschrittliche Kandidat. Im Jahre 1912 wurden 8856 konservative, 5850 liberale und 2061 sozialdemokratische Stimmen gezählt und im zweiten Wahlgang fiel das Mandat an die Konservativen zurück. Der jetzige Wahlkampf wird von den beiden bürgerlichen Parteien mit großer Feindseligkeit geführt, und besonders die Konservativen leisten das Menschenmögliche am Terrorismus. Die Sozialdemokratie ist in der Agitation wie in ganz Ostpreußen so auch in diesem Kreis am stärksten daran. Die Säle werden unsern Genossen abgetrieben, den Flugblattverbreiter bereitet man die größten Sanierungsarbeiten. Die Liberalen tragen sich mit der Hoffnung, den Konservativen den Kreis wie im Jahre 1910 wieder abzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Sehnsucht nach der Bombe.

Die Preußen-Deutschland beherrschende Junkertasse steht in politischen Nöten. Die rote Flut steigt unaufhaltsam und droht die Dämme niederzureißen, hinter denen das Junkertum gesichert sitzt und von wo aus es die Ausweitung der

breiten Volksmasse betreibt. Diese furchterliche Gefahr gilt es abzuwehren, gleichviel mit welchen Mitteln. Und so machte denn der famose Januschauer wieder einmal dem geprägten Herzen seiner Freunde Lust, als er auf dem Feste des Bundes der Landwirte in Kressau (Westpreußen) eine Rede hielt, die in dem Wunsche nach Aktionen gipfelte. Der Strom nach links wird unaufhaltsam breiter, fließt Herr v. Oldenburg-Januschau, dagegen immer schwächer der Strom der Monarchie. Wir haben 111 Sozialdemokraten im Reichstag; doch sei das noch nicht das Schlimmste. Wenn man heute den Entschluss fasse, mit der Sozialdemokratie zu kämpfen, so würde dies ungeahnte Erfolge haben. Allerdings: es würden ja zunächst eine Anzahl Bomben geworfen werden, aber die müssten die beteiligten Minister eben ertragen.

Der Januschauer und seine junckerlichen Freunde brennen demnach noch immer auf eine blutige Auseinandersetzung mit der Sozialdemokratie. Sie sehen in ihr die einzige Lösung der politischen Gegensätze und gegenwartigen Fragen. Leider gehören zu solchen Auseinandersetzungen aber stets zwei; die Sozialdemokratie hat jedoch keine Veranlassung, den Wünschen des Herrn v. Oldenburg und seiner Freunde entgegenzukommen. Sie gedeiht unter den gezeigten Verhältnissen vorzüglich und überlässt es ihren Feinden, die Bahnen der Gelehrte zu verlassen. Wie weit dies bereits geschehen ist, zeigt die neueste Rede des Januschauers, die aber durchaus keine Einzelerscheinung ist, wie die liberale Presse glauben machen möchte. Denn fast zur selben Stunde sprach auch der gleichermaßen bekannte Graf Westarp über die Nöte des Junkturums im Verein deutscher Studenten zu Berlin. Er lobte in seiner Manier gegen die demokratisierenden Tendenzen der Gegenwart, die alles zu verunglimpft drohen. Die Selbstregierung des Volkes sei ein Trugschluss; die Herabsetzung des Alters der Wahlberechtigten auf 20 Jahre sei unmöglich, da "mit 20 Jahren im allgemeinen (1) noch nicht die nötige politische Reife erlangt ist". Auch das Frauenstimmrecht ist verwerflich, denn "die Frau gehört nicht in die Politik". Über die Forderung der Neuerteilung der Wahlkreise bemerkte Westarp: Wollte man die Wahlkreise neu einteilen, so depositiere man die ländliche Bevölkerung, die ihre ganze Kraft an die Städte abgegeben habe, die die Kosten an Geld und Menschen trage, zugunsten der Industrie. Es kommt nicht nur auf die Masse der Bevölkerung an, sondern auf Land und Leute. Menschen, die eine größere Bodenfläche bewirtschaften, können auch größere politischen Einfluss beanspruchen.

Die landwirtschaftliche Bevölkerung hat in der neuesten Entwicklung ein gut Teile des Nachwuchses an die Industrie abgegeben und ist daher prozentual dieser gegenüber zahlenmäßig zu rückgeblieben. Daran sieht die Demokratie den Schluss, die Herrschaft müsse der neu emporwachsenden Schicht, der neu-deutschen Industriebewohnerung zufallen, der Landwirtschaft, die zum Absterben bestimmt sei, müsse die Herrschaft entzogen werden. Da haben wir ein Musterbeispiel für die merkwürdige Art des Prinzips der Gleichheit. Was fällt, das stoße man, damit es ganz falle; so soll auch die Landwirtschaft, die den schweren Kampf zu führen hat, niedergeholt werden. Das ist das Musterbeispiel dafür, wie die innere Verlung eines Verlustes außer acht gelassen wird, wo die Mehrheit die Entscheidung fällt.

Dieses Bekenntnis des Grafen Westarp, dass die Landwirtschaft, lies Junkturm, in Preußen-Deutschland wirklich herzhaft und mit Zähigkeit an diesem Vorrecht festhalten will, ist immerhin zu registrieren. Es erklärt sich so besser die Sehnsucht der Junker nach einer blutigen Unterdrückung der "demokratisierenden Tendenzen", nach einer Vernichtung der Sozialdemokratie mit Maschinengewehren und Kartätschen. Wenn dabei einige Minister mit "aufzuliegen", so sind das eben Verunsicherungen, die sie im Interesse des Junkturums auf sich nehmen müssen.

Neue Militärforderungen!

Dem Vormärz wird aus Südtirol von einem Mitglied des Reichstags geschrieben:

Ich war mehrere Tage von jeder Verbindung mit der Presse abgeschnitten. In Bozen las ich daher erst heute (13. Juli) in den Münchner Neuesten Nachrichten, dass man sich in der politischen Welt freiert über die bei uns nie abreichende Frage: Neue Steuern oder nicht? Es wird Bezug genommen auf eine Neuerierung des bayrischen Kriegsministers v. Kreis, dass ihm von einer Nullungsvorlage "nichts bekannt" sei. Der Mann hat offenbar mehr diplomatische Qualitäten als sein preußischer Kollege. Er hat zwar nicht die ganze Wahrheit gesagt, aber auch keine Unwahrheit. In Wahrheit gibt es eine Vorlage, die weit mehr als eine halbe Milliarde fordert, — für "strategische Zwecke"! Das braucht natürlich nicht notwendigerweise eine "Nullungsvorlage" zu sein, von der Herr v. Kreis nichts weiß, aber sie könnte doch — um nur ein Beispiel zu nennen — auf Eisenbahnbauten beziehen. Ich kann Ihnen weiter mitteilen, dass mit dem Gedanken gespielt wird, diese Vorlage eventuell zur Auflösung des Reichstages zu benutzen. Ich betone, dass ich aus sehr guter Quelle geschöpft habe.

Natürlich wird sofort die amtliche Dementierung in Tätigkeit treten und damit augenfällig die Richtigkeit der Meldung bestätigen.

Die Aussöhnung der Profitmacher.

Auf der Landesversammlung der sächsischen Sozialdemokratie hat die Erörterung über die Blattgründung in Plauen einen breiten Raum eingenommen, und da dieser Parteitag im ganzen einen ruhigen Verlauf genommen hat, so fällt die bürgerliche Presse mit Gier über den magern Knochen her, den ihr die Differenzen über diesen Punkt zu geben scheinen. Und dabei stellt es sich zum tausendstundenstamm heraus, dass die kapitalistische Welt die Vorgänge in der Sozialdemokratie nicht anders als vom kapitalistischen Standpunkt aus beurteilen kann. So schreibt die Frankfurter Zeitung:

"Aus welchen Motiven der Vorstand so rasch gehandelt hat, ist nicht ohne weiteres zu erschärfen, jedenfalls steht das Interesse des Leipziger Parteidrengs dahinter, welches das Plauener Blatt finanziert und zu einem Teile auch rebellionell versorgen will."

Und die Post weiß gar die folgende Geschichte zu erzählen:

"Die Leipziger Volkszeitung hatte das Unternehmen in aller Stille bereits finanziell in die Wege geleitet, und so aus einer Parteidregelegenheit gewissermaßen ein rein kapitalistisches Privatunternehmen gemacht."

Wer gewohnt ist, bei allen Vorgängen danach zu fragen, was es ihm einbringe, der wird selbstverständlich auch hinter der Anteilnahme der geschäftlichen Welt der Leipziger Volkszeitung an der Blattgründung in Plauen nur die niedrigsten Profitinteressen suchen. Nichtig ist es, dass die bürgerliche Presse genau nach den gleichen Grundzügen verwaltet wird, wie etwa ein Käschhandel oder eine Dünnergärtner. Ohne den gehörigen Profit raucht sein kapitalistischer Schornstein, und im Bürgeramt würde man nicht einen Pennig in ein Zeitungsunternehmen hineinstellen, wenn man sich keinen Gewinn für sich selbst oder für eine bestimmte Interessentenlinie verschreibe.

An der Sozialdemokratie ist das selbstverständlich ganz anders. Unsre Presse gehört der Allgemeinheit, sie wird von der Parteidorganisation herausgegeben; etwaige Überschüsse kommen nicht einzelnen Unternehmern, sondern wiederum der Organisation zu gute. So hat auch die Geschäftsführung der Leipziger Volkszeitung kein kapitalistisches Interesse bei der Blattgründung in Plauen zu verfolgen, sondern sie erfüllt nur ihre Parteidpflicht, wenn sie mit ihren reicheren finanziellen Mitteln ärmeren Kreisen zu Hilfe kommt. Die Redaktion der Leipziger Volkszeitung hat damit überhaupt nichts zu tun. Wir haben freilich keine Hoffnung, dass unsre Gegner für diese Darlegungen Verständnis zeigen. Ohne Profit gibt es in der kapitalistischen Welt keinen Idealismus.

Spanitis.

Ein schauerliches Urteil ist am Dienstag von dem Kriegsgericht in Berlin gegen den Befreiungsbewerber Pohl wegen Verrats militärischer Geheimnisse gefällt worden. Weil er Skizzen der ostpreußischen Festungen Pillau und Bogen an Russland für 500 M. verkauft hatte, wurde er zu 15 Jahren Zuchthaus und den üblichen Nebenstrafen verurteilt; er kann dabei noch von Glück reden, dass noch nach dem alten Spionagegesetz verurteilt wurde, denn nach dem modernen neuen Spionagegesetz hätte er lebenslängliches Zuchthaus erhalten. Aber auch so steht die entsetzlich hohe Strafe, die fast einem Todesurteil gleichkommt, in absolut keinem Verhältnis zu der Straftat.

Trotz der hohen Strafen aber mehren sich die Spionagefälle. Am Montag wurde in der Nähe der ostpreußischen Festung Bogen ein russischer Spion verhaftet, und vor einigen Tagen wurden auf französischem Gebiet zwei junge Deutsche unter Spionageverdacht verhaftet. Das sind die Folgen des gegenwärtigen Spionage- und Aufklärungssystems der Großmächte untereinander, jenes Systems des Misstrauens, das in jeder anderen Macht von vornherein nur den Feind sieht. Es ist eine eigenartige doppelte Moral, die dem Spionageystem zugrunde liegt. Auf der einen Seite bestraft man die Spione im eigenen Land barbarisch, auf der andern reizt man Angehörige fremder Staaten zum Landesverrat an. Eine sonderbare Moral!

Das fallige Kasernendrama. Den Schluss eines der furchterlichen Kasernendramen bildete ein Verfahren vor dem Kriegsgericht in Mainz, das den wegen Fahnenflucht schon vorbestrafen 29-jährigen Arbeitsoldaten Alois Löber aus Oistroth (Elsass) zu 5 Jahren und 7 Tagen Zuchthaus, Ehrenverlust und Entfernung aus dem Heere verurteilte. Die Zustände in den Kasernen veranlassten den Unglückslichen, als er am 24. Juni mit anderen Leibgenossen am Fort Biehler arbeiten musste, abermals zu entfliehen. Doch schon nach einhalb Stunden fand man ihn im Noggenacker. Er hatte seine Jacke und Mütze fortgeworfen und gab bei seiner Festnahme zu, er habe nach Frankreich fliehen wollen, um sich dauernd dem Militärdienst zu entziehen. Das Kriegsgericht in Mainz verurteilte Löber zu der angegebenen barbaren Strafe.

Was mag der Unglücksliche wohl alles erlitten haben, ehe er zu dem verzweifelten Fluchtversuch schritt?

Frankreich.

Die Kapitulation des Senats.

Der Senat hat kapitulierte. Trotz der Erförung seiner Budgetkommission, dass die Wohnungsgeldzuschüsse für Postbeamte wieder abgelehnt werden würden, hat er am Dienstag diese Zuschüsse mit 140 gegen 118 Stimmen angenommen, nachdem sich die Minister Thomson und Biavati dafür eingestellt hatten.

Die Annahme der Heeresausgaben. Bei der Budgetberatung im Senat hielt der Senator Humbert eine Aufforderung gegen den großen Generalstab, dem er vorwarf, in der Beschaffung und Erhaltung des Kriegsmaterials Fehler und unglaubliche Nachlässigkeit begangen zu haben. Die Rede Humberts rief bei den Senatoren große Beschränkung hervor, und ein Antrag wurde angenommen, der die Heereskommission beauftragt, dem Senat bei seinem Wiederaufzutreten einen Bericht über die Beschaffenheit des Kriegsmaterials vorzulegen. Dann wurde der Entwurf über die einmaligen Ausgaben für Heer und Marine einstimmig angenommen.

Rußland.

Die vorsichtige Regierung.

Petersburg, den 14. Juli. Der Dumaabgeordnete Purischkevitsch hat bekanntlich in einer Rede eine Anzahl Gouverneure der Korruption und lasterhaften Lebensführung beschuldigt. Die Gouverneure wollten Purischkevitsch wegen Verleumdung verklagen und den Anfang hierzu mache der Gouverneur von Kiew. Der Ministerrat hat jetzt diese Angelegenheit geprüft und angeordnet, dass die Verleumdungsanglagen unterschoben werden.

Purischkevitsch hat nämlich Beweise für seine Behauptungen, und die Regierung schreibt daher vor einem Prozeß, der ihr unangenehme Stunden bereiten könnte, zurück. Sie ist vorsichtiger als Herr von Falckenay, die russische Regierung.

Italien.

Italienische Interventionsabsichten.

Maiand, 14. Juli. Wie der Avanti erfahren haben will, hat Italien alle Vorbereitungen zu einer Expedition nach Albanien getroffen. Das 7. Artillerieregiment, das sich jetzt in Bracciano befindet, sei mobil gemacht worden und nach einem unbekannten Beleidigungsort abgegangen. Auch an andern Orten seien Truppen für Albanien zusammengezogen worden und hätten die Order erhalten, sich zur Ausfahrt bereitzuhalten. Unabhängig von diesen Mitteilungen herrscht in Italien die Ansicht, dass eine italienische Expedition nach Valona unmittelbar bevorstehe. Durch die Einnahme von Valona und der Einnahme der Epitoten sei Valona und damit auch die italienischen Interessen in Südalbanien bedroht. Den Versicherungen der griechischen Regierung, dass die Epitoten nicht in Valona eindringen würden, könne man keinen Glauben beimesse.

Bei der kurzen Enthaltung, die die Italiändischen und die Epitoten von Valona noch trennen, hält man es für ausgeschlossen, dass die Epitoten noch guten Anschlag zugängig gemacht werden können.

Für den Schutz der adriatischen Interessen sei eine Aktion unabdingt notwendig. Unter diesen Umständen glaubt man, dass Italien mit der Zusammenziehung seiner Reserven einen Zug nach Valona einleite.

Sächsische Angelegenheiten.

Der dritte Tag der Landeskongress.

Mit dem Punkt 3 der Tagesordnung: Die sächsische Politik und der nächste Wahlkampf, der am Dienstag die Sitzung beherrschte, erreichte die Landesversammlung ihren Höhepunkt. Hatte schon Genosse Uhlig beim Bericht der Landtagsfraktion hervorgehoben, dass die Liberalen mit ihrer Politik in der letzten Landtagssession nur Stimmengang unter den Beamten und Kleinbauern zu treiben versuchten, so konnte Genosse Fleischner in seinem großzügigen Referat noch schärfer betonen, wie vollständig die Liberalen überall ver sagt, als es galt, liberale Politik zu machen und wie wenig daher die Wählerschaft den Versprechungen der liberalen Blockführer vertrauen darf. Eine Bemerkung des Genossen Sindermann haben die Liberalen sofort in ein Geständnis der Angst vor dem liberalen Wahlkampf umgemodelt, so dass zum Beispiel das Leipziger Tageblatt in den Jubelruf ausbricht: "Die Sozialdemokratie sieht sich bedroht, arg bedroht!" Genosse Fleischner beleuchtete dieses Geschwafel gebührend, indem er hervorhob, es könne selbstverständlich keine Rede davon sein, dass die Sozialdemokratie durch das Abkommen in einer Verteidigungstellung gedrückt sei. Diese Auffassung wurde nachher von einer Anzahl Genossen, von Sindermann, Lipinski u. a., unterstrichen und Genosse Molkenbuhr erklärte unter der lebhaften Zustimmung der Konferenz: "Wir halten fest, was wir haben, und nehmen, was wir kriegen, während Genosse Geper die ohnehin fad Limoneade der Liberalen noch stärker verwässerte durch die Bemerkung: "Wir legen uns wegen des liberalen Abkommens nicht fest, unsre Taktik heißt: Feste druff!"

Ohne eine bindende Erklärung abzugeben, erteilte Genosse Fleischner in diesem Zusammenhang auch gleich die richtige Auskunft über die Haltung der Sozialdemokratie zur Frage der Unterstützung bürgerlicher Kandidaten. Wenn es soweit ist, so meinte der Redner, dann werden wir darüber reden. Wenn aber die Liberalen glauben, dass wir bedingungslos die Rolle des Stimmziehs für die Liberalen übernehmen, die sie uns zumuten, so befinden sie sich dabei sehr im Irrtum! Wir werden auch klare Auskunft darüber verlangen, wie sich die Fortschrittsler zu den Konservativen stellen.

Aus der Diskussion über die Referate der Genossen Uhlig und Fleischner sei auch noch hervorgehoben, dass Genosse Geper seine hohe Befriedigung mit der Tätigkeit der Landtagsfraktion ausdrückte. Die von ihm zur Sprache gebrachte Meldung des Berliner Tageblattes, dass die sächsischen Liberalen zur Landtagswahl Arbeiterkandidaten aufstellen wollen, wurde von der Versammlung mit der gebührenden Heiterkeit aufgenommen.

Genosse Lange schrieb den ordenslüsternen Fortschrittler und im besonderen Herrn Günther einige Zeilen ins Stammbuch, die ihnen noch lange hören klingen werden. Nach kurzen Schlussworten der Referenten nahm die Versammlung einstimmig die Resolution an, in der sie sich für den härtesten Kampf gegen die Streitverordnung und gegen jede Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter ausspricht. Darauf wurden die auf der Vorschlagsliste aufgestellten Landtagskandidaten einstimmig genehmigt.

Abgesehen von einer wenig erbaulichen Geschäftsordnungsdebatte zu Beginn der Sitzung, bewegten sich die Beratungen über die Landtagswahlen usw. auf einer erfreulichen Höhe. Dasselbe lässt sich leider nicht von der Beratung der vorliegenden Anträge sagen. Der Antrag 5, der eine Beschränkung der Delegiertenzahl erforderte, wurde ohne wesentliche Debatte mit großer Mehrheit abgelehnt, nachdem Genosse Sindermann erklärt hatte, es sei wünschenswert, dass die Delegierten auf der Landeskongress das Übergewicht behalten über die Abgeordneten des Landtags und des Reichstags, die ebenfalls an der Konferenz teilnehmen können. Nicht so glatt ging dagegen die Beratung eines Antrags von Heilmann und Genossen, der verlangte, dem Landesvorstand und den Bezirksvorständen müsse fünfzig eine Genossen angehören. Der Antrag ist ein alter Bekannter, er ist wiederholt abgelehnt worden, weil er ein Sonderrecht für eine Gruppe der Parteigenossenschaft verlangt. Mit Recht wurde unter lebhaftem Beifall der Versammlung von Gegnern des Antrags ausgeführt, die Parteigenossen wählen in diese Räume ebenso gut eine Genossin wie einen Genossen, wenn geeignete Vorschläge gemacht werden, aber ein "Muß" aussprechen, das zur Wahl einer Genossin zwingt, selbst wenn wirklich keine geeigneten Vorschläge vorhanden sind, sei für die Organisation unmöglich. Genosse Heilmann-Chemnitz hatte es übernommen, diesen Antrag zu begründen, und er tat es in einer Weise, die den lebhaftesten Widerspruch der Landesversammlung hervorrief. Von mehreren Rednern wurde er dann in teilweise sehr derber Form, aber der Sache nach durchaus begründet, zurechtgewiesen. Er wird sich das, was ihm da gesagt wurde, sicherlich nicht hinter den Spiegel stecken. Der Antrag wurde schließlich mit großer Mehrheit abgelehnt, für ihn stimmten 21, dagegen etwa 136 Delegierte.

Bei der Wahl des Landesvorstands war auch eine Genossin, und zwar die Genossin Grabauer vorgeschlagen, sie erhielt von 147 abgegebenen Stimmen nur 35, die übrigen vereinigten sich auf die Genossen Sindermann, Schulze und Braun. Als Tagungsort der nächsten Landeskongress wurde Chemnitz gewählt. Damit waren die Arbeiten der Landesversammlung erledigt. Genosse Lipinski würdigte noch in seiner Schlussrede die Arbeiten der Konferenz und brachte ein dreifaches Hoch auf die Sozialdemokratie aus, in das die Delegierten begeistert einstimmten,

Der angeblich beleidigte Militärbevollmächtigte.

Am 27. Mai v. J. brachte die Leipziger Volkszeitung einen Artikel unter der Überschrift "Militärische Nativität", in welchem mitgeteilt wurde, dass in der Budget-Kommission des Reichstages anlässlich der Befreiungen über das Militärgerichts-Berfahren von einem sozialdemokratischen Abgeordneten auch ein Prozeß erwähnt worden sei, welchen die Leipziger Lehrerschaft gegen den Rebsakteur des Unterlands den Major a. D. Fleischner, der inzwischen verstorben ist, vor dem Dresdner Kriegsgericht zu führen hatte. Als von dem Abgeordneten dabei gefragt worden war, ob dieser Prozeß nicht vor das Militärgericht, sondern vor ein Zivilgericht gehört hätte, da habe, so hieß es in dem Artikel weiter, der sächsische Militärbevollmächtigte, General Leutnant v. Weißdorff sich zu dem Hause dahin geäußert, dass er von der Sache nichts wisse. Anschließend an diese Meldung enthielt der Artikel eine Skizze über die Neuzeitung des Generals, in der

es hieß, die politische Unschuld des sächsischen Militärbevollmächtigten sei nichts Neuerstauchendes, die Unkenntnis in politischen Dingen und Verhältnissen politischer Militärs sei nichts Ungewöhnliches. Auf Grund dieses Artikels hatte das sächsische Kriegsministerium gegen seinen Verantwortlichen, Genosse Sindermann, Strafantrag wegen Verleumdung des Generals v. W. gestellt.

Das Landgericht Leipzig verurteilte den Preßkünder auch wegen angeblicher Beleidigung zu 50 Mr. Geldstrafe, weil in den Ausführungen "Militärische Nativität" und "Politische Unschuld" eine bewußte und gewollte Beleidigung des Generals liege. Gegen das Urteil hatte der Verurteilte Revision eingeregt mit der Begründung, ihm als Redakteur einer politischen Tageszeitung müsse es gestattet sein, beratige Vorkommissäle auf politischem Gebiete einer öffentlichen Kritik zu unterziehen, diese sei er den Lesern seines Blattes schuldig; er habe daher nur in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt, weshalb ihm der Schutz des § 198 des St. G. B. hätte zugestellt werden müssen. Das Reichsgericht war jedoch in Übereinstimmung mit den Ausführungen des Reichsanwaltes der Ansicht, es sei in dem Urteil bekenntret festgestellt, dass der Angeklagte mit dem Artikel nur den General v. W. habe beleidigen wollen. Es erkannte deshalb heute auf Verwerfung des Rechtsmittels. — Es stimmte schon, der Militärbevollmächtigte wusste von der Sache nichts, aber der Preßkünder wurde trotzdem bestraft.

Noch eine „Verwarnung“ an die Geschworenen.

Mit der ausschenerregenden neuen Rechtsbelehrung und Verwarnung an die Geschworenen soll Leipzig nicht allein dascheinen. In Plauen wurde dieser Tage eine Hauptverhandlung vor dem Schwurgericht eröffnet. Dabei nahm Landgerichtspräsident v. Weber, der den Vorsitz führte und die Geschworenen in einer Ansprache begrüßte, die Gelegenheit wahr, die Laienrichter unter Hinweis auf die Gefahr der Rechtsbelehrung zu ermahnen, ihre geistlichen Pflichten getreulich zu erfüllen. Die Verwarnung geschah in diesem Falle in höflichem Tone, es scheint aber doch, als folgten die Vorsitzenden mit diesen Verwarnungen einem Wink von höherer Stelle.

Verbot des öffentlichen Alkoholgenusses.

Der Stadtrat von Löbau hat den öffentlichen Genuss von Alkohol verboten. "Schon seit längerer Zeit", so heißt es in dem städtischen Verbot, "ist in hiesiger Stadt Anstoß daran genommen worden, dass verschiedene Personen auf einzelnen städtischen Straßen, in der Nähe von Destillationen, in den städtischen Anlagen und in den öffentlichen Bedürfnisanstalten dem Brantweingeiste zuwenden. Es wird daher der Genuss von Brantwein und Spirituosen aller Art auf den Straßen und Plätzen und in den Bedürfnisanstalten der hiesigen Stadt verboten. Rundverhandlungen gegen dieses Verbot werden gemäß § 866, Absatz 10, des Reichsstrafgesetzbuchs streng geahndet und nach Beenden mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden." Gleichzeitig wird vom Stadtrat darauf hingewiesen, dass die Schuhmannschaft angewiesen ist, dem zwecklosen Herumstehen und -treiben auf den Straßen und Plätzen, namentlich vor arbeitslosen Personen, mit Nachdruck entgegenzutreten. Den Anordnungen der Schuhmannschaft sei sofort und unbedingt Folge zu leisten, unbeschadet späterer Beschlussfassung.

Der Wille des Stadtrats von Löbau, dem öffentlichen Genuss von Fusel energetisch zu Leibe zu gehen, ist gewiss tödlich, nur glauben wir, dass der Stadtrat mit seinem Verbot kaum etwas erreichen wird. Bei denen, die auf der Straße zur Schnapsflasche zu greifen pflegen, handelt es sich zumeist um gescheiterte Existenz, um Lumpenproletarier, die sich mit dem Fusel die Gesellschaft antrinken wollen. Ihnen fehlt jeder stiftliche Halt. Deshalb helfen auch ihnen gegenüber beratige volkstümliche Erziehungsmaßnahmen nichts, sondern man muss versuchen, sie wirtschaftlich zu heben, um ihre moralische Widerstandskraft zu erhöhen.

Dresden. Wie aus der Lausitz berichtet wird, verhandelt der hiesige Rat mit dortigen Grundstücksbesitzern über den Ankauf von Kohlenfeldern, um sich den Kohlenbedarf für ein auf Leubaer Gemeindesitz geplantes großes Elektroglühlässtwerk, das den Strombedarf Dresdens zu decken befreuen ist, zu sichern.

Alle Nachrichten aus dem Lande. Auf dem Güterbahnhofe in Dresden kleineren zwei Knaben auf einem mit großen Papierrollen beladenen Speditionswagen herum. Dabei wurde der dreizehnjährige Sohn eines Schneiders von einer Papierrolle so unglücklich getroffen, dass er einen Schädel- und einen Armbruch erlitt, denkenker im Krankenhaus erlag. — Ein Dresdner Auto wollte die steile Anhöhe nach Hinterhermsdorf zu erwältigen. Daher schob der Chauffeur am hinteren Teile des Autos. Plötzlich rollte das Auto zurück und erdrückte den Chauffeur. — In Dresden starb die 15-jährige Tochter eines Maurers aus einem drei Stockwerke hoch gelegenen Fenster herab und war sofort tot. — Auf der Fahrt vom Bahnhof Löbtau zu schreien die Verbrecher des Kaisers Braum. Er wollte sie anhalten, geriet aber dabei unter den Wagen und erlitt so schwere Verletzungen, dass er nach einigen Stunden im Krankenhaus starb. — In Plauen wurde die unbekannte Leiche eines kleinen Knaben gefunden. Die gerichtliche Obduktion hat ergeben, dass das kleine Wesen gewaltsam getötet worden ist, also zweifellos Mord vorliegt. — Bei einem schweren Gewitter schlug der Blitz in das Rathaus in Geyer, das vollständig eingeschossen wurde. Es konnte nur das Altenmaterial gerettet werden. Auch die Matzellerwirtschaft, die sich in dem Gebäude befand, wurde zerstört.

Aus den Nachbargebieten.

Der Gemeindewahlrechtsraub in Anhalt.

Gegen 4 Stimmen wurde am Montag vom Landtag die neue Gemeindeordnung, die der Arbeiterklasse in Anhalt jeden Einfluss in den Gemeindeparlamenten nimmt, in dritter Lesung angenommen. Das neue anhaltische Gemeindewahlrecht, das von den sozialen Konföderativen und Nationalliberalen gemacht wurde, hat bei der fortgeschrittenen Anhaltische Empörung ausgelöst. Wenn die anhaltische Regierung und die mit ihr verbündeten Parteien meinen, durch die neuen reaktionären Wahlgesetze der Sozialdemokratie Abbruch tun zu können, so irren sie sich sehr. Man kann und einen Stein in den Weg rollen, man kann uns kleinliche Schwierigkeiten bereiten, unserer sieghaften Vormarsch setzen wir trotz allem weiter fort.

Die Gewerbeaussicht im Herzogtum S.-Auburg und Gosha.

Im Berichtsjahr 1918 betrug der Gesamtlaufwach an Arbeitern 404, d. h. 1,9 Proz. der Gesamtzahl. Die Zahl der Betriebe, die unter der Aufsicht des Gewerbeinspektors standen, betrug 2084; davon wurden 999 revidiert. Die Zahl der in diesen Anlagen beschäftigten Arbeitern belief sich auf 81250 (1912: 80607); darunter waren erwachsene männliche: 23748, erwachsene weibliche: 5800, junge Leute (von 14 bis 16 Jahren): 3190 und 17 Kinder unter 14 Jahren.

Die Zahl der Unfälle hat erheblich zugenommen; während es 1912 noch keine 600 gab, betrug die Ziffer im Berichtsjahr 1918: 706, darunter 5 mit unmittelbarer Todesfolge. Außerhalb der Gewerbeinspektion unterstellten Betriebe wurden durch die Ortspolizeibehörden 889 Unfälle, darunter 8 Todesfälle gemeldet. Von diesen 889 Unfällen entfielen 20% auf Betriebe der Bau- und Tiefbau-Berufsgenossenschaft und 187 auf solche der Landwirtschaftlichen (88), der Lagerzettel (17) und der Fuhrwerks-Berufsgenossenschaft (32). Auf das Herzogtum S.-Auburg kamen 256 = 24,5 Prozent und auf je 1000 Arbeiter 22,5. Auf die Beschäftigung an Maschinen waren 185 Unfälle zurückzuführen, und zwar 70 an Maschinen zur Bearbeitung von Eisen und anderen Metallen, 59 an Maschinen zur Bearbeitung von Holz und 56 an Maschinen zur Bearbeitung von sonstigen Stoffen. Den Wochentagen nach eigneten sich am Montag 155 Unfälle, am Dienstag 176, am Mittwoch 188, am Donnerstag 152, am Freitag 176, am Samstag 160 und am Sonntag 16; bei 18 Unfällen war der Tag nicht genau festzustellen.

Trossen (Elster). Ein 17-jähriger Scheling hantierte mit einem Taschein. Plötzlich entzündete sich die Waffe und die Schrotte drangen dem 4-jährigen Jungen Meister in die Brust. Er wurde in die Willy'sche Heilanstalt gebracht, wo er nach der Operation starb. Der Scheling hängte sich darauf in der elterlichen Wohnung.

Gerichtsstaat.

Landgericht.

Betrugsprozeß Marziger und Genossen. (Schluß.) Das gestern nachmittag gefällte Urteil lautet gegen Marziger auf zwei Jahre Haft. 100 Mr. Geldstrafe und 100 Mr. Strafe wegen Betrugs und Vergleichs gegen das Gesetz über die Gesellschaften mit beschränkter Haftpflicht. Der Angeklagte Littmann wurde zu einem Jahr Gefängnis und der Angeklagte Haberkatze zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Den Verurteilten wurden die Ehrenrechte auf je zwei Jahre aberkannt. Die Angeklagten Andrae, Weinzierl, Seidel, Mainz und Ullendorf wurden freigesprochen, obwohl auch gegen sie nach wie vor dringender Verdacht vorliegt. Freigesprochen wurde auch Rechtsanwalt Dr. Jacob, von dem das Gericht angenommen hat, dass er strafbar oder ehrenrührige Handlung vorgenommen hat. Das Gericht hat nicht alle angeklagten Fälle bestraft, sondern es hat erst strafbare Handlungen in denselben Fällen erfasst, die von Juli 1912 datieren, denn von diesem Zeitpunkt wussten die Angeklagten wissen, dass der Schlepparat absaute, weil die Restauratoren Schwierigkeiten mit dem Jählen machten. Es wurde anerkannt, dass Marziger in außerordenter Weise gearbeitet und sein Vermögen in das Geschäft hineingelegt habe. Der Apparatur war gut, der Betrag lag nur in der Art seines Betriebes. Die Vertragschließenden erhielten nur eine ganz unsichere Position, das haben die Angeklagten auch gewusst und sie haben gefälschlich die Bedenken zerstreut. Einseitig wurde nur das Gute gezeichnet, die schlechten Erfahrungen wurden unterdrückt. Der Passus, wonach auf 1000 Mr. Einzahlung 2000 Mr. Einnahme garantiert wurde, war nicht ernst gemeint, die Angeklagten konnten und wollten das nicht zahlen. Sie konnten auch nicht genügend Apparate liefern, weil zu wenig Betriebskapital da war. Die großen Gehälter verschlangen einen Teil des Kapitals. Marziger erland fortgesetzt und war von grossem Optimismus besetzt, man kann ihm nicht gerade schändliches Vorwerfen; er hat auch einfach gelebt. Aber sein Tun war doch gemeinfährlich und es wurden Leute geschädigt, die nicht sehr intelligent waren. Dies waren nicht bloß Leute, die wollten, dass ihnen gebrachte Tauben in den Mund fliegen, sondern Leute, die auch arbeiteten und arbeiten wollten; es ging aber vielfach nicht. Die Haftentlassung Marzigers lenkte das Gericht ab, es lehnte aber auch den Antrag des Staatsanwalts ab, die beiden anderen Verurteilten sofort in Haft zu nehmen.

Erwerb des Bürgerrechts.

Zur Erwerbung des Bürgerrechts sind nach § 17 der Revidierten Städteordnung berechtigt, welche

1. die sächsische Staatsangehörigkeit bestehen oder erwerben;
2. das 25. Lebensjahr vollendet haben;
3. öffentliche Armenunterstützung weder bezogen noch im Laufe der letzten zwei Jahre bezogen haben;
4. unbescholt sind;
5. eine direkte Staatssteinkommensteuer von mindestens 8 Mark bezahlen;
6. in den letzten zwei Jahren ihre Staats- und Gemeindeabgaben vollständig berichtigt haben;
7. im Stadtgebiet seit wenigstens zwei Jahren wohnhaft sind oder
8. in einer andern Stadtgemeinde Sachsen bisher stimmberechtigte Bürger waren.

Bei der Einreichung des Antrags auf Verleihung des Bürgerrechts sind beizubringen, falls der Antragsteller Sachse ist:

1. Staatsangehörigkeitsausweis eines deutschen Bundesstaates;
2. bei Heiraten Familienbuch; wo das nicht vorhanden, Heiratsurkunde sowie Geburtsurkunde von Frau und Kindern.

Bei Nichtsachsen muss zugleich das Ersuchen an den Rat gerichtet werden, bei der Kreishauptmannschaft die Aufnahme als sächsischer Staatsangehöriger zu vermitteilen. Außer den bereits für Sachsen angegebenen Papieren sind beizubringen:

1. die Geburtsurkunde (eventuell Familienbuch oder vergleichbar);
2. Militärausweis;
3. die quittierten Steuerzettel der letzten zwei abgelaufenen Jahre und den quittierten fälligen Termin des laufenden Jahres.

Die Verbringung eines Staatsangehörigkeitsausweises ist gesetzlich geregt. Die Ausstellung eines Ausweises hängt nicht vom guten Willen einer Behörde ab. Im Deutschen Reich besteht ein Indigenat (Staatsbürgerecht) mit der Wirkung, dass jeder Angehörige eines jeden Bundesstaats in jedem andern Bundesstaat als Indigner zu behandeln, und demgemäß zur Erlangung des Staatsbürgerechts usw. wie der Einheimische zugelassen ist. Kein Deutscher darf in der Ausübung dieser Voraussetzung durch die Obrigkeit seiner Heimat oder durch die Obrigkeit eines andern Bundesstaates beschränkt werden.

Urkunden über Staatsangehörigkeit können nur von den höheren Verwaltungsbehörden des Heimatlandes aufgestellt werden. Dem Gefüge sind beizufügen: Familienbuch (oder Geburtsurkunde), Militärapier.

Es empfiehlt sich, die Kosten für Stempelgebühren per Nachnahme einzordnen zu lassen.

Außenzettel der Städtischen Speise-Uanstalten.

Donnerstag:

Speisekant I (Johanniskirchstr. 9): Grüne Erbsen und Wöhren mit Schweinefleisch.
Speisekant II (Taborstraße 1): Grünkohl und Spargel mit Rindfleisch.

Speisekant III (Güntzgasse 24): Weiße Bohnen mit Würstchen.

Speisekant IV (Bergstraße 1): Eierkant mit Schweinefleisch.

Speisekant V (Wittener Str. 55): Grüne Erbsen mit Würstchen.

Speisekant VI (König. Palaisstr. 12): Grüne Erbsen und Wöhren mit Rindfleisch.

Speisekant VII (Poststrasse 1): Weißer Würstchen.

Speisekant VIII (Vorstrasse 1): Linsen mit Wiener Würstchen.

Arbeiter! — werbt neue — Volkszeitungsleser.



Feuilleton

Redakteur: Dr. Gustav Morgenstern

Treue.

Rein, war denn schon einmal so etwas dagewesen? War es nicht rührend und beispiellos?

Denfalls sprach man in der ganzen Nachbarschaft davon. Denn nachdem Jakobine so unvorsichtig gewesen war, Ada Kirchner ihr Geheimnis anzuvertrauen, war es kein Wunder, wenn es nach drei Tagen niemand mehr im Städtchen gab, der nicht davon gewusst hätte.

Auso darum war Jakobine Niemann unvermählt geblieben, weil sie Erich Bodmer nicht hatte vergessen können, den blonden, schmalen Jungen, der vor 20 Jahren nach Kanada ausgewandert war und während der ganzen Zeit nicht ein einziges Lebenszeichen von sich gegeben hatte, so daß man ihn fast vergessen gehabt hatte.

Aber nun war plötzlich ein Brief von ihm an Jakobines Adresse gekommen? Und eine offene ausgesprochene Werbung stand darin?

Das war ja wie ein Märchen!

Allzuschwer mochte Jakobine die lange Treue ja vielleicht nicht geworden sein. Es war ja ein offenes Geheimnis, daß ihr Vermögen nicht sehr groß war, und wie die Dinge nun heutzutage einmal lagen, nicht wahr? Aber niemand hatte doch gehofft, daß sie auf Erich Bodmer wartete, der seinerzeit so plötzlich in die weite Welt gegangen war, als sein Vater starb und das Geschäft nicht zu halten gewesen war.

Freilich, wagemutig und unternehmungslustig war er gewesen, das mußte ihm der Neid lassen. Und nun war es ihm wirklich drüber gegliedert. Sich mal einer an! Wer hätte das gedacht? Da kam er nun wahrscheinlich reich wie ein Krampus zurück und hatte die kleine Jakobine Niemann nicht vergessen. Nein, wie das rührend war! Allerdings, wie er seinerzeit darauf gekommen war, sein Auge gerade auf Jakobine zu werfen, blieb ein Geheimnis. Sie war doch nie besonders ansprechend gewesen, und wenn er nur hätte die Augen ordentlich aufmachen wollen. — Aber junge Leute waren ja mitunter rüdig, wirklich rüdig. Das gelungenste aber war doch eigentlich, daß niemand davon gewußt hatte! Du liebe Zeit, so eine Heimlichkeit! Das Jakobine sich seit Jahren von allem zurückgezogen hatte, war ja richtig, und man hätte vielleicht dies oder jenes ahnen können. Aber schließlich war das doch eigentlich ganz begreiflich gewesen! Einmal war damals ihre Mutter gestorben, und zum andern kam sie doch allmählich ein wenig in die Jahre, ein wenig sehr sogar. Über die vierzig war sie doch bestimmt schon hinaus! Das sie überhaupt noch heiratete! Aber natürlich! Nun sie noch eine so sabelhafte Partie machen konnte? Aber vielleicht war es mit dem Kleinkind Bodmers doch nicht so weit her? Nun man würde ja sehen, würde ja sehen! —

Jakobine sah während des Ahnungslosen in ihrer Stube und las zum so und so vierten Male den Brief, den ihr der Jugendfreund geschrieben hatte.

„Wenn Du noch dieselbe geblieben bist, und mich nicht völlig vergessen hast —“

Sie lächelte. Sie war gewiß noch dieselbe wie früher. Hatte sie die langen Jahre jemals an einen andern gedacht?

Sie nahm eine verblümte Photographie aus einem Kudzuge ihres kleinen Schreibstücks und betrachtete sie lange und innig.

Wie hübsch er doch war! Der schmale Schnurrbart stand ihm gut, und das braune Haar legte sich ihm weich an die Schläfen! Aber welche Energie die festgeschlossenen Lippen vertrieben! Ja, so war er immer gewesen. Nicht lange gesagt, gezaubert und überlegt! Frisch hinaus in die Welt und amanig Jahre sein Wort von sich hören lassen, so daß sie seit Jahren an ihn nur wie an einen Toten gedacht hatte. Aber eine heimliche Hoffnung des Wiedersehens hatte sie eigentlich doch nie völlig verlassen! Nun sollte sie plötzlich in Erfüllung gehen?

Das Herz stand ihr still bei dem Gedanken.

Freilich, wenn sie es sich überlegte — es war eigentlich zwischen ihnen kaum zu einer Aussprache gekommen damals. Aber etwas Unausgesprochenes war zwischen ihnen gewesen — und das mochte sie wohl selber verbunden haben als alle Gelübde. Auch am Abend vor der Abreise, als sie ihn zum letzten Male gesprochen hatte, hatte er sie zu nichts verpflichtet. „Ich weiß, Nine, ich weiß nicht, ob ich je wieder etwas von mir hören lassen kann. Wer weiß, wie mir es darüber geht? Wahrscheinlich werde ich nicht viel Zeit haben, Briefe zu schreiben.“

So ähnlich hatte er gesagt. Sie wußte die Worte nicht mehr. Aber den Blick seiner Augen sah sie noch, und seinen Händedruck fühlte sie noch.

„Wenn ich auch nicht reich bin, zu leben habe ich, und wenn mein Jakobinch noch mag —“

Hebedmal kloppte ihr das Herz wieder, wenn sie an diese Stelle kam. Ob sie wirklich nicht zu sehr gealtert war?

Sie trat vor den Spiegel und betrachtete sich ausmerksam prüfend.

Seufzend versuchte sie sich mit der schmalen Hand die Stirn glatt zu streichen, lockerte die Frisur ein wenig, und ging dann an den kleinen Edelschrank aus Mahagoni, in dem sie allerhand Bänder und Spitzen aufbewahrte, wählte ein Täböt aus zartem Muff, steckte es vor, befaßt sich wieder im Spiegel und versuchte dann, wie eine Schleife aus Samtband im Haar ihr zu Gesicht stände.

Vielleicht sah sie ein wenig streng aus in dem enganliegenden schwarzen Kleide?

Seit dem Tode ihrer Mutter hatte sie immer nur Schwarz getragen, und Schwarz machte doch ein wenig grämlich und alt.

Ob sie nicht besser ein andres Kleid wählt, selbst wenn es nicht mehr nach der Mode war?

Sie schritt zum Spind im Nebenzimmer und begann ihre Garderobe zu mustern.

Wenn sie sich die Wahrheit gestand, mußte sie sich sagen, daß sie in den letzten Jahren doch ein wenig vernachlässigt hatte. Gut, daß sie darüber zur Einsicht kam. —

Den Morgen am Tage seiner Ankunft brachte sie in sieberhafter Erwartung an.

Im gelben Zimmer, wo sie ihn empfangen wollte, stand ein Strauß von frischen Rosen auf dem Tische, und die Decke aus gelber Seide, die sonst nur an großen Feiertagen einmal aus der Truhe genommen wurde, leuchtete mit ihren weihgeftidten Blumen durch den sonntäglich geschmückten Raum. Prüfend ließ sie ihre Augen noch einmal durch das Zimmer schweifen und befaßt sich dann selbst aufmerksam im Spiegel.

Sie hatte sich für das Blaue entschieden. Nervös strich sie die weißen Aufschläge an den Kermeln und am Halsausschnitt glatt, aufsteckte die Klöppelspitze zurück, die beim Ankleiden ein wenig in Unordnung gekommen war und musterte die neue Frisur, die sie seit einigen Tagen trug.

Langsam vergingen die Stunden.

Mit dem Frühstück war er nicht gekommen, und wenn er den Schnellzug, der eben vor Mittag eintraf, nicht benutzt, könnte sie ihn erst am Nachmittag erwarten.

Aber der Mittag verging, ohne daß die Klingel sich geröhrt hätte.

Sie konnte bei Tisch vor Aufregung nichts geniessen und ließ die Schlüsseln unangenehm wieder abrängen, trotzdem es ihr peinlich war vor dem Mädchen, soviel Unruhe an den Tag zu legen.

Aber sie konnte nicht anders.

Nervös drückte sie sich zum so und so vierten Male die Frisur an die Schläfen. Immer hatte sie ein Gefühl, als wenn da etwas in Unordnung geraten wäre. Aber das machte wohl das Ungeheure.

Ruhelos begann sie wieder von einem Zimmer ins andere zu wandern. Schließlich wollte sie sich zur Ruhe zwingen. Sie setzte sich in den Lehnsessel am Fenster, blätterte in einem Roman und ließ ihre Augen über die Seiten wandern, ohne zu verstehen, was sie las. Dann klappte sie das Buch wieder zu, seufzte und nahm ihre Wanderrung wieder auf.

Plötzlich läutete es. Sie zitterte so heftig, daß sie meinte, umfallen zu müssen, und die Lippen bebten ihr.

Es war der Vate aus der Chemischen Wäscherie, der die Bluse zurückbrachte, die sie sich hatte reinigen lassen.

Das erniedrigte sie, und sie wurde ein wenig ruhiger. Überhaupt konnte er ja jetzt gar nicht kommen. Der nächste Schnellzug traf doch erst um 5 Uhr ab ein. Woher sollte er dann da jetzt mit einem Male auftauchen? Der Gedanke beruhigte sie, und sie lächelte über sich selbst.

Aber da läutete es wieder.

Sie war ärgerlich auf sich, daß sie abermals einen Schreck bekommen hatte.

Stirnrunzelnd blickte sie zur Studentur hinaus und sah einen Fremden vor der Haustür im Windfang stehen.

Gewiß der Agent der Lebensversicherung, der mit ihr wegen einer Leibrente abschließen wollte.

Was für ein Talent solche Menschen haben, immer zu ungelegener Zeit zu kommen! dachte sie unzufrieden und öffnete lebhaft.

Sie wünschten?

Berichtigung, sagte der Fremde, ein wenig verlegen über den Ton der Auseinde, Jakobine — oder muß ich heute Fräulein Niemann sagen?

Wein Gott!, sagte Jakobine und erblaßte. Bitte, wenn Sie näherkommen wollen? — Sie — gewiß — verzeihen Sie — ich habe Sie eben wirklich nicht erkannt! — Ich — Wollen Sie nicht näherkommen? Erich Bodmer, nicht wahr?

Kein anderer! lachte er nun, ihr die Hand reichend. Haben Sie mich wirklich nicht gleich erkannt?

Da sahen sie nun in dem gelben Zimmer, in dem die Sonne so leuchtend hinter dem Grün der Geranien stand, die ihre Blätter wie kleine grüne Schirme gegen die Scheiben prehsten, sahen aneinander vorbei und wußten nicht, was sie reden sollten.

Jakobine war innerlich wie erstaunt. Die plötzliche Enttäuschung, die ihr das Wiedersehen bereitet hatte, war zu groß gewesen. Dieser Mann mit dem allzustarken Leibe, den hervorquellenden, stark geröteten Backen, dem grauen Haar und der reichlich und befangenen Weise sich zu geben, — war Erich Bodmer? Als sie ihn vorhin zuerst erkannt hatte, hatte sie die Empfindung gehabt, als wäre ihr die Lustigkeit, die beim Dessen der Tür klopfte über den Flur hinstrich, bis ins innersteherz gedrungen, und nun sah sie da, als wäre alles in ihr erstrocknet, sagte ja und nein und verbarg die lächelnde Enttäuschung, die auf ihr lag, hinter einem gezwungenen Lächeln, das wie eine Maske auf ihrem Gesicht lag.

Erich Bodmer begann während des Ahnungslosen von seinen Erfahrungen zu plaudern, mit einer Stimme, die noch den alten Klang hatte.

Ich wußte nicht, ob ich wirklich schreiben sollte? Na, zuletzt sagte ich mir, — warum eigentlich nicht? Doch Sie nicht verheiraten waren, hatte ich nämlich erfahren. . .

Sie hörte ihm zu, ohne viel zu entgegnen, immer noch das starre Lächeln auf den Lippen. Niemals hatte sie sich vorgestellt, daß der Mann, dessen Bild sie die langen Jahre unverändert in ihrer Erinnerung bewahrt hatte, ihr einmal als ein ganz anderer, fremd gewordener wieder gegenstrebender Mensch. Aber nun lächelte sie mit schmerzhafter Deutlichkeit aus jedem seiner Worte, daß der Erich Bodmer, der sie einst verlassen hatte, kaum eine Achtsamkeit mehr hatte mit dem, der heute vor ihr lag.

Es war nicht das Neuerste allein. Nein, der innere Mensch in ihm, der aus seinen Worten und Bewegungen sprach, sah in seiner Haltung, dem Blick seiner Augen, dem Ton seiner Sätze ausdrückte, war ein ganz anderer, als sie erwartet hatte. Sie empfand das mit einer Schärfe, die keinen Widerspruch in ihr aufkommen ließ. Hatte sie sich vielleicht auch früher ein ganz falsches Bild von ihm gemacht? fragte sie sich. War er vielleicht nie so gewesen, wie sie ihn damals gesehen hatte? Hatte sie vielleicht während der langen Jahre der Trennung eine Vorstellung von ihm in sich genährt, die sich allmählich immer weiter von der Wirklichkeit entfernt, und ihm Angst verliehen hatte, die er nie besiegen?

Erich Bodmer plauderte während des Ahnungslosen von seinen Erfahrungen. Er sprach ein wenig gemacht nachlässig im Ton, hin und wieder ein englisches Wort in seine Säße mischend, und versuchte das Peinliche des ersten Wiedersehens durch einen lauterem Sprechen, als er ihm sonst eigen war, zu verdecken. Aber im Grunde hatte er eine ähnliche Empfindung wie sie.

Wie sie geschrillt ist, dachte er. Was doch zwanzig Jahre aus einem Mädchen machen können! Beriefst du, wer hätte das gedacht?

Er vermied es, ohne sich klar darüber zu sein, warum er es tue, eine Pause im Gespräch einzutreten zu lassen, sprach hastig und mit einer übertriebenen Lebhaftigkeit, ohne sie verlassen zu können, auf diesen Ton einzugehen. Sie blieb so einsilbig wie vorhin, von ihrer Enttäuschung wie unter einem Bann gehalten. Ihr war, als zöge sich ihre innere Welt in einen engen kleinen Kreis zusammen, und ein Gefühl der Vereinigung überkam sie, die sie unter der Gewalt der Enttäuschung, die auf ihr lag, wie eine Wohltat empfand.

Wenn er nur nicht auf die Werbung zu sprechen kommt, dachte sie zwischen seinen Worten in plötzlicher Angst.

Und nun wollen Sie einmal die Heimat wiedersehen, nicht wahr? Sie werden sehen, wir haben hier allerhand Veränderungen im Städtchen gehabt!

Wirklich? lächelte er. Ich glaube, es werden nicht allzu viele sein, so konserватiv wie man hier ist?

Auch er vermied es augenscheinlich auf seine Werbung zu sprechen zu kommen. Aber als er nach einer Viertelstunde aufstand, begann er doch unvermittelst: Allzu lange zu bleibend, habe ich allerdings nicht vor. Wenn ich mir Hoffnung machen dürfte, daß Sie mich auf der Rückreise begleiten? Sie werden sehen, drücken noch einmal durch den Spiegel.

Das war die Entscheidung. Nun mußte sie sprechen.

Ich danke Ihnen sehr, preßte sie heraus. Aber nicht wahr? Man kommt doch allmählich ein wenig in die Jahre. Und dann, ich glaube wirklich, es ist zu spät. Vielleicht war es nicht recht von mir, auf Ihren Brief hin neulich Hoffnungen in Ihnen zu erwecken, die ich vielleicht doch nicht erfüllen könnte.

Sie brauchten sich ja nicht gleich zu entscheiden, antwortete er vermittelnd.

Ich komme wohl zu keinem andern Entschluß, entgegnete sie und machte einen schwachen Versuch zu lächeln, um ihre Worte unbesangen und harmlos erscheinen zu lassen.

Auch er lächelte, aber ohne klar zu empfinden, warum.

Nun ich hoffe trotzdem, daß wir das letzte Wort darüber noch nicht gesprochen haben, sagte er, mußte aber ebensoviel wie sie, daß mehr freundliche Höflichkeit, als der Wunsch, daß es so sein möchte, aus seinen Worten sprach.

Dann verabschiedete er sich und ging.

Mittwoch, den 15. Juli 1914.

Als sie die Tür hinter ihm geschlossen hatte, wandte sie sich langsam um, nahm das Buch, in dem sie vorhin vergeblich ver sucht hatte zu lesen, blätterte darin, als würde sie selbst die Dinge im Zimmer nicht merken lassen, was geschehen war, und blickte dann verloren auf eine Stelle gegenüber an der Wand.

Es war totenstill im Zimmer. Nur der Kanarienvogel knabberte leise an dem Stückchen Zucker, das sie ihm zwischen die Zangen seines Käfigs gelassen hatte.

Aber plötzlich glitt das Buch von ihrem Schoß, und aus ihrer Brust rann sich ein Seufzer los, der ihr die Tränen löste, die unaufhaltsam über ihre Wangen strömten, als müßten sie den Druck ihres enttäuschten, einfachen Herzens lösen und die Masse der Starrheit und Unbewegtheit aus ihrem Gesicht wegwaschen, die wie ein Krampf darüber gelegen hatte.

Sie weinte, trocken sie wußte, daß es so am besten war und sie sich nie anders entscheiden könnten. Nein, dachte sie unter Tränen, wir sind zu lange unsere Wege für uns gegangen, und da kommt man nicht so einfach zu einem anderen zurück, wie man denkt. Das Heute läßt sich nicht mehr an einen Tag knüpfen, der so weit hinter einem liegt.

Währenddessen stand Erich Bodmer an der nächsten Straßenkreuzung und brannte sich eine Zigarette an.

Mit einem Kopfschütteln ging er dann langsam weiter. Er konnte nicht recht mit sich ins reine kommen.

Das versteht, wer kann, brummte er vor sich hin. Aber wie sich ein Mensch in so kurzer Zeit auch so verändern kann! Das sah doch alles schon ganz verfeult nach alter Jungfer aus!

Wilhelm Scharemann.

Fenster- und Balkonschmuck.

II. Kapuzinerkresse, Fuchsie und Begonie.

Auf engste ist mit der Pelargonie die Kapuzinerkresse verwandt. Eine besondere Vorstellung dieser schönen Pflanzen erlängt sich, da die Pflanze alljährlich in ihrer farbenkräftigen Blütenpracht das Auge erfreut und sehr gern als rankendes oder hängendes Balkongewächs gezogen wird. Für solche Pflanzenfreunde, denen die Kapuzinerkresse durch das üppige Wachstum läufig zu werden droht, sei gleich erwähnt, daß es auch eine artige, niedrige Buschform von dieser Pflanze gibt (*Tropaeolum majus*, var. *nudum*), die sich in Töpfen gut ziehen läßt und andre Pflanzen nicht durch Blüten belästigt. Die Blüte der Kapuzinerkresse ist eine sonderbare Erscheinung; man weiß nicht, wodurch man mehr gesättigt wird: durch die Schönheit oder durch die Eigenart des Blütes. Deutlich zeigt sie die wohlentwickelte seitlich symmetrische oder appiomorphe Gestalt, wodurch ein vorsprüngliches Regentisch und ein bestimmter vorgeschriebener Eingang für Insekten erzielt wird. Eine besondere Eigentümlichkeit der Blüte bildet die senkrechte aufgestellte Sporn, die durch die Blütenblätter und die Kelchblätter mit Inhalt gefüllt. Seine Lage ist freilich gegen Einbruch nichts weniger als geschützt, und zahlreiche Bißstellen zeigen auf deutliche, daß die Hummeln, das sind die hauptsächlichsten Kressenbesucher, den Kletterweg sehr vorziehen. Da die Kressenblüte als Fensterschmuck täglich leicht zu beobachten ist, sei auf die zwei Stadien der Blüte zum Studium besonders hingewiesen. Im Erblühen sind die fünf Kronblätter schön geordnet aufgestellt, und die acht Staubgefäßchen nehmen nach und nach ihre Stellung vor dem Blütenring ein. Noch ist jetzt die Narbe unentwickelt. Allmählich verliert die ganze Blüte an Ausdehnung, die Kronblätter wölben stark aneinander, die leeren Staubgefäßchen neigen sich und machen nun mehr den Narben an ihrer Stelle Platz. In diesem weißen Stadium ist die Sonnabsonderung am reichsten, mithin auch der Insektenbesuch am häufigsten. Ein reicher Fruchtaufzehr ist die Folge. Noch schwält der dreiteilige Fruchtknoten an, und drei Teilstiele lösen sich ab. Jede ist von einer leichten trockenen Korkschicht eingehüllt. Dadurch wird sie schwimmfähig, und darauf beruht die Art der Verbreitung der Früchte bei der Kapuzinerkresse. Während andre Pflanzen Wind und Tiere dazu zu Hilfe holen, bedient sich die Kresse des abschließenden Regenwassers, das die kleinen Korkkugeln gern im feuchten Minihal ein Stück mit fortträgt, bis die Samen in irgendeinem Schwemmlandgebiet zur Ruhe kommen und keimen können. — Schon als junges Pflänzchen erwacht die Kresse auch ohne die Blüten unser Interesse, nämlich durch die Blätter. Gleichen sie doch aufs deutlichste einem runden Schildchen, wonach sie ihren bot

Blüte. Die großen Kelchzettel rufen durch das prächtige Koraltenrot einen lebhaften Farbhengengang hervor und geben der Blüte das Aussehen eines Kronenkers, dessen Zungenten durch die gleich bunten Fransen parallel herabhängenden Staubfäden liegt in der Beschaffenheit der Kronblätter. Während andre Blüten die selben aufwärts oder seitwärts richten, so dass sie dadurch vollständig zur Wirkung kommen, hängt die Achselblüte abwärts. Dadurch entzieht sie sich gleichsam den Blicken der Besucher, und das um so mehr, als die Farbe durchaus nicht dazu beiträgt, aus dem dichten Laubwerke kräftig hervortreten zu können. Dieser Nachteil muss nun durch irgendwelche Autoren wieder ausgeglichen werden. Stellung, Größe und Farbe der Kronblätter erfordern mithin bei der Auffrische einen besonderen Aufwand, der durch Kelchzettel und Staubfäden erreicht wird. So vorteilhaft sich die schöne Blume durch Farbe und Gestalt schmückt, so wenig zeigt sie sich doch gästlich genug. Kein Blütenblatt, kein Kelchblatt lädt als Anflugstelle ein, die Staubfäden und der Staubweg sind zu diesem Dienste infolge ihrer Haltung und zarten Beschaffenheit erst recht unsfähig. Wie soll da ein Tier anstreifen können, um den oben in der Blütenöhre verborgenen Honig zu erlangen? Bei uns findet die Auffrische trotz aller Schönheit keine Besucher, wohl aber in ihrer Heimat, in den Bergwäldern Südamerikas und Mexicos. Dort schwirren mit raschelndem Flügelklatschen gleich unsern großen Abendfaltern die farbenprächtigen Kolibris, die Zweige unter den Bögen von Blüte zu Blüte, deren leuchtendes Rot sie in hervorragender Weise anlockt, verharren schwankend einen Augenblick unter dem Eingang einer Blüte, und schlüpfen mit dem langen Schnabel den Hohlraum, oder, das ist wahrscheinlicher, sie erjagen die hier fröhlich schmausenden Zeher, kleine Fliegen und Mücken, die sich an dem reichen Honigmahl ergötzen wollen. Wie ein flimmernder Edelstein, in Gold und Purpur gefleidet, schwebt der Kolibri von Blume zu Blume, während sein scharfer Blick die Tiefe des Kelches erspäht, um mit blitzschnelle mit seiner lieblichen Greifzunge die zarten Insekten zu erfassen. Um diesen amüsantesten aller Vogel zu malen, mühete der Künstler seinen Pinsel in reinen Goldglanz, in das Blau des Himmelsthüters, in die Farben des Regenbogens und die magischen Linien des Abenddächters, in die Farben des Augebogens und die magischen Linien des Abenddächters.

Auch gestehe, es ging ein wenig roh zu. Die Bauern, die an den Holztischen dicht beim Auschank ihre Vierteljahr verweilten, schauten oft an und hörten, und da sie nicht wußten, ob sie lachen oder dem Jux ihres Widerspruchs Raum geben sollten, lachten sie heiter und verschonten uns in jener gelunden und kraftbewussten Gelustigkeit, die die bayrischen Landlute in ihrem Verkehr mit Fremden auszeichnet.

Hier geschah es nun, dass die stähnige Landstraße ein Mädchen herunterkam, das einen Wagen mit Holz hinter sich hervor. Sie war arm bekleidet mit einem grauen Kittel, und ihre nackten Füße und Arme waren vom Straßenstaub eingeschüttet, wie mit einem natürlichen Schuhmantel, er machte sie dem Land auf seltsame Art auffällig und verlor ihrer Erscheinung etwas Anhänger.

Am Eingang zum Wirtsgarten zögerte sie, vielleicht durch den ungewöhnlichen Lärm unfreies Frohsinn eingehüllt, aber sie zog dann doch ihren Wagen beiseite und trug schwach in den Baumhölzern, wo sie sich, dicht am Eingang, auf eine Holzhock niederließ. Es war nicht zu erkennen, dass sie völlig erschöpft war. In jenem holden Alter zwischen Kind und Jungfrau, bot sie in ihrer Perdigentia einen bewegenden Anblick. Das blonde Haar, das ohne Hut und ohne Halt in den gebraunten Haaren fiel, glänzte in einem Sonnenblitz auf, als ihr einiger Schnitt, und so sah sie still und schlichten da in ihrer lieblichen Armut. Als die Wirthin in die Nähe kam, bat sie sie um Wasser.

Der Jux hat während des Sommers ins Freie sehr oft in den Gärten pilgert, muß sie im Oktober wieder in Tropfen bringen, da sie sonst erfrieren würden. Nach kurzer Zeit hängen sie jetzt die Blätter und werfern sie ab. Die Jux hat verloren zu sein. Stellen wir sie jedoch den Winter über in den frostfreien Keller und ziehen sie nur so weit, dass der Wurzelballen nicht völlig austrocknen kann, so erwacht sie im Frühjahr aus der Winterruhe und treibt von neuem wieder Blätter und Blüten. In ihrer Heimat, im Hochgebirge Südamerikas, ergeht es ihr ähnlich; denn sie liegt dort während des ganzen Winters tief in Schnee vergraben. Die Jux hat also in der neuen Heimat bis alte Lebendweise beibehalten.

Pelargonien und Zuckerstangen sind Allerweltsgierpflanzen, nirgends fehlen sie, und schon dem kleinen Kind sind sie wohl bekannt. Fremd bleibt dagegen noch immer das Geschlecht der Begonien, dem grössten Teil der Blumenfreunde. Wertvölkigerweise ist gerade die kaum blühende Königinbegonie noch an die höchsten anzutreffen, sogar als künstliche Pflanze — der Schreck aller Schrecken. Schleifeblatt ist der deutsche Name dieser Urwaldbewohner Andiens und Südamerikas. Auch eine kleine lachsfarbige Blütenbegonie, „Ruhm der Königin“ genannt, bildet nicht selten einen farbenprächtigen, doch kurzen Schmuck des Doppelkastens, doch die wunderbare Knollenbegonie Begonia hybrida wird leider noch viel zu wenig gepflegt. Wie der Name schon andeutet, bildet diese Knollenbegonie eine Knallform; durch geschickte Kreuzungen von Arten beider Welten sind die sonst niemals auftretenden riesengroßen rosa, roten, gelben und weißen Blüten entstanden. Von biologischem Interesse ist ihre Einhäufigkeit, die natürlich ebenso gut auch an der kleinen, zu Beeteinrichtungen häufig verwendeten und billigeren immerblühenden Begonie zu beobachten ist. Wir stellen fest, dass die ersten angelegten Blüten durchaus Staubblüten sind, erst später erscheinen weit oben die Fruchtblüten. Beide sind sich sehr ähnlich, und nur das Auftreten des Fruchtknotens entscheidet endgültig die Natur der Blüte, da selbst die Grifel und Narben aufställige Ähnlichkeit mit Staubfäden zeigen. Dies mag nicht ganz ohne Bedeutung sein, da die Fruchtblüten den Insekten ja nichts bieten. So werden sie angelockt, wenn auch vergeblich, und besorgen doch, falls sie von einer Staubblüte kommen, die Bestäubung. Bald zeigt es sich, dass die Bestäubungsmöglichkeit durchaus nicht gering ist, denn schnell reisen zahlreiche geslüpfte Früchte heran, die staubreiche Samen enthalten.

Von der eigentlichen Schleifeblattart weicht die immerblühende Begonie am stärksten ab. Als Bewohnerin der welt lichtreichenen Höhenbergen Brasiliens hat sie das auch nicht nötig. Die Urwaldpflanzen müssen dagegen alles ausbieten, um jeden Sonnenstrahl zu erhaschen, der durch das dicke Blätterdach der Baumwesen sich hindurchwagt. Die Folge davon ist eben die ausgedrohene Unregelmäßigkeit der Blattflächen. Auch die Fleckenzeichnung der Schleifeblatt ist nur den leichteren Arten eigen. Man erblickt in den klassischen Stellen Einrichtungen, die es der Pflanze ermöglichen, Lust dauernd festzuhalten und durch diese als schlechten Wärmeleiter eine gröbere Verdunklung zu erleben, eine Einrichtung, die für Pflanzen im warmen Feuer, kalten Walde recht nötig ist. Anders die Blätter von B. semperflorens. Sie sind dick und fleischig und vermögen dadurch den gewaltigen Regenfällen ihrer Heimat wohl standzuhalten. Daß sie, wie übrigens auch die Blätter der Kapuzinerkreuze, durch scharfe Stoffe sich vor Tierfraß zu schützen versuchen, ist im Hinblick auf ihren fastreichen Körper wohl zu verstehen.

Eine interessante Eigenschaft der Begonien darf nicht unerwähnt bleiben: die Art der vegetativen Vermehrung. Unsere Gärtner vermehren die Pflanze nicht durch Samen oder Stecklinge, sondern — durch Blätter. Sie trennen alle Blätter ab, rufen die Hauptader an und legen das Blatt auf feuchtwarmen Sand. Aus den Wunden treiben sehr bald winzige junge Pflänzchen, das alte Blatt, die Mutterpflanze gleichsam, ernährt sie noch von den innenwohnenden Nährstoffen und stirbt dann ab. Die kleinen Pflänzchen aber haben Wurzeln entwickelt und sind fähig, auf eigenen Füßen zu stehen. Dem Gärtner gelingt die Arbeit sehr wohl; wir müssen das heranzüchten unter Glasglocken, auf feuchtem Sande verfliehen, um die beiden Bedingungen: Wärme und Feuchtigkeit, zu erzielen.

M. W.

Kleines Feuilleton.

Dank.

Wir waren vor Jahren in froher Gemeinschaft zu fünf oder sechs Gefährten auf einer Wanderung durch die Bayrischen Voralpen. Ich habe Art und Charakter der meisten dieser Alpenfreunde vergessen, obgleich im allgemeinen keine Gemeinsamkeit einger zu verbinden pflegt als die Wanderschaft. Nur des Hans Meissner erinnerte ich mich noch gut, die Lebensgeschichte seiner Jugend wäre eine Historie für sich, und sie soll bei alter Zeit erzählt werden. Sicherlich war mit ungewöhnlichen Ereignissen zu rechnen,

wo er dabei war, wo seine Tochter, aber seine an Tollkühnheit grenzenden Streiche uns von Ausgelassenheit bis zu ernstlichen Gefahren brachten.

Es war Sommer und sehr heiß. Schon seit zwei Wundertagen leuchtete uns in naher Ferne das gewaltige Himmelsbild der Alpenketten in wechselnder Form, in der Tagessonne wie aus Eisen und Eis gestaltet, in verschwommener Mittagswärme wie Gebilde einer dumpfen Gewitterwolke und am dunkelgezogenen Abend in strahlender Glut. Endlich verschwand er mehr und mehr hinter den nahen Wänden der Voralpen, deren Almen voll Sommerblumen standen. Die gewundnen hellen Straßen waren mit Obstbäumen bestanden, deren Früchte zu reisen begannen. Der erste große Gebirgssee, den wir erreichten, war von so unwirlich strahlendem Blau, von so hochherziger Frische, dass mir zumute war, als täte sich meinen Sinnen eine ganz neue Welt voll wie geahnter Wunder an. Der erste Anblick der Alpenseen lädt in der Seele ein Bewußtsein der Freiheit zurück, das später nie in dieser Weise wiederkehrt, so oft Auge und Herz auch in späteren Zeiten in dieser weiss und grün umkränzten Höheklarheit ruhe und Freiheit finden mögen.

Am letzten Tage unserer Wanderung erreichten wir in den Mittagsstunden einen Gasthof am Wege, der unter hohen Kastanienbäumen lag, und in dessen schattigem Garten wir beim Wein bald das heiße Leidensband der weissen Straße vergessen hatten. Es war eine beinahe selbstverständliche, schweflige Liebereikunst, das hier der Sonnenbrand aus dem Hinterhalt mit kühlsem Wein bekämpft werden musste; schon nach einer Stunde ließ eine ungesüsse Fröhlichkeit uns die Welt vergessen, sowohl sie nicht im Schatten dieser alten Bäume lag.

Ich gestehe, es ging ein wenig roh zu. Die Bauern, die an den Holztischen dicht beim Auschank ihre Vierteljahr verweilten, schauten oft an und hörten, und da sie nicht wußten, ob sie lachen oder dem Jux ihres Widerspruchs Raum geben sollten, lachten sie heiter und verschonten uns in jener gelunden und kraftbewussten Gelustigkeit, die die bayrischen Landlute in ihrem Verkehr mit Fremden auszeichnet.

Hier geschah es nun, dass die stähnige Landstraße ein Mädchen herunterkam, das einen Wagen mit Holz hinter sich hervor. Sie war arm bekleidet mit einem grauen Kittel, und ihre nackten Füße und Arme waren vom Straßenstaub eingeschüttet, wie mit einem natürlichen Schuhmantel, er machte sie dem Land auf seltsame Art auffällig und verlor ihrer Erscheinung etwas Anhänger.

Am Eingang zum Wirtsgarten zögerte sie, vielleicht durch den ungewöhnlichen Lärm unfreies Frohsinn eingehüllt, aber sie zog dann doch ihren Wagen beiseite und trug schwach in den Baumhölzern, wo sie sich, dicht am Eingang, auf eine Holzhock niederließ. Es war nicht zu erkennen, dass sie völlig erschöpft war. In jenem holden Alter zwischen Kind und Jungfrau, bot sie in ihrer Perdigentia einen bewegenden Anblick. Das blonde Haar, das ohne Hut und ohne Halt in den gebraunten Haaren fiel, glänzte in einem Sonnenblitz auf, als ihr einiger Schnitt, und so sah sie still und schlichten da in ihrer lieblichen Armut. Als die Wirthin in die Nähe kam, bat sie sie um Wasser.

Natürlich war keinem von uns ihre Ankunft entgangen. Nun ist es seltsam, dass die gelegentlichen Erscheinungen ohne Bedeutung so auf uns zu wirken pflegen, wie sie sich in den augenblicklichen Zustand unserer Seele am besten einpassen. Dinge, die wir zu negebener Stunde gedankenlos belachten, können uns an anderem Ort und an anderer Gelegenheit in tiefe Nachdenklichkeit stürzen, und was uns heute erbittert, kann uns morgen erheitern. Sicherlich war der Geist unserer entseelten Runde leichtsinnig genug, um zuzulassen, was geschah.

Dener Hans Meissner, den ich erwähnte, erhob sich plötzlich, füllte sein Glas bis an den Rand mit Wein, und mit der zweitbesten Gebärde einer weit eher frivolen als gelegentlichen Annäherung trat er mit dem gezielten Schritt eines galanten Abenteuriers auf das Kind zu. Er verbeugte sich tief vor ihr, mit einer Komik, bei der wir unser kaum unterdrücktes Lachen nicht mehr zurückhalten konnten, pflanzte den Wein gravitätisch vor dem Mädchen auf und ermutigte sie mit spöttischer Höflichkeit zum Trinken. Darauf kam er feierlich zurück und ließ sich auf seinem Platz nieder, wie ein Heldherr nach gewonnener Schlacht.

Aber das geschah etwas, was niemand von uns erwartet hatte. Das Kind erhob sich und kam mit unsicherem Schritte an unsern Tisch, sie trat vor den Geber hin, und mit einem leuchtenden Blick von Glück und Dank nahm sie mit beiden Händen seine Hand, beugte sich tief darüber und drückte ihre Lippen darauf.

Der Eindruck dieser kindlichen Freude war so überwältigend, dass selbst die Verlegenheit einiger unter uns sich nicht in Gedanken befreite. Es entstand am Tisch jene qualvolle, beinahe drohende Stille, deren das Herz zuweilen im Ungestüm seiner betäubenden Unbedachtlosigkeit bedekt. Es klappt eine Mahnung durch diese Ruhe, und wer sie einmal empfunden hat, der kann ihrem Wesen Worle verleihen und weiß, dass sie wie eine Frage lauten: „In einer dunklen irdischen Stunde erwachte in dir dies Lebendpochen, es schlägt und schlägt, bis zu einer andern Stunde, in der es lautlos endet. Wohin geht du?“

Seit jenem Tage ist in mir eine heilige Sache vor jener dreifachen Sicherheit erwacht, die das Arge eher vorauseilt als die Unschuld. Argendo in den Tischen jeder selbst noch so verschütteten Menschenseele glimmt der Lichtschein dieser Hoffnung, des Glaubens und jenes Danks, der diesem Kind noch das selbstverständliche Element war, in dem seine junge Seele atmete. Mag es noch so verdrängt durch rohe Erfahrungen sein, noch so verwundet durch Bitterkeit, oder durch Leidern getrübt, es glimmt fort, vielleicht um erst spät im Gemüt unsrer Kinder wieder auf seinem Glanz zu erwachen, dieses wahrhafte Beweiskett von der Unerschöpfbarkeit der menschlichen Güte. Der tiefe Sinn allen Dankes ist im Grunde mir eine Verstärkung dieses Glaubens.

Waldemar Bonfels.

Was der vorgeschichtliche Mensch gegen Krankheiten tat?

Die Steinzeit wird als die frühesten Periode der menschlichen Entwicklung bezeichnet, innerhalb deren man freilich noch eine größere Zahl von Abschnitten zu unterscheiden gelernt hat. Die Menschen der älteren Steinzeit lebten an den Ufern der Flüsse oder in Höhlen. Der Mensch der jüngeren Steinzeit verfügte schon über weit höhere Fähigkeiten auch in der Herstellung von Behausungen. Es ist beachtenswert, dass nach dem jetzt gesammelten ziemlich reichen Material der Mensch der jüngeren Steinzeit auch schon als Arzt und Chirurg angesehen werden darf. Einen festen und ausführlichen Auftrag über die Bevölkerungen des Menschen zur Bekämpfung von Krankheiten hat Prof. Parry in der Wochenschrift Lancet veröffentlicht. Er näherte sich dem Verständnis dieser schwierigen Frage durch eine Betrachtung der Instinkte, die manche Tiere für eine Art von Selbstheilung besitzen. Hunde und Katzen fressen Gräser, um nötigenfalls ein Erbrechen oder eine abschließende Wirkung zu erzielen. Der sogenannte Hundesieben hat von dieser Beobachtung gradezu den Namen erhalten. Wenn Tiere einen verletzten Körperpart mit erstaunlicher Ausdauer beleben, so ist darin eine etwas rohe Vereinigung von Wärmebehandlung und Massage zu erblicken. Prof. Parry zweifelt nicht daran, dass auch der vorgeschichtliche Mensch seine Wunden belebt haben wird, zunächst gleichfalls aus Instinkt, später von Beobachtung und Nachahmung der Tiere. Es ist auch wahrscheinlich gemacht worden, dass der Mensch den arzneilichen Gebrauch der Nesseltiere von der Ziege gelernt hat. Über solche Instinkte enthält die Literatur vom Altertum an viele Angaben. Der Dichter Virgil erzählt, dass angeschossene Ziegen von der Diphtherie fressen. Plinius meint gar, dass der Adlerlas, den Menschen durch das Nilpferd gelehrt worden sei, das sich absichtlich an scharfen Sumpfräder verlegte und die freiwillig geschaffene Wunde mit Zehn verkleide, um einen zu großen Blutverlust zu verhindern. Das Salzessen vieler Hirsche

wog gleichfalls auf einen Gesundheitsinstinkt zurückgeführt werden. Der berühmte Afrikareisende Livingstone hat berichtet, dass die Schimpansen und andere menschenähnliche Affen blutende Wunden mit Verbänden aus Blättern oder Gras verschließen. Auch die älteste Arzneikunst des Menschen muss aus Instinkten erklärt werden. Aber bald vermischt sich ihre Ausübung mit dem Geisterglauhen. Dafür bestehen etwa dieselben Gründe, wie die fast überall auf früheren Kulturstufen eingegangene Verbindung zwischen ärztlichem und priesterlichem Beruf oder zwischen Krankenheilung und religiösen Ceremonien. Wahrscheinlich sind hauptsächlich bei den Naturvölkern, an deren Anschauungen sich der Charakter des Menschen noch am besten erkennen lässt, drei Meinungen über die Entstehung von Krankheiten vertreten. Sie werden entweder zurückgeführt auf den Born eines unzufriedenen Geistes oder auf Zauberer oder auf die beleidigten Geister von Verstorbenen. Ein niedrigstehendes Volk in Malakka glaubt noch jetzt, dass jede Krankheit durch einen besonderen Geist erregt werde, während die überwältigende Mehrzahl wieder jeden einzelnen Körperteil einem Dämon zuteile, der auch dessen Extrakt herbeizuführen vermöchte. Diese Vermischung von Geistersagen und Heilkunst ist doch die einzige Erklärung dafür, dass schon der steinzeitliche Mensch als Chirurg mit einer Operation betätigte, die noch jetzt als besonders schwierig und bedenklich gilt. Es ist die sogenannte Trepanation oder die Öffnung des Schädels. Der dabei leidende Geist riechte sich ohne Zweifel darauf, dass die Kranken von einem Geist besessen waren, der aus dem Schädel herausgelassen werden müsste. Die Einbildungskraft sträubt sich dagegen, sich die Vorahnung eines so gewaltsamen Eingriffs mit mangelhaften und ungünstigen Instrumenten vorzustellen, wie sie dem Menschen der Steinzeit allein zur Verfügung standen. Der Medizinherr seiner längst vergangenen Zeit hatte nichts als ein scharfes Stück Feuerstein als Werkzeug. Damit schnitt er wohl erst die Kopfhaut ab, soweit es nötig war, stellte die Blutung und kratzte dann so lange am Schädelknochen, bis er eine Öffnung geschaffen hatte. Es entzieht sich jeder Beurteilung, wie viele Stunden eine derartige Operation vorgenommen wurde, das lehren die Rinde vieler Schädel mit eingeschnittenen und zusammengeknüllten künstlichen Decken. Da verhältnismäßig viele Schädel in diesem Zustand erhalten geblieben sind, kann die Operation nicht einmal selten gewesen sein. Der unglimmliche Patient unterwarf sich ihr wohl in dem Glauben, dass er unter allen Illuständen von seinem Teufel befreit werden müsste. Es ist außerdem bekannt genug, dass die Naturvölker eine Fähigkeit im Ertragen von Schmerzen besitzen, die der Kulturmensch selbst bei größter Selbstbeherrschung seiner Nerven nicht mehr aufzuweisen vermag.

Allerdings wurde auch in der Steinzeit ein Mensch, der eine Trepanation glücklich überstanden hatte, wie ein Holzbrett verehrt, und nach seinem Tode schaute man sich glücklich seinen Schädel in den Besitz zu bringen. Entweder wurde er ganz aufbewahrt, oder man schnitt den durchlöcherten Teil mit einer Feuersteinsäge heraus und trug ihn an einem Strick als Amulett, das angeblich einen unbedingten Schutz vor der Krankheit gewährte, an der der Tote gestorben hatte. Der erste Schädel dieser Art ist überzeugend erst im Jahre 1808 in einer steinzeitlichen Grabstätte in Frankreich gefunden worden und wurde damals nicht verstanden. May hielt nämlich das noch mit seinen durch Narbenbildung geglätteten Rändern für eine Deckung, die nach dem Tode künstlich hergestellt worden wäre, um den Schädel als Trinkschale zu benutzen, ein Gebrauch, der freilich in wilden Stämmen häufig zu finden ist. Der Anatom Professor Proca, dessen Name insbesondere durch den Nachweis des nach ihm benannten Sprachzentrum im Gehirn berühmt geworden ist, war der erste, der zum allgemeinen Erstaunen die Annahme aussprach, dass der steinzeitliche Mensch bereits eine Trepanation ausgesetzt hätte. Wie sich die Sitten der steinzeitlichen Menschen bei den Naturvölkern bis zur Gegenwart erhalten haben, beweist die Tatsache, dass die Trepanation noch heute bei den Eingeborenen der melanesischen Inselgruppen im Großen Ozean im Gebrauch ist. Die Schädel, an denen diese Tatsache nachgewiesen worden ist, zeigen eine sehr geschickte Ausführung der Operation an einer schönen Rundung der Schädelöffnung, deren Ränder auch eine vorzügliche Heilung erkennen lassen. Bei diesem Volkssammeln der Gegenwart scheint freiwillig auch nicht allein der Geisterberglaube für die Operation bestimmend zu sein, sondern die Beobachtung einer tatsächlichen Erkrankung des Schädelknöchens, die wenigenstens in einigen Fällen mit großer Deutlichkeit erwiesen worden ist. Der melanesische Chirurg ist sogar ein solcher Meister in Gebrauch seines unvollkommenen Werkzeuges, dass er die abgelöste Kopfhaut nachher wieder über die Öffnung zieht, wo sie durch einen Verbund aus Bananenfasern befestigt wird. Mehrere moderne Chirurgen haben auch versucht, diese Operation nach steinzeitlichem Muster nachzumachen. Prof. Parry selbst hat an diesem Zweck Feuerstein, vulkanisches Glas (Obsidian), Muschelschalen, Schieferstücke und Haifischzähne ver sucht. Die Art der Benutzung gelingt entweder durch Schaben oder ähnlich einem Drillbohrer. Die Operation erwies sich begreiflicherweise als außerordentlich zeitraubend, besonders bei der Anwendung des Stricks zum Vorhören. Die Haifischzähne arbeiten noch am besten, und es ist wohl anzunehmen, dass auch der vorgeschichtliche Mensch sich solcher bedient hat, soweit er ihrer habhaft werden konnte, während Muschelschalen wahrscheinlich dazu gebraucht wurden. Immerhin konnte Prof. Parry an einem erwachsenen Schädel ein kleines Loch mit einem Schieferstück schon in etwa 50 Minuten herstellen, so dass die Dauer der Operation auch für den steinzeitlichen Menschen vielleicht überschritten worden ist.

Neues Theater. Donnerstag, 7 Uhr: Von Juan's letztes Abendspiel. Freitag, 7 Uhr: Hamlet. Sonnabend, 7 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Sonntag, 7 Uhr: Cavalieria rusticana; Der Vajazzo. Montag, 7 Uhr: Romeo und Julia. — **Altes Theater.** Donnerstag, 8 Uhr: Der Vater (Trauerspiel von August Strindberg). Freitag, 8 Uhr: Der Troubadour. Sonnabend, 8 Uhr: Der Bater. Sonntag, 1/8 Uhr: Wie einst im Mai. Montag, 8 Uhr: Der Wildschütz (vollständige Vorstellung).

Leipziger Schauspielhaus. Allabendlich bis zum 31. Juli, 1/2 Uhr: Der müde Theodor.

Bettenbergtheater. Donnerstag: Der Millionenkreis. Freitag, Sonnabend, Sonntag: Der große Komet.

Eingelaufene Schriften.

H. v. Bäcker und Friedrich Winter, Kinderturnen. Anregungen zur körperlichen Erziehung der Kinder vor dem Schuleintritt für Eltern, Erzieher und alle Freunde einer gesunden und frischen Jugend. Leipzig, Verlag von v. G. Teubner. Preis 80 Pf.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 15. Juli.

Geschichtskalender. 15. Juli 1806: Der Maler Paul Nembrini zu Leiden in Holland geboren († 1869). 1809: Der anarchistische Utopist Pierre Proudhon in Besançon geboren. 1831: Der Bildhauer Heinrich Vogel in Berlin geboren († 1911). 1862: Der Dichter Ludwig Fulda in Frankfurt a. M. geboren. 1900: Internationaler Textilarbeiterkongress in Berlin.

Sonnenaufgang: 5,50, Sonnenuntergang: 8,15.
Monduntergang: 1,1 nachm., Mondaufgang: 10,52 nachm.

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 16. Juli.
Schwache Luftbewegung, meist Südost, heiter, sehr warm, trocken, Gewitterneigung.

Parteiangelegenheiten.

Das Bezirks-Parteisekretariat ist in der Zeit von Donnerstag, den 10. Juli bis 9. August geschlossen. Dringende Parteiangelegenheiten und Zuschriften sind während dieser Zeit an den Vorsitzenden des Bezirkvorstandes, den Genossen Richard Lipinski, Leipzig, Königstraße 12, zu richten. Die sonstigen geschäftlichen Angelegenheiten werden vom Genossen Friedrich Richter, Leipziger Volkszeitung (Werlabeitung), und soweit wie möglich vom Sekretariat des 13. Kreises erledigt.

Der Bezirkvorstand.

Die Grundlagen der Volksgesundheit.

Dieses ebenso wichtige wie interessante Thema behandelte Dr. Kruse, Professor der Hygiene und Direktor des Hygienischen Instituts, in seiner Antrittsvorlesung. Die Abhandlung verdient insoffern besondere Beachtung, als Professor Kruse darin ausdrücklich hervorgehoben hat, daß die Frage der Volksgesundheit nicht allein eine Frage der medizinischen Fachwissenschaft ist, daß vielmehr zahlreiche Einflüsse nicht medizinischer Art wichtige Mittel für die Volksgesundheit sind. Wohl verdanke die Volksgesundheit, besonders in der Seuchenbekämpfung, den Entdeckungen und Fortschritten der wissenschaftlichen Medizin großes. Aber auch die andern Umstände mühten beachtet werden. Die Gottesgefahrtheit habe schon in ältester Zeit in enger Beziehung zur Gesundheitspflege gestanden. Diese Verbindung sei jedoch leider glücklich gewesen. Dasselbe gelte auch von der Sternkunde. Die Gesundheitspflege habe sich erst aus den Banden der Astrologie und Theologie befreien müssen, ehe sie zu ihren Erfolgen gelangen konnte. Segensreich und von großer Bedeutung sei dagegen das Eintreten der öffentlichen Gewalten für die Ziele der Gesundheitspflege gewesen. Man könne die ersten Gesetze als die ersten Hygieniker bezeichnen. Die Errungenschaften der modernen hygienischen Wissenschaft würden nur auf dem Papier stehen, wenn Gesetzgebung und Verwaltung nicht für ihre praktische Anwendung sorgen würden. Als Beispiel zog der Vortragende die Schutzpostenimpfung heran, die erst 1874, also fast drei Generationen nach ihrer Entdeckung, durch das Impfgesetz in Deutschland eingeführt worden sei. Dadurch sei erst die wirkliche Bekämpfung der Pocken und deren fast restlose Verdrängung aus Deutschland möglich geworden. Auch gegen Cholera, Ruhr und Typhus hätten Staat und Gemeinde wirkliche (?) Maßnahmen getroffen. Zur Bekämpfung der Tuberkulose dienen Arbeiterschule, Arbeiterversicherung, Krankenhäuser, Heilstätten und ähnliche Einrichtungen. Auch im Wohnungswesen suche man endlich alte Unterlassungssünden gutzumachen.

In doppelter Weise hätten die Naturwissenschaften der Volksgesundheit genügt. Sie hätten erstens die Entwicklung der Medizin, namentlich der Lehre von den Krankheitserregern, ermöglicht und zweitens die technische Kultur der Neuzeit herbeigeführt. Die Technik wiederum habe nach zwei Richtungen hin die Volksgesundheit vorteilhaft beeinflußt. Unmittelbarer Nutzen sei durch die sogenannten Gesundheitswerke — Kanalisation, Wasserversorgung, Heizungs- und Beleuchtungsanlagen usw. — gebracht worden. Weiter habe die Technik durch Steigerung des Volkswohlstandes einen günstigen Einfluß auf die Volksgesundheit ausgeübt. Professor Kruse mußte aber anerkennen, daß die moderne technische Entwicklung für die breiten Schichten des Volkes auch manche gefundene Nachteile mit sich gebracht hat. Als solche bezeichnete er unter anderem die vielen dem Industriearbeiter drohenden Gefahren, das Wohnungseindringen und die Brandweinpest. Diese Schäden zu bekämpfen, sei eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Hoch bewertete der Vortragende die Förderung, die die Volksgesundheit durch die ästhetische Kultur erfahre. Sie machtlich in der Ausbreitung des Sinnes für Reinlichkeit des Körpers, der Häuser und Wohnungen, der Strassen und der Liebe zu Naturgeschichte, Körperpflege usw. bemerkbar. Innige Beziehungen bestehen nach Professor Kruse zwischen der Sittlichkeit eines Volkes und dessen Gesundheit. Seine Auffassung darüber erscheint unklar. Meinte er doch, es existierten in dieser Hinsicht in Deutschland keine erfreulichen Verhältnisse, wie die hohe Kindersterblichkeit beweise. Besser sei es mit dem sozialen Pflichtbewußtsein des deutschen Volkes bestellt, das zeige sich in der Arbeiterfürsorge. O, ja! Hier wirkt der Herr Professor Widerspruchsvolles durcheinander. Das arbeitende Volk hat allerdings soziales Pflichtbewußtsein, dagegen fehlt dies der bessenden Klasse und den Regierenden nicht nur, sondern beide verhindern mit ihren Machtmitteln, daß sich das soziale Pflichtbewußtsein durchsetzt. Was an sozialer Pflichterfüllung in Deutschland bisher geschehen ist, ist meist gegen den Willen der Herrschenden durchgesetzt worden. Zu einer wahrhaftigen Darstellung in diesem Punkte darf sich kein Professor, der angefordert werden will, herbeilassen, sonst wär's mit seiner Julafest zum Lehrant vorüber.

Auch das gegenwärtige Schredgespenst aller Philister: den Geburtenrückgang! zog Herr Kruse in seine Betrachtungen ein. Und wenn es wahr ist, was ihn die Nachrichten darüber sagen lassen, so hat er einen guten unfreiwilligen Witz gemacht. Die Lösung, wie dem Geburtenrückgang gesteuert werden könne, bestehé darin, „dass jeder an seinem Teil es als patriotische Pflicht empfindet, für einen der Zahl, wie der Beschaffenheit nach ausreichenden Nachwuchs zu sorgen“.

Danach sind auch in diesem Punkte die Bessenden wiederum die schlechten Patrioten, denn sie haben die Kindererzeugung seit langer, langer Zeit auf ein Minimum eingeschränkt.

Säuglingspflege während der heißen Jahreszeit.

Man schreibt uns: Seit einigen Tagen hat die Sommerhitze wieder eine Höhe erreicht, die das Wohlbefinden und die Gesundheit des Menschen zu schädigen geeignet ist. Der Erwachsene und das größere Kind vermögen ja diesen schädlichen Einfluss an sich selbst rechtzeitig zu bemerken und ihm durch leichtere Kleidung, Lüftung der Räume, östere kühle Waschungen u. dergl. entgegenzuwirken. Nicht so das Kind in den ersten Lebensjahren. Besonders für den Säugling wird die Sommerhitze oft zu einer Lebensgefahr, vor allem, wenn ihm die allein vor Krankheit schützende Ernährung an der Mutterbrust versagt bleibt. Bei der künstlichen Ernährung mit Kuhmilchmischnungen oder gar künstlichen Nährpräparaten ist der Säugling umso mehr gefährdet, je weniger seine Pflegerinnen, vor allem also die Mütter, des Grundages eingebildet sind, daß Vorbeugen leichter und besser ist, als Heilen. Auch der Säugling muß vor der Einwirkung der Sommerhitze gewisshand mit allen Mitteln geschützt werden. Es gilt in jedem einzelnen Falle durch eine verständige Pflege und vor allem durch frühzeitige Einholung sachverständigen Rates vorzubeugen, ehe die Gefundensichtung zur Ernährungsstörung oder gar zum Darmkatarrh oder dem Brechdurchfall geführt hat. Deshalb sollten die Eltern und Pflegemütter, schon wenn sie selbst die Sommerhitze drückend empfinden, sich um Anleitung zur richtigen Pflege ihres Kindes bemühen, nicht aber den Arzt für den Säugling erst dann rufen, wenn auf eigene Faust oder den Rat Unbefähigter Ernährungsversuche unternommen worden und fehlgeschlagen sind.

Früher glaubte man, daß den Säuglingen bei Ernährungsstörungen und Darmkrankheiten nur wenig und oft gar nicht zu helfen sei. Wer heute noch als Arzt eine solche Meinung äußern wollte, würde sich als unsachverständig den Tadel seiner Berufsgenossen aussetzen; denn heute sind Ernährungsstörungen von Säuglingen sicher zu helfen, wenn rechtzeitig der Rat des Arztes eingeholt und gewissenhaft befolgt wird.

Es ist weiten Kreisen und besonders den Eltern selber meist noch ganz unbekannt, daß die Ärzte durch die Arbeit der wissenschaftlichen Kinderkunde in den letzten 10 Jahren in Bezug auf Behandlungsverfahren sind, die rechtzeitig angewandt, fast nie versagen, vorausgesetzt, daß es sich, wie bei den durch die Sommerhitze verursachten Erkrankungen allerlei, um einfache Ernährungsstörungen und ihre Folgen handelt. Man wendet die natürlich gegebenen Ernährungs- und Heilmittel, wie die sogenannte Eiweißmilch, Buttermilch, geeignete Mehls- oder Milznahrungsmittel an, die aber in jedem einzelnen Fall dem jeweiligen Zustande des Säuglings durch ärztliche Verordnung angepaßt werden müssen und es gelingt damit, die meisten Ernährungsstörungen der Säuglinge im Beginn fast ohne Anwendung irgendwelcher Arzneimittel mit solider Sicherheit zu behandeln, lasst bei gewissenhafter Befolgung der ärztlichen Ratschläge schwereren Gefährdungsfallen vorgebeugt werden kann.

Freilich steht die neue Behandlungswelle auf das Hindernis der großen Kosten, die eine daran beteiligte Industrie und der Zwischenhandel fordern müssen. Diese Interessen müssen zurücktreten gegenüber der Erhaltung der Säuglinge. Die Stadtverwaltung in Leipzig hat den Versuch gemacht, durch eine englische Beaufsichtigung des allgemeinen Milchverkehrs und durch eine Fürsorge für die Behandlung erkrankter Säuglinge auch der minderbedienlichen Bevölkerungsschichten mit den oben erwähnten Nährmittelmittelein ein wichtiges Gebiet der öffentlichen Gesundheitspflege füllig zu betreten.

Dieser Schritt kann nur von Erfolg sein, wenn ihm die Mitwirkung der Nachbetrüger, das heißt der Eltern oder Beihältern durch außerkörperliche Betreuung ihres Kindes, die Förderung durch die bemannten Bevölkerungskreise und die Teilnahme der an der Kinderbehandlung beteiligten Ärzte sicher ist. In diesem Sinne ergibt an alle, die eine tägliche Aufnahme an der Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit betreiben wollen, die Bitte, die Kindermilchanstalt der Stadt Leipzig durch ihre Anspruchnahme zu unterstützen.

Die städtische Kindermilchanstalt liefert Milchmischnungen und Milchpräparate zur künstlichen Säuglingsernährung nach ärztlicher Vorschrift.

Die künstliche Ernährung eines Säuglings ist nur dann berechtigt, wenn die natürliche an der Mutterbrust unmöglich ist. Der Übergang zur künstlichen Ernährung und jede Veränderung in ihr erfordert, wenn Milchfolge oder Schädigungen des Kindes vermieden werden sollen, die Aufsicht und den Rat des Arztes. Daher gibt die Kindermilchanstalt ihre Erzeugnisse nur auf Verordnung eines approbierten Arztes ab, dessen Urteil und Verordnung auch für den etwaigen Wechsel der Nahrung die Voraussetzung bildet.

Die Lieferung der verordneten Milch oder die Einstellung der Lieferung kann nur dann vom Morgen des folgenden Tages an erfolgen, wenn die Bestellung oder Abbefüllung bis mittags 12 Uhr des laufenden Tages bei der Kindermilchanstalt eingetragen.

Preise: für je 100 Gramm 6 Pf. Besondere Preise für Pflichtmitglieder einer Krankenkasse und für Personen, die der Kindermilchanstalt durch Aufwendung des Steuerzettels nachweisen, daß sie ein Einkommen von nicht mehr als 8000 M. haben: für je 100 Gramm 3 Pf.

Für die tägliche Lieferung bis ins Haus werden bei den Regelpreisen 10 Pf. und bei den besonderen Preisen 5 Pf. berechnet. Der für die tägliche Lieferung zu entrichtende Betrag wird jedesmal auf 5 Pf. nach oben abgerundet.

Vorispiel für die Berechnung: Verordnet sind sechs Flaschen zu je 140 Gramm. Diese kosten bei den Regelpreisen ($6 \times 140 = 840$) 840 oder 900 Gramm. 100 Gramm kosten 6 Pf., mitin 900 Gramm 54 Pf. und 10 Pf. Aufstellungsgebühr, zusammen 64 Pf., also abgerundet 65 Pf.; bei den besonderen Preisen ($6 \times 140 = 840$ oder 900 Gramm. 100 Gramm kosten 3 Pf., mitin 900 Gramm 27 Pf. und 5 Pf. Aufstellungsgebühr, zusammen 32 Pf., also abgerundet) 35 Pf.

Die Milchmischnungen und Milchheilmittel werden in verschlossenen Behältern geliefert, die die Anordnung des Bestellter fragen. Verbrochene oder verlorene Flaschen sind mit 10 Pf. und verlorene oder erheblich beschädigte Transportfässer mit 25 Pf. für das Stück zu erzeigen.

Das Geld wird allwochenlich fassiert. Die Behälter müssen am häufigsten Orte der Wohnung vor Licht und Luft gehängt, aufbewahrt werden. Sie sind jedesmal nach Entnahme einer Portionsflasche sofort wieder sorgfältig zu schließen. Bei entsprechender Gewissenhaftigkeit ist es möglich, die Flaschen in einem Eimer mit Wasser bis über den Verschluß hinaus versenkt und mit einem in das Wasser tauchenden Leinenstrudel aufzuheben, wenn daß Wasser in den heißen Tagen ständig gewechselt wird.

Die einzelne Trinkflasche muß, bevor sie geöffnet wird, zur gleichmäßigen Verteilung des Milchfettes gut durchgeschüttelt werden. Dann wird sie in laues Wasser gehängt und mit diesem bis zur Trinkwärme, die durch Anhalten der Flasche ans Auge geprüft wird, erwärmt. Erst dann wird der Verschluß mit einer reinen Gabel oder vergleichlich angeschlossen und entfernt und das sorgfältig gereinigte Saughälchen aufgesetzt. Beides soll so geschehen, daß die Dehnung der Flasche dabei nicht mit den Fingern oder irgendwelchen Gegenständen berührt wird. Überhaupt muß jede unnötige Berührung des Hütchens und der Flaschenöffnung durch Finger oder Geräte oder gar Kinderwäsche bei der Pflege zum Schutze des Säuglings vor Erfrörung auf das peinlichste vermieden werden. Um den Geschmack der Milch zu prüfen, zieht man ein wenig auf einen Löffel. Niemals darf das Saughälchen oder gar die Flaschenöffnung mit einem andern Munde in Berührung kommen als dem des Säuglings. Einheimisch ist, schmeckt und riecht, weil mit Buttermilch hergestellt, sauer und die Flasche enthält das Eiweiß als Bodenschlag. Deshalb muß das Fläschchen vor der Erwärmung und vor der Verabreichung an das Kind besonders gut durchgeschüttelt werden.

Nach dem Trinken muß der Rest weggeschüttet, die Flasche aber gut mit Wasser ausgewaschen und zum Aufbewahren umgedreht hinstellen. Die Flaschen dürfen nicht mit Wasser- oder Milchresten in die Verbandskästen zur Rücksendung gestellt werden. Sollte dem wiederholt zu widergehandelt werden, so behält sich die Kindermilchanstalt vor, die Lieferung abzubrechen. Flaschen und Verbandskästen werden sorgfältig und reinlicher Behandlung empfohlen.

Mitteilungen und Beanstandungen sind sofort bei der Kindermilchanstalt, Eulitzsch, Eulitzsch 44, telefonisch oder schriftlich anzu bringen.

Die abgelaufene Schwurgerichtsperiode.

Die so aufsehenerregend durch die Ansprache des Vorsitzenden eingeleitet wurde, ist gestern unter den herkömmlichen Höflichkeiten geschlossen worden. Nur unterließ es der Vorsitzende, für die „wertvollen Dienste“ zu danken, die die Geschworenen der Rechtspleite und dem Staate geleistet hätten, sondern er beschränkte sich darauf, in einem einzigen Satz für die Diebstahl zu danken. Hierauf erwiderte ein Geschworener, daß es nur der freitliche Belehrung des Vorsitzenden an den Geschworenen das Rechte getroffen hätte. Ende gut, alles gut. Daß aber Director Dr. Mahn kaum aus sich selbst heraus gehandelt hat, sondern daß höhere Kräfte hinter ihm stehen, scheint immer sicher zu sein, wenn man jetzt erfährt, daß auch der Vorsitzende des Blauenhsen Schwurgerichts ein ähnliches Verfahren angewendet hat.

Die abgelaufene Schwurgerichtsperiode brachte an Strafen 7½ Jahre Zuchthaus und 8 Jahre 7 Monate Gefängnis. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen und zwei Verhandlungen vertagt.

Einige Verhandlungen gaben dem Kriminalisten psychologische Rätsel auf: so z. B. die geheimnisvolle Lust am Feuer, die einen gereiften Mann im Altershautauch ergriff und ihn zum erstenmal ins Gefängnis, zum wiederholten Male aber ins Zuchthaus führt. Ebenso merkwürdig ist die Erziehung, daß jemand dazu kommt, einen Meineid an Leisten, ohne die Absicht dazu zu haben. Er hat den falschen Eid nicht „wissentlich“ geleistet und kann nicht wegen Meineids bestraft werden. Bleibt Fahrlässigkeit übrig. Wenn es sich aber um Personen handelt, die sozusagen ein Brett vor dem Kopf haben, so wird man sie auch nicht zur Verantwortung wegen fahrlässigen Falsches heranziehen können, denn sie sind nicht imstande, aus ihrer Person heraus zu einer Erkenntnis zu gelangen, die sie vor einer falschen Aussage schützt.

Es geht jetzt schon los. In unser gestrigen Notiz hatten wir den Leipziger Patrioten geraten, mit ihrer Bismarck-Jahrhunderfeier vorsichtig zu sein, damit sie sich nach dem Feste nicht wieder in die Haare fahren möchten. Unscheinbar will man aber gar nicht so lange warten. Der Krafel scheint vielmehr schon jetzt loszugehen. In einem Eingefangen wendet sich ein Patriot in der gestrigen Nummer des Limanblatts dagegen, daß man die Bismarckfeier im Stil der früheren patriotischen Feste abhält. Es ist selbstverständlich für die Idee selbst ganz begeistert, wünscht aber, daß die Feier „des Mannes würdig sei, dem sie galt“. Darum wünscht es eine volkstümliche Feier. Es meint, jeder Luxus sei bei patriotischen Festen unberechtigt. Offenbar will es damit ausdrücken, daß man bei derartigen Feiern die weniger zahlungsfähigen Patrioten nicht immer hinterstellen soll. „Fort mit dem Bismarckpatriotismus!“ ruft es deshalb dem Vater des Bismarckfeiergedankens zu. Es ist ja menschlich begreiflich, daß es die guten Patrioten der zweiten, dritten und folgenden Klassen ärgert, wenn sie den patriotischen Rummel immer nur in entsprechender Entfernung, hinter Ketten von Schuhleuten und Soldaten, bewundern dürfen. Anderen werden sie aber mit ihren Protesten nichts. Derartige patriotische „Nationalfeiern“ sind eben nur für einen kleinen, engumgrenzten Kreis von erstklassigen Patrioten berechnet. Die Masse der übrigen braucht man nur als Staffage. Wohl aber über weißt sich also die Jaunbilliettpatrioten mit dem Bismarckpatriotismus der Erstklassigen absind müssen. Oder sie schlagen Zähm und dann ist der Krafel wieder fertig. Es wird also doch schon das Beste sein, wenn man unserem Vorschlag folgt und auf den ganzen Rummel verzichtet, um die Einigkeit unter den Patrioten aufrechtzuhalten.

Der Wirt von Auerbachs Keller, Herr Berg, hat sich gestern früh das Leben genommen. Ursprung zu diesem Schritt werden ungünstige Geldverhältnisse angegeben.

200 englische Buchdruckereibesitzer haben am Montag und Dienstag die Bugra bezeichnet, was sie sich da alles angesessen haben, und zum Schluss mitgeteilt, daß sie auch den Betrieb der Leipziger Neuesten besucht haben. Das ist kein schöner Witz. Jährlich schlagen die Neuesten Kapital aus ihrer über Engländerfeindlichkeit, kommen dann Engländer zu Besuch, dann führt sie die Bugraleitung in eben den engländerfeindlichen Zeitungsbetrieb der Nachrichten. Wenn die Besucher davon unterrichtet worden wären, in was für einen engländerfeindlichen Betrieb man sie führen will, so würden sie sich für die „Ehre“ bedankt haben.

Sport.

Wieder zwei tödliche Absätze. Auf dem Flugplatz in Odessa ist am Montag ein mit zwei Personen besetztes Flugzeug herabgestürzt. Die beiden Flieger, Kapitän Firsow und sein Begleiter, waren sofort tot.

Ein Flug über den Ozean? Wie aus London berichtet wird, beabsichtigt der englische Flieger Graham White sich um den für den ersten transatlantischen Flug ausgesetzten Preis von 200000 M. zu bewerben. Er läuft zu diesem Zwecke einen besonderen Apparat bauen. Dieser soll mit vier voneinander unabhängigen Motoren ausgestattet werden, die den Apparat 40 Stunden ohne Zwischenlandung in der Luft halten sollen. Außerdem soll das Flugzeug so gebaut werden, daß es im Notfall auch schwimmen kann. — Bisler sind alle Versuche, den Ozean zu überfliegen, mißglückt.

Polizeinachrichten.

Von einem Großomnibus tödlich überschlagen wurde gestern nachmittag in der 4. Stunde in der Palitzschstraße zu L. Neudorf ein 7-jähriger Schulnabe. Er soll nach den Angaben von Zeugen hinter einem nach der Stadt zu fahrenden Omnibus in den andern, in entgegengesetzter Richtung herannahenden Kraftomnibus hingefallen sein.

Blitzschlag. Bei dem Gewitter, das sich gestern nachmittag über Leipzig entzündet, schlug der Blitz in einen Schornstein des Grundstücks Enthausstraße 16 und zerstörte ihn vollständig. Personen wurden dabei nicht verletzt. Der angerichtete Schaden soll indessen bedeutend sein.

Unfälle auf der Straße. Am Freitag wurde gestern nachmittag ein siebenjähriges Schulmädchen von einer Kraftdroschke überfahren. Da die Kleine anscheinend schwere innere Verlebungen davongetragen hatte, fuhr sie der Kraftdroschkenführer gleich ins Krankenhaus. — An der Ecke der Zweinaundorfer und Martinstraße zu L.-Anger wurde gegen Abend ein in der Martinstraße wohnhafter Haushalter von einer Kraftdroschke überfahren. Er wollte auf einem dort haltenden Straßenbahnwagen mitfahren und lief in seiner Hast direkt in die Kraftdroschke hinein. Der schon bejähzte Mann hat bei dem Unfall einen Schlüsselbeinbruch und mehrere Rippenbrüche erlitten. — Auf dem Röhrlage wurde mittags eine Arbeiterschrein aus Gerichtshain von einem Radfahrer umgerissen, der sofort die Flucht ergreifte, als er angehalten werden sollte. Ernstere Schaden scheint die Frau glücklicherweise nicht erlitten zu haben.

Eine Kraftdroschke gestohlen. In Berlin ist in der Nacht zum 12. Juli eine aufzulösende, braunlackierte, offene Benzinkraftdroschke, Marke N.A.G., Typ K5, Erkennungszeichen IA 8000, Motor Nr. 6171, Fabriknummer 0051, im Werte von 12 000 M. gestohlen worden.

Ermittelt. Der herrschaftliche Autischer, der am 2. Juli am Johannisplatz ein 12-jähriges Mädchen so unglücklich überfahren hat, daß es kurz nach dem Unfall an den erlittenen Verletzungen starb, ist als ein 45 Jahre alter Autischer aus Luhendorf ermittelt worden.

Am ehemaligen Streit stieß ein in der Kantstraße wohnhafter Neisser gestern abend seine Ehefrau die Treppe hinunter, die aus der Wohnung in den Laden läuft. Die Frau brach dabei das rechte Handgelenk und mußte ärztliche Hilfe aussuchen.

Unfall. Beim Aussteigen eines Treibriemens geriet gestern vormittag ein Werkführer in einer Strickerei der Windmühlenstraße mit dem linken Fuße in eine Motorstrickmaschine. Er erlitt dabei erhebliche Quetschungen am Fuße und mußte ins Krankenhaus geschafft werden.

Zu erschrecken versucht sich in vergangener Nacht auf dem Hahnenfelsen ein 28-jähriger Weinmeister. Da die Schuhwaffe jedoch nur mit Blaspatronen geladen war, erreichte er sein Ziel nicht. Man brachte den Mann zunächst nach der Polizeiwache.

Plötzlich erkrankt. Im Wartesaal des Hauptbahnhofes erkrankte kurz nach Mitternacht eine Wirtschaftsbücherfrau aus Wittenberge plötzlich so schwer, daß sie sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Unfall auf einem Bau. Auf einem Neubau in der Kaiser-Augusta-Straße fiel gestern nachmittag einem 24-jährigen Bauarbeiter aus etwa 2 m Höhe eine Bauleiter auf den Kopf. Der Mann mußte sich sofort in ärztliche Behandlung begeben.

Zusammengefahren. Auf der Kreuzung der Kaiser-Augusta-Straße und der Bayerischen Straße stießen gestern abend ein Geschäftskraftwagen und ein Kraftfahrrad zusammen. Der Führer des Kraftfahrrades, ein Student, trug bei dem Zusammenstoß eine größere Kluwunde am rechten Auge davon, lehnte jede Hilfe ab. Sein Fahrrad wurde stark beschädigt. — Am Bayerischen Platz fuhren gestern Mittag zwei Radfahrer zusammen. Obwohl beide stürzten, blieben sie unverletzt.

Eine Schauspielerin eingeschlagen. Am vergangenen Sonntag früh gegen 1/2 Uhr ist einem Fleischermesser in der Weißstraße die Schauspielerin im Wert von 200 M. eingeschlagen worden. Nach der Angabe eines jungen Mädchens sollen drei junge Männer die Scheibe eingedrückt haben und hernach durch die Seitenstraße und Alexanderstraße nach der Kolonnadenstraße zu davongelaufen sein. Wer etwas zur Ermittlung der Täter angeben kann, teile dies der Kriminalabteilung mit.

Ein dreifacher Vorsche. Am Abend des 30. Juni lauerte sich ein bissiger Kaufmann in einem Zigarrengeschäft der Pariser Straße Blätter. Beim Beziehen ließ er vorsätzlich sein braunes Portemonnaie mit etwa 140 M. Inhalt auf der Ladentafel liegen. Kurz darauf betrat ein etwa 17 Jahre alter Vorsche den Laden, um sich einige Zigaretten zu kaufen. Als der Ladentheater ihm die Ware gegeben hatte, bemerkte er das Portemonnaie auf dem Ladentisch. Da er annahm, daß es dem jungen Mann gehörte, deutete er darauf hin. Der Unbekannte nahm das Portemonnaie an sich und ging fort. Erst hinterher stellte sich dann heraus, daß der Vorsche, der übermittelgroß war, Anflug von Schnurrbart hatte, dunkles Indent und helle Hose trug und den Eindruck eines Matzhelfers machte, ein fremdes Portemonnaie an sich genommen hatte. Es ist bisher noch nicht gelungen, den Unbekannten zu ermitteln.

166. Sächsische Landeslotterie.

(Ohne Gewinne)

(Ausdruck verboten.)

Zeitung vom 15. Juli.

Alle Nummern, neben denen kein Gewinn steht, sind mit 180 Mark gezogen.

40 000 auf Nr. 11145 bei Herrn Karl Blaich in Leipzig und Eugen Wilhelmi in Waldenburg i. S.
30 000 auf Nr. 21542 bei Herrn Richard Ulrich in L.-Neudörfel.
20 000 auf Nr. 306 bei Herrn C. Louis Tauber in Leipzig.
5 000 auf Nr. 5992 bei Herrn Alexander Hessel in Dresden.
3 000 auf Nr. 02050 bei Herrn G. P. Neufeld & Sohn in Dresden.
3 000 auf Nr. 100102 bei Herrn Aug. Weingart in Annaberg.

258 (250) 306 (20 000) 49 172 (250) 994 (250) 615 171 006

714 539 (250) 555 358 98 408 404 201 1710 377 218 32 201 404 948

35 517 493 404 400 11 85 2199 304 330 56 76 905 264 481 281

400 44 816 875 889 448 (250) 349 804 3307 938 862 491 508 220

188 785 138 880 374 838 014 177 805 401 200 872 810 88 025 297

492 4285 745 394 070 157 58 467 (2000) 772 400 846 (250) 300
552 168 719 436 424 080 208 653 56 895
5040 992 (5000) 810 300 405 481 448 804 873 085 (250) 910
440 180 710 754 0707 220 (250) 407 582 58 449 54 (1000) 730
680 (250) 768 340 (250) 78 846 (500) 285 (250) 446 913 131 485
641 (2000) 7801 522 022 486 130 20 126 302 250 290 (250) 625
50 782 120 300 533 (250) 771 0772 812 124 807 320 651 133 360
417 21 851 373 85 514 757 008 805 078 940 0832 414 106 843

108 651 420 235 362 261 (2000) 856 451 (250) 800
10372 470 (500) 571 180 708 181 853 121 878 438 822 112
877 288 612 288 11238 085 574 454 (250) 900 189 155 405 150
810 (250) 008 938 (250) 470 145 (40 000) 88 004 324 243 431 449
12831 54 841 908 308 815 700 093 408 454 484 650 (250) 62 001
025 780 13710 608 (250) 004 555 097 198 170 081 352 50 771
4 258 457 14148 528 454 328 020 747 808 321 914 718 810 530

241 547 524 770 370 422 430 340 550
15313 242 700 520 476 233 300 727 275 284 (250) 738 241 72
878 090 473 218 911 10880 817 527 50 16 (2000) 900 185 057 44
121 31 030 5 (250) 17024 48 626 (500) 275 116 440 410 6 587
18720 005 27 000 146 058 326 (500) 553 88 181 904 261 804 718
976 860 705 19925 (500) 361 456 180 31 001 406 050 068 328
219 430 881 712 306 140 101
20270 916 537 117 818 705 221 472 362 (250) 524 47 263 132
612 749 126 532 500 (250) 551 707 828 019 20 782 027 566 854
21000 400 810 334 84 532 (250) 391 511 261 587 728 542 (30 000)
148 04 470 502 627 005 22 200 252 22414 032 704 432 558 588
781 514 (1000) 329 300 (250) 688 788 200 844 200 537 23080 280
842 845 07 427 905 321 (500) 92 580 (500) 92 680 120 53 120
190 517 521 (250) 10 (500) 08 748 524 718 404 348 307 898
24527 886 400 362 807 241 286 330 605 780 812 369 019 858 010
900 202
25483 307 200 610 095 754 334 86 702 388 151 (2000) 688 8
807 728 586 26474 524 007 716 66 411 (500) 098 17 217 920 621
708 700 218 78 017 10 539 219 861 815 27001 20 00 198 703
170 435 700 110 558 215 915 887 853 284 224 (250) 308 (500)
128 81 300 717 020 470 28827 650 420 778 45 385 (250) 384
120 127 507 931 050 748 918 29000 588 45 837 211 171 740
040 491 148 778 18 721 548 827 121 472 104 864 902 812 840 49
30081 928 080 070 403 401 250 (250) 220 515 800 (250) 216
(500) 35 207 187 125 507 01 672 879 555 217 31155 38 209 716
211 150 545 151 011 098 006 040 052 280 857 418 470 470 32547
(250) 240 8 587 884 008 058 727 184 372 405 464 559 257 102
001 33727 180 200 (500) 546 510 (250) 290 16 544 704 482 05
300 631 859 480 902 401 055 34740 075 072 187 141 154 710 27
549 12 440 74 204 040 213 509 850
35001 724 332 40 (250) 077 200 054 405 610 600 29 678 297
504 904 73 803 900 081 (250) 001 80714 058 703 504 440 400
002 (1000) 576 811 784 284 040 772 720 348 (250) 140 920 074
875 814 124 007 853 151 510 67 928 37038 394 581 080 379 285
861 480 514 005 50 38489 707 (250) 50 511 (250) 911 614 80
124 (250) 248 (500) 118 457 261 (250) 032 055 74 515 430 85 007
800 558 (250) 900 39857 208 612 (250) 02 171 300 20 221 838
421 600 309 203 6 537 57 144 808 081 280 (250) 310 212 811 315
300 (250) 064 873
40000 82 706 172 386 018 515 484 550 905 340 755 105 776
800 017 828 31 41481 030 700 13 128 10 636 007 214 032 048
18 28 150 977 553 702 025 053 040 554 058 181 (250) 756 498
008 (250) 530 200 42540 208 185 073 (250) 805 805 720 457 400
711 210 101 175 183 378 002 257 43412 805 474 708 082 077 817
583 092 492 081 457 785 159 259 000 203 44586 121 405 70 680
201 612 188 007 387 816 104 087 128 505 544 497 616 208 701 155
45800 487 228 (500) 188 64 (250) 187 070 507 558 740 (250)
825 741 761 843 714 070 46200 380 050 442 048 810 019 82 840
051 (250) 873 045 081 105 807 (250) 577 012 814 187 104 514 709
785 400 47500 103 747 (500) 805 100 405 275 042 278 540 408
580 007 (250) 436 556 543 122 290 08 381 (250) 881 048 817 731
501 057 756 48001 588 081 481 044 118 54 (250) 270 860 (250)
089 545 927 007 090 49465 (250) 5 77 854 (250) 588 018 (500)
105 888 048 458 648 108 106 570 006 185 371 (250)
50422 812 080 824 400 097 797 (250) 073 112 122 (2000) 750
505 48 (250) 896 200 700 578 51582 919 (2000) 474 517 795 121
837 (250) 772 108 308 720 568 610 802 028 785 482 264 58 52141
086 (250) 384 071 844 700 708 883 308 108 107 (250) 506 040
508 030 008 400 849 904 750 58204 497 588 380 62 846 171
153 254 342 871 502 781 015 518 588 54500 50 148 875 727 154
472 (250) 478 301 024 652 418 078 58 422 05 102 145 (250) 510
55220 000 408 (250) 288 001 871 185 878 251 88 584 121 151
444 727 058 56201 388 778 749 405 306 757 158 20 244 8 788
088 744 550 000 545 250 201 57888 502 80 740 100 081 000 017
70 27 513 220 007 846 700 58218 100 100 481 027 476 821 124
714 724 202 705 185 850 352 447 500002 840 458 060 368 610 52
000 (250) 314 420 291 207 045 106 008 756 071
60387 401 870 100 188 737 920 28 888 840 308 330 285 278
487 (250) 61150 678 (250) 924 550 (250) 618 105 105 551 53 408
162 (250) 120 884 908 216 908 630 304 147 818 62056 (3000) 101
102 58 208 07 223 980 408 040 217 518 524 879 578 245 294
63826 87 55 225 514 17 841 802 160 658 660 381 (250) 410 158
118 508 579 404 501 (250) 351 183 64300 301 200 707 772 975
720 054 505 058 13 051 6 070 (250

A Kohlfreie Getränke

G. Stech, Schützenstr. 8, Tel. 10328
Apfel-Beeren-Wald-, Rotweine,
H. Dammendorf, Mineralwasserstr. 17

A Lum.-Bosch., Wanderart.

Carl Gust. Nowack, Neumarkt 12.

Apotheken

Solomonis-Apotheke,
Grimmstraße 17.
Lieferant aller Krankenkassen.

Uri Untersuchung. Apotheker
Ulmer, Nicolai, Ecke Reußl.

Arbeiter-Borderröcke

E. Dachsel Knopfstr. 25, Schuhw.
neu u. geb. Möbel.

Automaten-Restaurants

Grimmstraße Str., Ecke Neumarkt
Hirsch-Automat, Peterstr. 37
Post-Automat, Grimm. Stoln. 8
Dresden: Wilsdrufferstr. 25
empfahl, Ihr so vorzügl. bek.
zu je 10 Pf. erhältl. Spisen
und Getränke.

Badeanstalten

Damen- sowie alle ander. Bäder
Nürnberg, Nürnbergerstr. 4, T. 5525

Ost-Bad Eisenbahnstraße 60.
Schwimm-Bassin.
Dampf-, Wasch- und Kurbäder.
Kurbad-Gerberstr. 2, Ries. Kurbäderstr. 44.

Bandagen u. Orthopädie

E. Dehrens Bandagen, alte Kratzkasten
St. Georg Leipzig - Wiedrichsstr.

Bäckereien u. Konditoreien

Will. Böllmann, Comeniusstr. 10.
Bauer, Bäck.-Märk. Blöß, Schloss-Str. 61
Alw. Bernstein, Nürnbergerstr. 34.
O. Bischoff, Flieg., Weißgerberstr. 14.
Fr. Boxsimmer, Hg. Käfer, Molk. 18.
F. Böckeler, Roud., Glashofstr. 13.
O. Böttcher, Roud., Glashofstr. 13.
A. Cleves, Aug., Zwolnaudstr. 84.
O. Ehrlich, Connow, Biedermeierstr. 14.
O. Enders, Lü., Leutzschenerstr. 69.
A. G. Günther, Mattheskirchstr. 20, T. 11384
Herm. Hofacker & Co., Flugwitz.
O. Hammer, Co., Biedern.-u. Hammerstr.
Ernst Häusler, Südstraße 24.
Herm. Helmke, Co., Biedermannstr. 64.
Oskar Heinrich, Südenstr. 27.
Karl Heinrich, Albertstr. 16.
Hempel, P., Alexanderstr. 26, T. 12554.
E. Hentschel, Bernhardstr. 24, T. 12550.
H. Herzog, Leutzschenerstr. 4
(Habellatiss.) Moritzstr. 15.
A. H. Kettner, Bäckerei-Bedarfsartikel
Hindrichstr. 21, Telefon: 382, 3142

Kleinwechter, Lü., Leutzschenerstr. 14.
C. Knorr, Gehl., Schlossstr. 11.
Prix Lachmann, Torgauer Str. 25.

Max Lungfeld, Schlesig, Sieglitzstr. 8.
Rich. Leistner, M., Auf. Hall. Str. 17.

P. Leuschner, Stöß., Glosfaystr. 1.

Franz Liebold, Kirchbergstr. 43.
H. Lischke, Döllitz, Globenstr. 1.
Rich. Meyer, Go., Kaiser-Friedr. Str. 77.

C. Klemmer, M., Kirchbergstr. 4.
Gust. Mory, Wurzner Str. 106.

R. Müller, Lind., Gundersdorferstr. 33.
Paul Neger, Mariannenstr. 40.

H. Pankratz, Gutsmuthstr. 48.
Willy Pfeiffer, M., Äußere Hall. Str. 190.

Willy Reichert, Sternwartenstr. 36.
Rob. Reiter, Körnerstr. 2.

H. Reile, Ecke Laubegasse - Zschell., St. 1.
Fritz Rieger, St., Elschaffstr. 25.

D. Rödiger, Schl., Blümnerstr. 12.
Paul Schellbach, L., Reuterstr. 53.

E. Schilling, Co., Auerbachstr. 8.
Curt Schirrmelster, Kirchstr. 53.

Bruno Schöne, Wigandstraße 43.
Ernst Schönthal, Kochstr. 194.

K. Schröder, Lind., Gleeserstr. 2.
Hermann Schulze, L., Kaiserstr. 19.

K. Seidel, Volk., Konradstr. 36.
W. Steinert, M., Auf. Hall. Str. 180.

Hugo Stephan, Sonnenfeldstr. 11.
Ed. Stockmann, Siegenerstr. 4.

Rich. Schwendler, Soeburgstr. 60.

A. Thiele, L., Eks-Café, u. Gund. St.
Walter Thiele, Co., Bernalische Str. 7.

Gust. Salomon, Nutritzsch,
Döllitzsch, Go., Peterstr. 52.

Leiserf. garant. reines Roggen-
brot m. Vollgewicht. T. 8888.

Osk. Thurm, Stöß., Holzkäsestr. 25.
Rich. Vogel, Bornaische Str. 42.

Ott. Wahrn, Lü., Leutzschenerstr. 53.

Aug. Wegelin, Lü., Kühturmstr. 12.

W. Wehnert, Karl Heinz St. 62, Lü.
Ott. Wuri, Lü., Zsch., Gießerstr. 44.

Arn. Ziegler, Gravolotest. 12b.

Baerdigungsanst. u. Sargen.
Arnold, 1912. Fuchs, Bogislawstr. 23.

Herrn. Gränitz, Delitzsch.
Rob. Hellmann, Matthäikirch. 20.
Telefon: 4411.

P. Lunkenbein, Bläßstr. 71, T. 5510.

Pielat Lü., Odermannstr. 10.
Vo., Konradstr. 41.

Febr. Reiche, L., Zechersche Str.,
Lü. St. 48, Kita. St. 36.

Bettfed., Betten, Reinigung
Louis Költzsch, Co., Pogauer St. 30.

H. Oldag, Südstr. 2.

J. C. Schwartz, Brühl 50, Gg. 1798

Bildereinrahmungen

Friedr. Fränkel, Elisabethstr. 8.
Ernst Günther, Querstraße 7.

Oswald Klempler, Torgauerstr. 40.

Eduard Schmidt, Ranftsdörfer

Steinweg 51.

Blumen und Kränze

Gust. Bräutig., Wurznerstr. 1.

Berkhardi-E. Thomas, Lü. Markt 18 T. 1459

Hedwig Eisfeld, Zeltzerstr. 37.

S. Kreider, Lü. Hauer, Wintergärt. 51.

Erscheint wöchentlich
drei mal

C. Langrock, Rennbahn-Gasse 2.
Alb. Meier, Eisenbahnstr. 32.

Schulke, Rennbahn-Gasse 6 (Adler)

Berufskleidung

Lamperter Berufskleid., Nürnberg.

Strasse 25.

Billacherwaren

A. Sander, Lü., Burgaustr. 15.

Brauereien, Bierhandlung

Dampfbrauerei Zwenkau A.-G.

Zwenkau.

J. Pottkämper, Eutritzschi,

impflicht. Malz u. Hopfen gebr. Biere.

Köstritzer Schwarzbier

durch Kitzing & Holzbo.

Hohestr. 28 u. Tel. 21, 34, 29.

Ed. Schmid

Knopfstr. 25, Schuhw.

neu u. geb. Möbel.

Automaten-Restaurants

Grimmstraße Str., Ecke Neumarkt

Hirsch-Automat, Peterstr. 37

Post-Automat, Grimm. Stoln. 8

Dresden: Wilsdrufferstr. 25

empfahl, Ihr so vorzügl. bek.

zu je 10 Pf. erhältl. Spisen

und Getränke.

F. A. Urich

Otto Lutze, Ausf. Hall. Str. 115.

Döll., Rittergärt.-Gasse, Mineralwasserfab.

Badeanstalten

Damen- sowie alle ander. Bäder

Nürnberg, Nürnbergerstr. 4, T. 5525

Ost-Bad Eisenbahnstraße 60.

Schwimm-Bassin.

Dampf-, Wasch- und Kurbäder.

Kurbad-Gerberstr. 2, Ries. Kurbäderstr. 44.

Bandagen u. Orthopädie

E. Dehrens Bandagen, alte Kratzkasten

St. Georg Leipzig - Wiedrichsstr.

Bäckereien u. Konditoreien

Will. Böllmann, Comeniusstr. 10.

Bauer, Bäck.-Märk. Blöß, Schloss-Str. 61

Alw. Bernstein, Nürnbergerstr. 34.

O. Bischoff, Flieg., Weißgerberstr. 14.

Fr. Boxsimmer, Hg. Käfer, Molk. 18.

F. Böckeler, Roud., Glashofstr. 13.

A. Cleves, Aug., Zwolnaudstr. 84.

O. Ehrlich, Connow, Biedermeierstr. 14.

O. Enders, Lü., Leutzschenerstr. 69.

A. G. Günther, Mattheskirchstr. 20, T. 11384

Herm. Hofacker & Co., Flugwitz.

O. Hammer, Co., Biedern.-u. Hammerstr.

Ernst Häusler, Südstraße 24.

Herm. Helmke, Co., Biedermannstr. 64.

Oskar Heinrich, Südenstr. 27.

Karl Heinrich, Albertstr. 16.

Hempel, P., Alexanderstr. 26, T. 12554.

E. Hentschel, Bernhardstr. 24, T. 12550.

H. Herzog, Leutzschenerstr. 4

(Habellatiss.) Moritzstr. 15.

M. Ketterer, Bäckerei-Bedarfsartikel

Hindrichstr. 21, Telefon: 382, 3142

Kleinwechter, Lü., Leutzschenerstr. 14.

C. Knorr, Gehl., Schlossstr. 11.

Prix Lachmann, Torgauer Str. 25.

Max Lungfeld, Schlesig, Sieglitzstr. 8.

Rich. Leistner, M., Auf. Hall. Str. 17.

Fritz Rieger, St., Elschaffstr. 25.

D. Rödiger, Schl., Blümnerstr. 12.

Paul Schellbach, L., Reuterstr. 53.

E. Schilling, Co., Auerbachstr. 8.

Curt Schirrmelster, Kirchstr. 53.

Bruno Schöne, Wigandstraße 43.

Ernst Schönthal, Kochstr. 194.

K. Schröder, Lind., Gleeserstr. 2.

H. Seidel, Volk., Schlossstr. 11.

Reichholz, Richard, Krouzstr. 33.

H. Siedel, Lü., Krouzstr. 1.

H. Siedel, Lü., Krouzstr. 1.

H. Siedel, Lü., Krouzstr. 1.

Fortsetzung des Bezugsquellen-Verzeichnisses.

Schallplatten

Musikhaus Merkur

Fettnstraße 17. I. Etage.

Schnellbesohl-Anstalten

Bähr, L., Eckstünderstr. 4, Spitalstr. 16.
Osw. Weinhof, Jahnstraße 7.

Samenhandlung

Erfurter Sammlig., Würtz & Wolff
Neumarkt 12. F. 14322.

M. Bergmann

Neumarkt 7b.

Emil Döß Nchf., Neumarkt 8.

Schuhwaren, Schuhmacher

H. Bengsch, Melchior, E. Konradst.

K. Brandl, L., Demmeringstr. 78.

A. Bräse, Kirschbergstr. 2 u. 70.

Joh. Bühl, Gundorferstr. 31.

R. Blüttner, Sell., Würzner Str. 39.

A. Ellmer, Reparatur, Stolzenstr. 14.

G. Garbers, Promadenstr. 27b.

A. Grabe, Reparatur, L., Marktstr. 5.

H. Giebel, Reparatur, Zeitzerstr. 23.

M. Hala, Rep.-Werkt., Dufourstr. 7.

E. Engolmann, Straße 11.

Holzgärtner, Karl Heinz, 45.

K. Kunze, Gohl., St. Privatstr. 28.

Oskar Licht, Blücherstraße 47.

K. Lindemann, Selt., Grachtstr. 4.

Melzer, Kai- u. Repar., Kochstr. 26.

Mundkowsky, Bill. Sch., L., Markt 4.

Josef Popp, Kronprinestr. 12.

Ad. Reileich, Altenstädtstr. 11.

Rosenberger, P., Göllnitz, Lindenstr. 16.

F. Schloss, Güteabdr., V., Nibelungrstr. 20.

Paul Siegm., Dufourstr. 34.

Karl Tröhner, Paulinenstr. 14.

Weiß, E., Rep.-Anst., Bayr. Str. 47.

F. Wünsch, Gut, Müsself., Bergstr. 26.

H. Zinke, Süd., Lang. Kt. 15, Hof u. Rep.

Schrine, Stücko

Windmühlenstr.

Ecke Kurprinestr.

Altenkirch, Hahndorf, St. Privatstr. 4.

W. Piller, Windmühlenstr. 50.

Geißl., Bürst.-Spezialgesch.

A. Schumann, Gießerstr. 53, Fabrikstr.

Stempel

E. Gruner, Stempel und Schilder

Merseburger Str. 102.

Flaschenstr. 2.

Otto, Hib.

Tel. 5291.

O. Rudolph, Zeitzer Str. 3 T. 16047.

W. Weller, Brühl 26, Fernspr. 3031

Tapeten, Linoleum, Wachst.

Stremann-Kramische, Querstr. 1.

Tapazierer u. Dekorateur

L. Soldner, Stbl., Querstr. 13. Fels. Mob.

Uhren, Goldwaren

Paul Biedermann, L., Markt 12.

H. Bromme, L., Gundorf, Str. 26.

Fel. Gerhardt, Nürnberger Str. 31.

O. Haedike, N., Eisenbahnstr. 9.

Zahnatellers, Zahnhünstler

G. Mittlich, Frankfurter Straße,

Ecke Elsterstraße 65.

Goeringer, Weststr. 32 am Westplatz.

Kurt Luttmann, Bayreuthstr. 86.

G. Ludewig, Tel. 15500.

Zoot.Handt., Aquär. u. Vogel.

R. Backhoff, Sell., Würzner Str. 73.

Jüchke, Süd., Papiera. Str. 1a Vogelstr.

P. H. Kirstein, Zeitzer Str. 68.

Mühlner, Lab. G. Kräger, Nürnbergerstr. 34.

O. Reinhold, Naschim., Gewölbe 18.

Bermietungen

Süden.

Arendstr. 60, II., möbl. Zimmer, für 1 ob. 2 Hrn. zu vermiet. 1*

Osten.

Engelsdorf, Lindenstraße 7a.

Wohn. zu verm. 200.- 310.-.

Westen.

2. Stube z. 15.-/8. gefücht. Ost.

8. 100.-/8. 81. Elsterstr. 41.

Nördl., Elsterstr. 6, p. r.

kleines Logis zu vermieten.

HANS EITNER

Internationaler Möbeltransport

Spes. auswärtige Transporte

Passagier mit Rücksichtnahme

Reisebüro z. Stand. Güteapparat

Möbelstrasse 11/12 und Markt 6.

Reisebüro z. 2. 18500 20210.

Verkäufe

Haus m. Stallung, Gart. u.

Frau verw. Beyer

Schadebach b. Röthenbach.

In Kleinzschocher

aut. Produkte-Geschäft

mit Schlachten, sehr günst.

Lage, zu verkauf. Öffentl. u.

J. 25 an die Exped. d. Platz.

Chaiselongue

24.-M. fol. Polst-

ung, bequeme

Polsterlehnschläge 25.-M. Salo-

mistrasse 11, Tapez. i. holz.*

Anzeigen

und Paletots

v. feinst. Cavalier,

Stud. u. hoh. Herr-

schaffen wen. getr.,

auch neue, aus engl.

Stoff., auch a. Seid.

G. Birsch, Co., Probstholznaerstr. 11

E. Holzmann, Königsplatz 4.

Kemnitz Nchf. Schweißschl. Mühlenstr. 10

Max Martini, Lüd., Herrenleiterstr. 1.

Fuglonius Trauringo

Zur Trauring-Ecke,

Reichsstr., Ecke Schuhmacherg.

Eug. Müller, Windmühlenstr. 34.

C. Schmieder, Gerberstraße 61.

Emil Schneider, Bayreschestr. 47.

Schöne, Georg, Würzner Str. 165.

P. Schönert, Elisenv. 37.

Gust. Tittel, Nürnbergerstr. 34.

Carl Voigt, Südst. 28.

W. Würz. Ing., Bahnhofstr. 30, Trauringo.

C. B. Zwecker, Go., Äuß. Hall.-Str. 140.

Vereinsartikel u. Spielware.

M. Tautz, Reichsstr. 15, Kochs Hof

Vernickelungs-Anstalten

G. Spröte & Co., Flieg., Fröbelstr. 11

Vervielfältigungsanstalten

E. Höglund, Königstr. 4.

H. Hornig, Ranst. Steinweg 44, T. 5667

E. Ichhorn, Hainstr. 21, Passage.

Presto!, Leipzigerstr. 9, Tel. 13606.

Warenhäuser

Kaufhaus Adler, Gundorfer Str.

M. Joske & Co.

L.-Plagwitz.

Wäsch- u. Plätt-Anstalt

Gardinen-Spannerol

M. Brode, Bieleburg (Rasenbleiche).

O. Herrmann, Ltzsch, Ltzsch-Str. 33, el. Balz.

H. Rüffer, Ltzsch, Stadt Nördorf (Handel).

Wäsche, Wollwaren

W. Goldammer, Dufourstr. 36.

E. Krause, Gemeindestr. 25, pr. 1.

E. Körth, Kurprinzstrasse 22.

Weine und Liköre

L.E. Meyer, Bastei, Steinweg 11, T. 7341.

K. Kutsch, Eut. Str. 2, Gerberton.

Emil Korn, Taucher Str. 7.

H. Voigt Nachf., Hospitalstr. 14.

Weltwaren, Herrenartikel

Lule Herzog, Südst. 26.

Leipzig-Connewitz

H. Schönerr, Süd., Ecke Richardstr. 80.

G. Engelsdorff, Tel. 15500.

Zahnatellers, Zahnhünstler

G. Mittlich, Frankfurter Straße,

Ecke Elsterstraße 65.

Goeringer, Weststr. 32 am Westplatz.

Kurt Luttmann, Bayreuthstr. 86.

Dresdenstr. 30

Tel. 15500.

Zoot.Handt., Aquär. u. Vogel.

R. Backhoff, Sell., Würzner Str. 7

Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsens.

Dritter Tag.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Die sächsische Politik und der nächste Wahlkampf.

Referent Hermann Plechner-Dresden: Parteigenossen! In den letzten Wochen hat ja bekanntlich das nunmehr abgeschlossene Kartell der Nationalliberalen und Fortschritts für die kommenden Landtagswahlen eine sehr große Rolle gespielt. Die liberalen Organe Sachsen besonders nehmen ja die Wahlen gewaltig voll und wenn man ihrer Meinung glauben sollte, dann stünde in Sachsen der Anbruch einer liberalen Ära unmittelbar bevor; sie rechnen ja ganz bestimmt damit, daß in der Zweiten Kammer durch dieses Kartell eine fortgeschritten-nationalliberale Mehrheit erreicht wird. Die Schlussfolgerungen, die aus dieser nach ihrer Meinung in Aussicht stehenden Tatsache gezogen werden, sind aber so illusionär, utopisch und unwahrscheinlich, daß darüber noch gesprochen werden muß. Findet sich doch z. B. ein fortgeschrittenes Blatt Sachsen, das allen Ernstes erklärt, man könne ja zwar nicht damit rechnen, daß die den Fortschritten zugewandten 28 Landtagswahlkreise alle von ihnen gewonnen werden könnten und im Anschluß daran war noch die sonderbare Meinung ausgesprochen, daß von den übrigen 68 Mandaten, die von den Nationalliberalen mit Kandidaten besetzt werden, ja ein gewisser Rest auch für die andern übrig bleiben werde! Es ist doch einfach Unstinn, so zu sprechen, wie es die liberalen Organe tun, daß erst dann, wenn sich infolge des Wahlabkommens eine liberale Mehrheit in der Zweiten Kammer ergeben würde, es möglich sein würde, im Landtag liberale Politik zu betreiben. Wenn die Herren Liberalen-Nationalliberalen und fortgeschrittenen Obervorwurf wirklich ernsthafte liberale Politik machen wollten, so hätten sie in den drei letzten Landtagssessionen die allerhöchste Gelegenheit dazu gehabt. (Sehr richtig!) Ich verweise nur auf einige der Gelegenheiten dazu, vor allem auf die Schulreform. Hätten die Liberalen nur einigermaßen ernst damit gemacht, liberale Politik zu treiben, so hätten sie die sozialdemokratische Fraktion dabei immer an ihrer Seite gefunden und sie würden sie auch in Zukunft immer an ihrer Seite finden. (Sehr richtig!) Es handelt sich nur darum, was man unter Liberalismus versteht, und da habe ich allerdings die Befürchtung, daß die liberale Politik, die die Fortschritte und Nationalliberalen für sich allein ohne unsere Hilfe sich ausdrücken, in Zukunft treiben zu können, sehr wenig mit liberaler Politik zu tun haben wird. (Sehr richtig!) Das ist die Erfahrung, die wir haben, wenn ich mich täuschen sollte, wäre es mir sehr recht. Aber wir müssen unsere Schritte über die neue Konstellation natürlich aus unseren Erfahrungen ziehen.

Wir wissen alle: die liberale Vergangenheit in Sachsen ist so, daß wir allen Grund haben, solchen Ausführungen mit dem größten Mißtrauen gegenüberzustehen, denn wir haben oft genug auf unseren Landesversammlungen festgestellt, daß das unglaubliche Verhältnis eben in Sachsen und die seit Jahrzehnten in Sachsen dominierende agrar-konservative Herrschaft nicht in leichter Linie der Wachslappigkeit und Unentschlossenheit des sächsischen Liberalismus zugut schreibt. Die Geschichte der sächsischen Politik von Beust über Rostitz-Wallwitz, Rechß bis Bithum ist die Geschichte unerhörter Reaktion mit einer einzigen kurzen Unterbrechung zu Anfang der 70er Jahre, wo die Liberalen einen schwachen Aufschwung nahmen, um die Dinge zu beeinflussen. Aber wir haben sehr bald gesehen, daß die Herren Liberalen vor ihrer eigenen Courage zurückgewichen sind und ihr Liberalismus in demselben Maß schwächer und fadenscheiniger geworden ist, wie die Sozialdemokratie in Sachsen stärker wurde. Das ist kein Zufall, wir wissen, daß es gesellschaftliche Entwicklung und sozusagen eine Notwendigkeit ist, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die starke Entwicklung der sozialdemokratischen Partei, die ja die Aufgabe hat die Interessen der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher und politischer Beziehung zu vertreten, alle auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehenden Parteien zusammenzuschließen müsse, um die sozialdemokratische Bewegung niederzurütteln. Da treten dann die liberalen Grundsätze in den Hintergrund, sie kommen erst in zweiter Linie, sie werden nur insofern hoch gehalten, als sich das mit diesen Verhältnissen verträgt und als sie nicht dazu angehalten sind, der sozialdemokratischen Partei Vorteile zu bringen. Wenn ich das feststelle, so will ich nicht gesagt haben, daß nicht die Liberalen denn doch in einer ganzen Reihe von Fällen die Möglichkeit und Gelegenheit gehabt hätten, die sächsischen Verhältnisse etwas anders zu behandeln, als sie es im Parlament getan haben. Vergangenheitsarten wir uns das, so müssen wir auf der andern Seite feststellen, daß uns die Liberalen, wenn wir eine wirklich liberale Forderung aufstellen, stets vorholten: Ja, Ihr Sozialdemokraten, Ihr tut ja damit gar nichts besonderes neues. Ihr steht ja eigentlich liberale Forderungen auf, in bezug auf das Wahlrecht usw. Das ist richtig, aber die Liberalen spiegeln sich damit nur selbst, denn sie stellen damit die Tatsache fest, daß sie diese liberalen Ideen und Forderungen aufgegeben haben, die nun von der Sozialdemokratie aufgenommen werden, weil der Liberalismus nicht mehr den Willen hat und nicht mehr imstande ist, seine eigenen Forderungen zu vertreten. (Sehr wahr!)

Wenn die Liberalen nun erklären, daß eine liberale Mehrheit in der Zweiten Kammer liberale Politik machen werde, so ist mit dieser Behauptung zweifellos eine Läusigung der Wähler verbunden, ob beachtigt oder nicht, ist Nebensache. Wir aber haben nachdrücklich darauf hingewiesen, daß kein Wähler, der ernsthafte liberale Politik gemacht sehen will, auf diesen Trick hereinfallen darf, denn sonst könnte das recht verhängnisvoll für diese Wähler selbst werden. Es bleibt nach wie vor dabei, daß wer eine wirklich liberale Politik will, sich der stärksten und mächtigsten Partei Sachsen, der Sozialdemokratie anschließen muß. Es ist eine Unktion, glauben zu können, daß eine so große Partei aus der Kalkulation ausgeschaltet werden könnte. Das kann man nur tun, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß eine Minderheitspartei in der Kammer überhaupt links liegen bleiben kann. Es kommt aber doch nicht nur auf die Zahl der Mandate an, sondern bei einem den Willen der Wähler fühlenden elenden Pluralwahlrecht, sondern gerade da ist es besonders nötig, immer wieder auf die hinter den Abgeordneten stehenden Wählermassen hinzuweisen, die in die Dinge, ob es nun rein parlamentarisch zum Ausdruck kommt oder nicht, doch ein entscheidendes Wörtlein hinzuhören haben.

Wir können also feststellen, daß, soweit es sich darum handelt, liberale Zustände in Sachsen zu schaffen, wir im Landtag das Möglichste dazu beitragen haben; wenn es uns nicht gelungen ist, so liegt das an denselben liberalen Parteien, die jetzt den Mund so voll nehmen und die unsere Aurregungen abgewiesen, unsere Anträge abgelehnt und alles getan haben, was das Vertrauen zu den liberalen Parteien in Mißtrauen verwandelt und den Wählern einbringlich sagt, daß sie diese Versprechungen nicht glauben dürfen, weil die Erfahrungen aus der Geschichte der sächsischen Politik in zu entschiedener Weise dagegensprechen. Die Wähler dürfen sich nach dieser Richtung keinen Illusionen hingeben. Ich mache unsre Genossen bei dieser Gelegenheit besonders eindringlich auf das wertvolle Material aufmerksam, das in den gedruckten Fraktionsberichten enthalten ist. Besonders bei Arbeiterfragen haben wir gesehen, daß es da zwischen Konservativen, Nationalliberalen und Fortschritten fast keinen Unterschied gibt. (Sehr richtig!) Das ist ein Merkmal der Politik in Sachsen, wo die Klassengegensätze durch die industrielle Entwicklung so außerordentlich auf die Spitze ge-trieben sind. Und es gibt unsrer Theorie recht, daß in reine

Arbeiterfragen die bürgerlichen Parteien, weil sie auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen und kein Tippschen davon preisgeben wollen, stets geschlossen gegen unsre Partei sind und es auch im Landtag gewesen sind. In den Fragen des Arbeitsschutzes, der Arbeitslosensfürsorge, der Klassenjustiz, der Steuerpolitik, der Polizeiwirtschaft, sogar in allen rein politischen Verfassungsfragen haben wir, von wenigen Ausnahmen bei den Fortschritten abgesehen, immer eine einzige grobe reaktionäre Masse gegen uns gehabt. Wir haben eine geschlossene Phalanx gegen die Sozialdemokratie in der Zweiten Kammer feststellen können, und es ist gerade bedauern zu den heftigsten Kämpfen zwischen uns und den übrigen Parteien gekommen. Eine Partei, die sich eine Dreiklassenwahlrechtsmach aufzuhallen kommt will, hat für alle Zeiten den Anspruch auf den Charakter einer liberalen Partei verwirkt. (Lebhafte Zustimmung!) Eine Partei, die es ferner fertig brachte, daß bestehende Pluralwahlrecht zu schaffen und sich noch damit zu brüsten — eine solche Partei kann doch nicht ein Fünften Vertrauen besiegen. (Sehr wahr!) Das ganze Kartell basiert ja nicht etwa auf der Tatsache eines freien und gleichen Wahlrechts, sondern nur auf dem Pluralwahlrecht und nur weil auf Grund dieses Systems die Arbeiterklasse entschieden ist, ist eine solche Kalkulation der Nationalliberalen und Fortschritts überhaupt möglich. Die Wahlrechtsfrage wird überhaupt, auch bei den kommenden Wahlen, der Prüfstein des Volkes sein. Die Wahlrechtsfrage in Sachsen darf und wird nicht zur Ruhe kommen; wenn die Liberalen wirklich liberale Politik machen wollen, dann sollen sie es bei unserm Wahlrechtsantrage zeigen. (Lebhafte Zustimmung!) Wir haben ja da bereits Erfahrungen gemacht, wir müssen die Liberalen aber immer wieder auf die Probe stellen, die Wahlrechtsfrage ist der Angelpunkt des ganzen politischen Lebens, sie muß es auch in Sachsen bleiben, wir werden sie immer wieder aufstellen müssen, und ich meine, daß wir sie auch im Wahlkampf neben andern Fragen zur Wahlparole machen müssen. Wir sind ja keinen Augenblick im Zweifel, wie diese Prüfung des Liberalismus ausfallen wird, aber wir müssen sie immer wieder antreten.

Wie wirkt denn das Pluralwahlrecht? Bei den ersten Wahlen unter ihm haben 1900 für die Sozialdemokratie 341 206 Wähler gestimmt, für alle bürgerlichen Parteien zusammen 293 230 Wähler. Die große Mehrheit der Wähler hatten also für die Sozialdemokratie entschieden, die aber im Parlament mit nur 25 bzw. 26 Mandaten in der Minderheit ist. So verhindert das Pluralwahlrecht die Absicht der Wähler, so fälscht es ihrer Meinung, läßt sie in das gerade Gegenteil um. Eine Partei, die dieses Wahlrecht als etwas Ideales ansieht, weil nun gegenüber dem Dreiklassenwahlrecht auch die Sozialdemokratie eine handvoll Mandate bekommt, eine solche Partei können wir nicht als eine liberale ansehen. (Lebhafte Zustimmung.)

Als der Sparmeister Dr. v. Bülow noch die sächsischen Finanzen vermaulierte, dieser Typ eines verkrüppelten Konservativen vom alten Schlag, da fragte er im Landtag einmal die Nationalliberalen: „Ja, meine Herren, bitte sagen Sie mir doch, was ist denn eigentlich liberal, kommen Sie mir nicht mit solchen Redensarten?“ Die Nationalliberalen waren entrüstet und brausten auf diese Grobheit Bülow auf, aber die Ironie war durchaus berechtigt, denn nach dem Benehmen der Liberalen, besonders der Nationalliberalen, konnte allerdings bei Dr. v. Bülow die Meinung aufkommen, wo denn eigentlich ein Unterschied zwischen ihnen und den Konservativen wäre. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen und die Volkspartei entsprechen in Sachsen in keiner Weise den freiheitlichen Forderungen der Arbeiterklasse und allen ihren Redensarten muß daher mit dem größten Mißtrauen begegnet werden. Bleileit ist in der Form der Behandlung der Sozialdemokratie durch die sächsischen Behörden eine Verbesserung gegen früher, meinetwegen gegen die Zeit unterm Ausnahmegefecht, scheinbar eingetreten. Der Minister von Bithum hält im Landtag Neden, daß er keine Partei anders behandelt seien wolle wie eine andere, er betont seine Arbeiterfreundlichkeit und steht den liberalen Mann heraus. Die Tatsachen aber stehen mit diesen Worten im schärfsten Gegensatz, denn die Sozialdemokratie wird heute von amtswegen so scharf belämpft wie nie zuvor. Es wird eine ausgelogene, absichtliche und ziemlich unverhüllte Klassenpolitik gegen die Arbeiter, gegen die Sozialdemokratie in Sachsen betrieben. Wenn wir im Landtag von der Klassenjustiz sprechen, dann fragt der neue Justizminister Dr. Nagel: Was wollen Sie? Davon steht nichts in den Alten, daß in Sachsen eine Klassenjustiz besteht. (Große Heiterkeit,) beweisen Sie mir doch einmal aus den Alten, daß das stimmt! Trotzdem aber ist die Klassenjustiz sogar aus Alten festzuhalten, aus schriftlich ausgesetzten Gerichtsurteilen, wie wir sie wiederholt veröffentlicht haben — was man früher noch schaute, wird heute getan! Die Klassenjustiz ist in Sachsen augenscheinlich für jeden, der sehen und objektiv urteilen will. Und sogar in etwas objektiv denkenden bürgerlichen Kreisen wird Ihr Bestehen höchstens zugegeben. Ein Berliner Gericht hat ja schon vor Jahren in einem Prozeß gegen den Vorwärts entschieden, daß in den Alten des sächsischen Oberlandesgerichts steht, daß die sozialdemokratische Partei in Sachsen minderen Rechts ist. (Lebhafte Zustimmung) Wenn das schon vor Jahrzehnten von einem Gericht erklärt wurde, dann braucht man sich doch heute nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob auch der Inhalt von Alten die Behauptung rechtfertigt, daß in Sachsen eine Klassenjustiz besteht.

Ich behaupte, wir haben heute auf dem Gebiete der Justiz und auf dem der Verwaltung besonders mehr wie je Veranlassung, den schärfsten Kampf gegen die Behörden und die bürgerlichen Parteien zu führen, die die Behörden, die Gerichte — das haben wir im Landtag gefehlt — decken und kein Wort dazu zu sagen wagen, wenn die Behörden in einer Unzahl von Fällen so verfahren, daß das Vereins- und Versammlungsrecht einer großen Zahl der sächsischen Staatsbürger durch Auslegung illogisch gemacht wird. Der Grundzah, alle Staatsbürger sind gleich, steht lediglich auf dem Papier; in der Praxis wird das Recht gemodelt durch die Macht. Wer die Macht hat, wendet das Recht an, und die Auslegung sorgt dafür, daß es angewendet wird, wie es dem Interesse der bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen Gesellschaft entspricht. Auch in der Presse sehen wir deutlich, daß wir solche Zustände haben. So brachte die Magdeburger Zeitung bei den Vorgängen der Denkmalsbeschämierung in Charlottenburg einen Artikel, in dem unverhüllt festgestellt wurde, daß in solchen Fällen bei der Urteilsfällung selbstverständlich die Gegenstimme in Betracht zu ziehen sei. Sie sehen, daß der Charakter, den heute die Rechtsprechung trägt, sich schon soweit ausgebildet hat, daß er in Fleisch und Blut jedes dieser Organe der bürgerlichen Klassen übergegangen ist. Es ist viel davon gesprochen worden, auch in der bürgerlichen Presse, daß wir nach wie vor in Sachsen eine Nadelstichpolitik haben. Meine Ausführungen bestätigen das; aber der jetzige Minister hat sich dagegen mit Nachdruck gewehrt. Wenn wir ihn aber an der Hand von konkreten Fällen es beweisen, wie die Polizei verfährt, wie sie hier das Vereinsrecht illogisch macht, wie sie da in unzähliger Weise die Jugendbewegung niederknüpft, dann fällt es ihm nicht ein, den Behörden unrecht zu geben, vielmehr werden ihre Maßnahmen gedekt und jede Polizeiheit wird gut geheißen. Da kann man dann nicht sich hinstellen und behaupten, es gibt in Sachsen keine Nadelstichpolitik. Bei Gelegenheit des Berliner Urteils will ich nur darauf hinweisen, daß Herr v. Bithum selbst dargelegt hat, daß in Sachsen die Sozialdemokratie minderen Rechts ist, ich meine den Neustädter Fall, wo einer unsrer Genossen von einem Gemeindeamt entfernt wurde lediglich der sozialdemokratischen Gewissenswirken wegen. Das steht ausdrücklich in dem Entscheid. Wenn ein Minister solche Grundsätze in einem amtlichen Schriftstück aufstellt, so ist das Beweis genug für unsre Behauptung. Mit dieser Handlung hat der Minister sich geradezu

aufserhalb der Verfassung gestellt, er hat geradezu gegen den Geist der Verfassung verstoßen, obwohl er uns alle Augenblicke vorhält, wir hätten die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, uns an die Verfassung zu halten und nichts zu tun und zu fordern, was gegen die Verfassung verstößt. Aber wenn wir Sozialdemokraten Anträge stellen, die allerdings auf eine wesentliche Umgestaltung der Verfassung hinzweisen, so ist das nicht nur unser gutes Recht, sondern unsere Pflicht und Schuldigkeit. Denn wir haben in Sachsen ein Beispielloses Verfassungsdelikt. Und sind denn geistreiche Verfassungen unveränderlich für alle Zeiten? Könnten sie nie abgeändert werden, selbst wenn man sich auf den Boden der bürgerlichen Gesellschaft stellt? Ich weiß nur auf das Zweikammerystem in Sachsen hin. Gerade an der Hand bestimmter Fälle in Landtag hat sich ja herausgestellt, wie schlimm es hiermit steht. Selbst die Möglichkeit vorausgesetzt, daß in der Zweiten Kammer wirklich eine liberale Mehrheit vorhanden ist, eine Mehrheit, die wirklich liberale Beschlüsse fügt, so ist damit noch lange nichts getan, daß nur auf parlamentarischem Wege solche Änderungen möglich sind. Zunächst wird die Erste Kammer — das wissen wir aus Erfahrung — sich allen solchen Beschlüssen widersetzen. Und dann kommt kein Beschluß des Landtags anstands, also der Liebe Mühe war vergeblich. Ganz abgesehen davon, daß Regierung, Konservative und Erste Kammer vereint sich gegen alle derartige Beschlüsse wenden werden. Die Erste Kammer ist von uns mit Recht als Freunde im Staat bezeichnet worden. Es sind ja erhebliche Debatten über sie geführt worden, und man will sie reformieren. Aber wie sieht die Reform der Liberalen aus? Am besten Fälle wollen die Nationalliberalen, daß einige Fabrikanten, einige Unternehmer mehr hineinkommen und gewählt werden sollen, das ist alles. Und die Fortschritts wollen, wie sie sich ausdrücken, daß alle Berufe in der Ersten Kammer vertreten sein sollen. Einmal zu geben, das geschieht, und es würden dort zwei oder drei sozialdemokratische Arbeiter sitzen. Sie würden sich da recht komisch vorfinden. Glaubt man denn aber, daß dadurch an den Verhältnissen irgend etwas geändert werden könnte? Gewiß nicht. Mit einer Reform dieser Art vereinigt man geradezu den Zustand. Dadurch sucht man den Widerstand gegen die Erste Kammer zu befriedigen, und wir bekommen noch schlimmere Zustände als bisher. Für die Sozialdemokratie muß die Befreiung der Ersten Kammer eine Prinzipienfrage sein und bleiben. (Sehr richtig!) Eine Reform erscheint ganz unmöglich, und vor allem paßt das Zweikammerystem in die heutige moderne Zeit nicht mehr hinein; die Erste Kammer ist ein Hindernis, ganz abgesehen von der Politik, ein Hindernis auch in technischen Dingen, die durch die Erste Kammer ungewohnt schwierig und kompliziert wird. Die Forderung ihrer Abschaffung ist bereits von der Demokratie der 48er Jahre erhoben worden, auch hier haben wir nur eine liberale Forderung übernommen, und wenn man uns fortwährend auf die Verfassung hinweist, so können wir darauf verzweifen, wie durch die Vorgänge von 1849 die Verhältnisse gerade durch einen Verfassungsbruch von oben in realitären Weise beeinflußt wurden, wovon wir die Folgen bis auf den heutigen Tag spüren. Alle diese politischen Verhältnisse weisen uns immer wieder auf den einen Zentralpunkt, auf den Angelpunkt: die Forderung eines freien Wahlrechts. Diese Forderung darf nicht verschwinden aus dem öffentlichen Leben, und sie muß vor allem erhalten bleiben in dem Waffenarsenal der sozialdemokratischen Partei Sachsen. Selbstverständlich verlangen wir, und zwar als einzige Partei, das Wahlrecht nicht nur für die Männer, sondern im gleichen Umfang auch für die Frauen. Auch das Frauenwahlrecht ist eine der wichtigsten Fragen für uns, und die Frauen Sachsen, sowohl sie Anteil am politischen Leben nehmen, mögen sich vergewissern, daß diese wichtige Frage nur von der sozialdemokratischen Partei den Wünschen der Frauen entsprechend behandelt wird. Alle bürgerlichen Parteien lehnen das politische Wahlrecht der Frauen ab, die Konservativen, die Nationalliberalen und auch die Fortschritts. Vergangenheitsarten wir uns aber, daß 37 Prozent der Erwerbstätigen in Sachsen Frauen sind, so können wir ermessen, welche Bedeutung im wirtschaftlichen Leben in Sachsen die Frau hat. — Die Frage des preußischen Wahlrechts ist für uns ebenfalls von höchster Bedeutung. Sie ist längst keine Frage des preußischen Staates mehr, vielmehr müssen wir in den einzelnen Bundesstaaten darauf hinzuweisen suchen, daß diese wichtige Frage im ganzen Reich aktuell wird; denn legten Endes beherrscht Preußen das Reich, die preußische Politik aber wird von den Junkern gemacht, die mit Preußen auch die auswärtige Politik beherrschen. Die Wahlrechtsfrage geht also bei uns in Sachsen in ihrer Bedeutung weit über die Bundesgrenzen hinaus.

Nebenraus wichtig ist in der neuesten Zeit für uns in Sachsen auch die Frage des Koalitionsrechts geworden. Sie wissen, was sich im Landtag abgespielt hat. Die Landesinstanzen legen Ihnen eine Resolution vor, die, obwohl keine Meinungsverschiedenheit darüber herrschen kann, doch den Willen und die Ansicht der Landesversammlung und des sächsischen Volkes zum Ausdruck bringen soll. Es ist kaum nötig, darauf hinzuweisen, daß mit der Sozialdemokratie auch die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hand in Hand gehen müssen, wenn es sich darum handelt, wichtige Rechte des arbeitenden Volkes zu erringen oder zu erhalten. Eine dieser Fragen, wo das Hand-in-Hand-Gehen unabdingt geboten ist, ist die Frage des Koalitionsrechts, denn die Gewerkschaften brauchen dieses Recht in erster Linie. Die einzige Partei, die für ein wirklich gutes Koalitionsrecht eintritt, ist die sozialdemokratische, die Gewerkschaften sind in ihren eigenen Lebenseinsatz und ihrer Entwicklung also unmittelbar auf die Sozialdemokratie angewiesen, und es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß beide sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften alles tun müssen, um das, was für die Arbeiterklasse notwendig ist, zu erreichen. Wir haben ja in neuerer Zeit im Landtag eine Debatte über das Koalitionsrecht gehabt. Obwohl wir einen Beschluß verhindern konnten, haben wir doch die sogenannte Streitverordnung erhalten, die damals von der Regierung in Aussicht gestellt war. Sie ist in der ganzen Presse lobhaft erhort worden — ein Beweis dafür, welche Wichtigkeit ihr beizulegen ist und begelegt wird, nicht nur in unsrer, sondern besonders auch in den Kreisen der Unternehmer. Das ist auch ganz verständlich, denn sie bestimmt legten Endes nicht mehr und nicht weniger und sie hat die Ansicht und die Tendenz, daß Streitpostenstellen unmöglich zu machen und dadurch das Koalitionsrecht, dieses wichtigste Mittel, das die Arbeiter haben müssen, einzuschränken. Die Streitverordnung verbietet, wenn auch verhältnismäßig, das Streitpostensteinen. Der Umstand, daß die Ausführung der Verordnung in die Hände der unteren Polizeiorgane gelegt ist, sagt für uns genug. Trotz eines preußischen Kammergerichtsurteils, das solche Bestimmungen für ungeeignet erklärt hat — (Zuruf: Auch ein Reichsgerichtsurteil!), jawohl, trotz Kammergericht und Reichsgericht wagt die sächsische Regierung es, eine solche Verordnung herauszugeben. Das ist symptomatisch. Hat die sächsische Regierung etwa mehr Hoffnung auf das sächsische Oberlandesgericht, als auf das preußische Kammergericht? Ich glaube, man kann diese Meinung haben, daß die Regierung damit rechnet, daß im gegebenen Fall ihr Vorgesetzter trotz allem vom sächsischen Oberlandesgericht gebedt und gebilligt werden wird. Das haben wir abzuwarten, aber größte Vorsicht und größtes Mißtrauen ist geboten.

Nur ein paar kurze Worte über den Sinn und die wichtigsten Bestimmungen der Streitverordnung: Sie will, soweit es sich um das Streitpostensteinen handelt, folgendes: In der Theorie bleibt das Streitpostensteinen möglich, aber durch eine Reihe von Bestimmungen weisen wir den Streitposten die Stellung zu: Sie müssen auch in einer Ecke stellen, wo auch niemand steht, und dort muß sie so stillen, daß sich niemand belästigt fühlen kann. Es ist ein Hohn auf

die Arbeiterschaft, was ihr hier zugemutet wird, und wir haben alle Verantwortung, und dagegen zu wenden und können nur die dringende Mahnung an die Arbeiterschaft ergehen lassen: sei auf der Hut! Ihr werdet uns, die sächsische Sozialdemokratie, jedenfalls hinter euch haben. Wir werden alles tun zur Wahrung eurer Rechte gegen jede Eingrenzung und Verschlechterung. Das Schlimmste ist, wie ich schon gesagt habe, daß die Ausführung und Handhabung der Streikverordnung in die Hand der unteren Polizeigänge gelegt wird. Die sächsische Regierung hat es für nötig gehalten, anlässlich der Debatte über die Streikverordnung einen Artikel in der Leipziger Zeitung loszulassen. Es ist das ein so dreister Ableugnungsversuch, wie ich ihn noch nie erlebt habe. Er drückt so deutlich den Unterschied zwischen Theorie und Praxis aus, daß man nur die große Verlegenheit herauslesen kann, in die die Regierung durch diese Verordnung doch gekommen ist, die ja auch in einem Teil der liberalen Blätter sehr kritisiert worden ist. Durch diese Verordnung hat sich Sachsen wieder als Probiert- und Musterland der Reaktion herabgesetzt.

Noch ein Wort zur Arbeitslosenfrage! Der Staat lehnt ein Eingreifen ab und schüttet die Verantwortung auf das Reich, das Reich macht den Staat verantwortlich, und schließlich kommt man zu den Gemeinden. Wir sehen also ein Hin- und Herschieben der sozialen Pflichten, das deutlich geht, wie die Dinge liegen. Wenn Herr v. Blythum den Gewerkschaften, energisch zurück, schöpft erst einmal die Gewerkschaftsstufen aus und dann kommt wieder mit der Arbeitslosenversicherung, so zeigt der Minister, daß er die Notwendigkeit der Gewerkschaften anerkennt; aber derselbe Minister kommt mit einer Streikverordnung, die gerade den Gewerkschaften das Leben so schwer wie möglich macht. Und in demselben Augenblick, wo man die Arbeitslosenunterstützung ablehnt, bewilligt man den sächsischen Prinzen eine Kapanage über die Verfassung hinaus, weil sie he raten, bewilligt man ihnen 248 000 M., und geht damit um ein Drittel über das von der Verfassung vorgeschriebene hinaus. Wir sehen auch aus diesem Beispiel, wie in Sachsen Politik, vor allem Arbeiterpolitik gemacht wird. Es ist unüblich, auf die Dinge hinzuweisen, die sich bei der Jugendbewegung abgespielt haben, wie man sie niederzuholpen sucht und wie man große Mittel zur nationalen Jugendpflege bewilligt, so daß sich auch hier die Gegenseite aufschäfft.

Auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik haben die Regierung und die bürgerlichen Parteien einen Standpunkt eingerommen, der einzige Fortschritt verdient. Unser Standpunkt ist ja bekannt. Die sächsische Regierung wehrt sich ganz entschieden dagegen, daß von Reichs wegen weitere direkte Steuern etwa eingeführt werden; sie sagt, diese Steuerart müsse unter allen Umständen den Einzelstaaten vorbehalten bleiben. Aber wir sehen ja gerade in Sachsen, daß die Regierung gar nicht daran denkt, Steuerreformen durchzuführen, so wenig es auch wären; sie denkt nicht daran, die noch bestehenden indirekten Steuern aufzuhören, sie denkt nicht an eine Steuerreform, die die unteren Klassen entlastet. Der sächsische Finanzminister reklamiert die direkten Steuern für den Staat, ja aber auf der andern Seite, wir dürfen die großen Einkommen nicht noch mehr mit direkten Steuern beladen. Die sächsische Regierung will eben keine Erhöhung der direkten Steuern, und was sie dem Reich gegenüber ausführt, ist nur eine Ausrede zur Verbedeitung ihres Standpunkts. Wie sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien befanden gegen die Wehrsteuer gewendet haben, ist ja bekannt. Im Landtag stellten sie sich hin, was für opferwillige Leute sie seien; als es aber ans Zahlen ging, flang es ganz anders, und man versuchte alle möglichen Schiebungen, um die Wirkung der Wehrsteuer von den bestehenden Klassen, sowohl als möglich, abzuwenden. Das ist ein großer Widerspruch in der Haltung der bürgerlichen Parteien zum Steuerwesen. Noch einen anderen solchen Widerspruch können wir feststellen. Der Finanzminister schimpft über die Schuldenwirtschaft des Reichs, und die bürgerlichen Parteien geben ihm recht. Aber sie alle stimmen sämtlichen Rüstungsausgaben zu. Auch das kann nicht oft genug der sächsischen Politik und denen, die sie vertreten, entgegengehalten werden. Uns hält man entgegen, wenn wir noch mehr direkte Steuern einführen und die bestehenden Klassen noch mehr treffen, so müssen wir gewarnt sein, daß die Angehörigen der bestehenden Klassen aus Sachsen auswandern. Das hören wir im Reich, wie im Staat, wie in den Gemeinden. Die Herren scheinen nicht daran zu denken, daß sie sich damit ein sehr schlechtes Zeugnis ausstellen. Sie sagen damit nicht mehr und nicht minder, wir sind zwar gute Patrioten, aber wenn wir mehr bezahlt haben, kommen unter Patriotismus erst in zweiter Linie. Bei der Schulreform hat sich gezeigt, daß wir Sozialdemokraten bereit sind, wirklich liberale Forderungen zur Durchführung zu verhelfen, daß wir bereit sind zur positiven Mitarbeit in wirklich liberalen Sinne. Aber die Regierung, die Konservativen und die Erste Kammer lehnen die Schulreform ab, wieder sahen wir dabei die vereinte Aktion in die Erscheinung treten. Wenn die bürgerlichen Parteien die Schulaufgabe zur Wahlparole machen wollen, so kann es uns recht sein. Wir können auf eine konsequente Politik hinweisen, die geeignet erscheint, die schwere Last von den Armengemeinden zu nehmen.

Noch einige Worte über das liberale Wahlkartell. Es hat sich das Ziel gesetzt, die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer zu bekommen, um eine liberale Politik ohne links und ohne rechts zu treiben. Wenn die liberale Partei das wollte, hätte sie auch bisher Gelegenheit dazu gehabt. Aber unsre Anträge und Antrittungen wurden niedergestimmt, von liberaler Politik war absolut nichts zu merken. Der Fortschrittsler werden, wenn sie wirklich liberale Politik treiben wollen, die Gemeinden sein, sie werden sich in das national-liberale Hoch beugen müssen oder ihre eigenen Wege gehen müssen. Ich will nur hinweisen auf ihre eigene Unklarheit, und wie sie der Sozialdemokratie gegenüber noch vor kurzem eine ganz andre Stellung eingenommen haben. Die Nationalliberalen kämpfen, der Kampf geht nach links, die Fortschrittsler: er geht nach rechts. Sie sind sich also in sich selbst nicht einig. Ich möchte nur folgendes feststellen: Der bekannte Nationalliberale Budor hat vor kurzem ausdrücklich im Ossacher Tageblatt geschrieben, daß in der Zweiten Kammer etwas zu erreichen wäre nur durch eine geschlossene Einheitsmehrheit mit Einschluß der Sozialdemokratie. Der Feind steht rechts.

Der Herr Brodauf aber hat im Sächsischen Volksblatt das gerade Gegenteil geschrieben, er schreibt dort: der Feind steht links, es wäre falsch, zu sagen: der Feind stehe bei den Konservativen. Er hat wahrlich ausgeschaut!

Es ist versehlt, sich bei dem Gedanken zu beruhigen, daß die Sozialdemokratie ihre Endziele ja doch nicht in den Parlamenten durchzusetzen vermöge. Ihr zu Wahlerfolgen verhelfen, heißt ihren Machthabern, ihren Heermeier, ihren Einfluß auf die Massen steigern; der Kampf muß so geführt werden, daß eine Verständigung für die Stichwahlen gegenüber dem gemeinsamen Feind, der Sozialdemokratie, möglich ist. (Hört, hört!) Wir nehmen davon Notiz und werden den Liberalen zeigen, was die Sozialdemokratie zu leisten imstande ist. Jedensfalls kann nicht die Rede davon sein, daß die Beziehungen sich für uns geändert haben, es kann nicht die Rede davon sein, daß die Sozialdemokratie in eine Verteidigungsstellung gebracht ist; im Gegenteil, was wir vor uns haben und was wir in jeder Beziehung anerennen müssen, das ist der Kampf in schärfster Form gegen die Reaktion, wo sie auch stehen mag. Ich möchte aber im Gegensatz zu dem, was Brodauf jetzt geschrieben hat, feststellen, wie er vor kurzer Zeit noch anders gedacht hat. In einer Versammlung in Chemnitz hat er nach dem Bericht der Chemnitzer Volksstimme in schärfster Weise gegen die Konservativen polemisiert, er hat gegen sie Aussprüche gebracht wie „Gästmoscher“, „moderne Wegelagerer“, „Strauchritter“, er sprach mit Bezugnahme auf die Konservativen von Else und Verleumdungs sucht, und von der Sozialdemokratie führte Herr Brodauf in derselben Versammlung aus, sie habe ihr Versprechen im Landtag gehalten, sie habe es verstanden, positiv mitzuarbeiten, sie habe bewiesen, daß man mit ihr arbeiten kann. Sie wurde damals also

von ihm als die Partei bezeichnet, mit der man gehen könne und müsse, wenn es sich darum handle, liberale Forderungen durchzusetzen. Jetzt zeigt er, mit einem Sozialdemokraten kann man im Parlament überhaupt nicht arbeiten und man müsse verhindern, daß die Sozialdemokraten in noch größerer Zahl in das Parlament hineinkommen. Über seine nationalliberalen Kariellfreunde hat Herr Brodauf sich in derselben Versammlung in folgender Weise geäußert:

Gestützt auf Sozialdemokraten und Freisinnige konnte sie den konservativen Einfluß ganz ausschalten und die Regierung mitreißen. Aber dazu hätte sie freilich eine wohlauf volkstümliche, freiheitliche, soziale Politik treiben müssen. Die Sozialdemokraten hätten den Bogen ihrer Forderungen durchaus nicht überspannt. Über die Nationalliberalen wollten nicht ernsthaft kämpfen. Sie drohten nur und schreckten niemand. Sie bildeten sich ein, staatsmännisch zu sein und wurden ausgelacht. Immer wieder ließen sie sich von den Konservativen in die törichtste Sozialistensucht hineintreiben. Der in sich nicht geschlossenen Fraktion schlägt vor allem die klare zielbewußte Führung. Standabß sei heiterer Preisgabe des Versammlungsbuchs der Chemnitzer Eisenbahner gewesen. Standabß die offizielle Dekonvierung Langhamers in der Frage der einjährigen Staatsperiode.

Da wird den Liberalen ihre Doppelzüngigkeit in genügender Weise vorgehalten. (Sehr richtig!)

Bei den bevorstehenden Landtagswahlen spekulieren nun die Nationalliberalen und die Volkspartei so: „Zunächst in den Hauptrwahlen gehen wir zusammen, bei den Stichwahlen werden die Konservativen uns wählen, wenn es sich darum handelt, einen Sozialdemokraten zu eliminieren, und die Sozialdemokraten werden uns wählen, um das Mandat nicht einem Konservativen zuzufallen zu lassen, also sind wir in außerordentlich glücklicher Position!“ Was die Konservativen tun werden, wissen wir nicht, aber soweit es sich um uns und die Sozialdemokratie handelt, darf ich zunächst nur sagen: Wenn es so weit ist, werden wir darüber weiter sprechen. (Sehr gut!) Aber im allgemeinen darf ich sagen und das ergibt sich auch aus unsrer Taktik: Wenn die Herren Fortschrittsler sich etwa einbinden wollen, daß wir bedingungslos die Rolle übernehmen, die sie uns zuschreiben, dann dürften sie sich doch gefixt haben. (Lebh. Sehr richtig!) Zu Hausschnitten der Liberalen geben wir uns nicht her, es muß auch einigermaßen ein Erfolg für uns herauspringen und es muß einen Sinn haben, wenn wir den Ausschlag nach dieser Richtung geben sollen und wenn man und nach dieser Richtung etwas zumutet. Wir werden also unsre Politik so einrichten, wie sie den Interessen entspricht, die wir zu vertreten haben. Bedingt als Stimmlos werden wir uns für die Volkspartei nicht gebrauchen lassen. Wir werden jedoch versuchen, daß man sich klar darüber austreffe, wie sich der Liberalismus zu den Konservativen stellt. Wir müssen da klar sehen, wie sich diejenigen, mit denen die Sozialdemokratie aktiv wirken soll, zu den schlimmsten Feinden des Volkes stellen.

Daraus, daß ich mich, der Notwendigkeit gehorcht, ausführlich mit dem liberalen Wahlkommunisten und den Liberalen überhaupt beschäftigt habe, darf absolut nicht der Schluß gezogen werden, daß wir uns etwa nur gegen die Liberalen wenden, die Konservativen aber links liegen ließen. Für uns ist es ganz selbstverständlich, daß die Konservativen als die schlimmsten Feinde des Volks zu betrachten, zu bewerten und zu behandeln sind. Wenn ich heute nähere Ausführungen über die Konservativen nicht mache, so deshalb, weil unsre Stellung gegen die Konservativen so selbstverständlich ist, daß wir darüber kein Wort zu reden brauchen. Ich will nur ausdrücklich dagegen Vorwahrung einlegen, daß aus meinen Ausführungen etwa ein falscher Schluß gezogen werde. Ich muß mich mit den Liberalen ausführlicher beschäftigen, weil da eine außerordentliche und in verschlechternder Beziehung neue Situation vorliegt. — Zu den nächsten Landtagswahlen wird die sozialdemokratische Partei Sachsen in jeder Beziehung gerüstet und gewaffnet in den Kampf hineingehen und ich kann nur wünschen, und ich glaube, die Genossen im Lande wünschen es mir, daß sich dieser Wahlkampf so lebhaft und aufregend wie möglich gestalten möge, denn dadurch wird für uns die Situation verbessert und die Beziehungen werden gelöst. Was in unsern Kräften liegt, werden wir beitreten müssen, um eine solche Situation herbeizuführen. Sachlichen Stoff haben wir genug, wir brauchen keine feinen Mittel anzuwenden. Die Vorgänge im Landtag und im Reich geben uns so viel Stoff, daß wir es aufzunehmen müssen, daß bei den nächsten Landtagswahlen eine solche Situation hervorgerufen wird. (Zustimmung.) Ohne Phrasen und ohne Überreibung kann ich feststellen: Die Sozialdemokratie Sachsen geht dem nächsten Landtagswahlkampf gerüstet, aber auch mit größter Zuversicht entgegen, und wenn auch nicht zu verkennen ist, daß das liberale Kartell die Situation für uns in ein oder zwei Wahlkreisen insoweit etwas verschlechtert, als dadurch die Konservativen aus der Stichwahl verdrängt werden können, so meine ich, daß die Ge nossen gerade jener Kreise alles versuchen müssen, um doch noch Erfolge herauszuarbeiten. Überhaupt muß die Agitation und die Kleinarbeit bis ins einzelne gehen, um so mehr Erfolge an Stimmenzahl und Mandaten werden wir dann erzielen. Der Kampf ist unser Element, und wir müssen natürlich den Wahlkampf so gestalten, daß die Massen aufgerüttelt werden, daß sie zur Wahl gehen und ihre Stimmen der Sozialdemokratie geben. Noch einmal fordere ich Sie dringend auf: Sorgen Sie dafür, daß trotz des Pluralwahl systems mit seiner Entstehung der nächste Wahlkampf einen Ausgang nehmen möge, der der Sozialdemokratie Sachsen ein ehrliches Zeugnis ausstellt. (Großer Beifall.)

Die Diskussion.

Zur Debatte steht folgende Resolution:

Die Landesversammlung der sozialdemokratischen Partei Sachsen erhebt schärfsten Protest gegen die von der Regierung erlassene Streikverordnung, die zu einer völligen Vernichtung des Streit- und Koalitionsrechts der Arbeiterklasse führen kann.

Die Streikverordnung ist das Produkt schlimmster Klassen politik zugunsten der Unternehmer und zum Schaden aller Arbeiter und Angestellten. Die Regierung zeigt damit unverkennbar, daß sie ein gefährliches Werkzeug der bestehenden und herrschenden Klasse ist.

Die Streikverordnung verschärft das System unverantwortlicher Polizeiwillkür in Sachsen noch mehr, obwohl es bereits jetzt schon alle freiheitlichen Bestrebungen stark behindert, zum Teil unmöglich macht.

Die Landesversammlung vertritt daher im Namen der sächsischen Sozialdemokratie, den äußersten und schärfsten Kampf gegen die Streikverordnung und gegen jede Beeinträchtigung des Koalitionsrechts mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu fördern. Sie rechnet dabei auf die energische Mithilfe der Gewerkschaften und der gesamten Arbeiterklasse.

Geyer-Leipzig: Die Politik der Regierung und der herrschenden Parteien Sachsen hat im Reich nur noch infosofern Bedeutung, als es dieser Politik etwa gelingen könnte, im Kampf gegen die Sozialdemokratie Erfolge zu erringen. Die gesamte Politik der herrschenden Klassen und der Regierung richtet sich nur gegen die Sozialdemokratie. Man hascht nach Erfolgen in diesem Kampf, aber sie sind von jenseits ausgeblichen. Die sächsischen Arbeiter haben ihre Feinde besiegt unter dem Sozialistengesetz, und sie haben auch die heutige Radikalpolitik insoweit überwunden, als durch sie der Fortschritt der sozialdemokratischen Partei nicht gestört wird. Die Arbeiter Sachsen sind auf eine so hohe politische Stufe gelangt, daß sie vor allen diesen Angriffen nicht zurückweichen, sondern mutig dagegen kämpfen, und wenn man mit Verordnungen die Gesetze außer Kraft setzen will, so wird die Partei wissen, auch auf diesem Umweg dieser Politik zu begegnen. (Sehr wahr!) Schon jetzt verbreitet die liberale Presse die Behauptung, die Sozialdemokratie sei in Verteidigungsstellung gebracht. Bereits gestern haben Leipziger Blätter und heute auch schon das Berliner Tageblatt aus einer Bewertung Sindermanns zurückgegriffen und behauptet, Sindermann habe erklärt, die Partei sei aus der Angriffsstellung in die Verteidigungsstellung gebracht. Das ist eine vollständige

Berdrehung der Ausführungen Sindermanns. Allerdings hat er in bezug auf die Landtagswahlen von einer Verteidigungsstellung der Partei gesprochen, dabei aber nach meiner Auffassung gemeint, daß das eine oder andre Mandat im Landtagswahlkampf von uns verfeindet werden muss. (Allgemeine Sehr richtig!) Die Verdrehungen des Gegners sollen den Anschein erwecken, als ob gegen die Sozialdemokratie bereits Erfolge errungen seien, mit solchen Wählern und Unwährlern glaubt man den eigenen Anhängern Nut zu machen. Das Berliner Tageblatt schreibt unter der Überschrift: „Die sächsische Sozialdemokratie in der Verteidigung“: „Angst vor dem Hansabund“ (Stürmische Heiterkeit) u. a.: „Ferner wie Sindermann darauf hin, daß die Sozialdemokratie nicht mehr den Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, wohl aber den Hansabund zu fürchten habe.“ (Heilmann: Wie bei den letzten Reichstagswahlen! Heiterkeit.) Wir sind ja die Verdrehungen des Gegners gewöhnt und wie der Reichsverband, so macht es auch die liberale Presse. Nun zu den Erfolgen mag sie sich gratulieren, wir warten die Sache ab. (Sehr richtig!) Und wenn das Berliner Tageblatt weiter Sindermann sagen läßt: „Im allgemeinen könne man sagen, daß die Partei sich nicht mehr in Angriff, sondern in Verteidigungsstellung befindet.“ so erwähnt er, daß die Partei auch bei den Landtagswahlen in Offensive und nicht in der Defensive sein wird. (Sehr richtig!) Wir wollen neue Mandate erringen, dazu ist Kriegs politik nötig. Unsere Gegner wissen das und fürchten um ihre Mandate, trotzdem sich die Liberalen jetzt schon 88 Mandate in die Tasche spazieren, — sie werden wahrscheinlich mit langen Nasen abziehen müssen. Wie will man denn die stärkste Partei Sachsen, die bei den letzten Reichstagwahlen über eine halbe Million Stimmen, mehr als alle Gegner zusammen erlangt haben, in die Defensive bringen? Natürlich auf Grund eines so elenden Pluralwahlsystems ist es schon möglich, die Wähler zu vergewaltigen und Mandate zu ergattern, aber das würde noch keinen Sieg über die sozialdemokratische Partei bedeuten. Wir sind und bleiben im Vormarsch begriffen. Wollen wir die Macht der Gegner brechen, dann müssen wir die Aggressivität unserer Partei nie erhalten und das wird so bleiben, solange die Partei besteht, bis zu ihrem endlichen Siege, bis die bürgerliche Gesellschaftsordnung niedergeworfen ist. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sollen Angst vor dem Hansabund haben? Sindermann hat nur gefragt, daß wir gegenüber den großen Gelbauwenden des Hansabundes und unserer mit ihm verbündeten Gegner vom Bunde der Industriellen natürlich auch Gelde sammeln müssen. Gegen die stärkste Partei Sachsen aber wird der Hansabund nichts ausrichten können, er ist doch in Sachsen identisch mit dem schärmacherischen Bunde der Industriellen unter der Führung des Herrn Stremann. Was hat dieser Bunde der Industriellen etwa getan, um zu beweisen, daß er eine liberale Politik will? (Zuruf: Streitpostenverordnung!) Er hat seinerzeit eine vom Hansabund übernommene Entschließung gesah, die schärfste Handhabung des gemeinsamen Rechts gegen die Arbeiter verlangte und vor dem Erlass der Streitpostenverordnung hat die Regierung sich erst die Zustimmung des Bundes der Industriellen geholt. Wenn wir so nachweisen können, daß die liberale Politik des Hansabundes gegen die Arbeiter vorgeht, dann mag man einmal versuchen, die Arbeiter Sachsen durch den Hansabund der Sozialdemokratie abtun zu machen!

Auch ein anderer taktischer Zug wird noch versucht. Das Berliner Tageblatt enthält heute folgende Notiz: „Wie uns aus Sachsen mitgeteilt wird, werden wahrscheinlich auch von liberaler Seite bei den nächsten sächsischen Landtagswahlen einer oder mehrere Arbeiter als Kandidaten aufgestellt werden (Große Heiterkeit); man würde damit eine schon früher gegebene Anregung befolgen. Die Stütze ist an sich gut und von uns stets vertreten worden. Zu wünschen ist aber, daß man bei der Kandidatenwahl nicht etwa auf „Gelbe“ verzählt (Lebhafte Heiterkeit), denn diese gehören auch in Sachsen als Arbeitervertreter das denkbare Vertrauen und würden auch in bürgerlichen Lager Widerstand finden (Erneute stürmische Heiterkeit). Nun, wenn die Liberalen unter den Arbeitern auf die Kandidatenliste gehen, dann werden sie wohl nur Gelbe ausfindig machen können. Es ist sehr fraglich, ob sich unter den Hirsch-Dunderschen einer dazu hingeben wird, gegen die Sozialdemokratie in Sachsen zu kandidieren, denn ich glaube sicher, daß er einen gründlichen Durchfall riskieren würde; es müßte denn gerade wegen des Anreizes geschehen, durch eine Kandidatur seine Person in der Welt hervorgehoben zu sehen. Über ihre Taktik bei den Landtagswahlen wird die Partei im nächsten Jahr entscheiden, und zwar durch unsre vor treffliche Einrichtung der Kreis- und Bezirksvorstände und des Landesvorstands, deren Mitglieder die Vertrauensmänner der Partei sind, in Führung mit allen Parteidienstlern stehen und das beschließen werden, was für die Partei das Beste ist. Es wäre vollständig verfehlt, sich schon jetzt auf eine bestimmte Taktik festzulegen. Unsere Taktik ist im Augenblick: Fest drauf auf den Feind bei den Wahlen und dann werden wir sehen, was unter dem Pluralwahlrecht herauspringt. Wenn die Gegner nach den Hauptwahlen anfangen werden zu mogeln, die Liberalen wollen ja nach rechts und links mogeln, dann werden wir entscheiden, wie die Sache gemacht werden soll. (Sehr wahr!)

Von der Taktik der Landtagsfraktion bin ich außerordentlich befriedigt. Wenn etwa von den Gegnern die Wahlparole: „Für die Volkschule“ ausgegeben werden sollte, so könnten wir das nach der Haltung unsrer Fraktion in dem Kampf um die Schule nur freudig begrüßen. Die Liebe unsres Genossen lange über die Schule ging weit hinaus über all das, was unsre Gegner dazu zu sagen hatten. Und mit Genugtuung werden die Parteidienstlern beim Lesen dieser Rede gefühlt haben, daß die Partei auf einer Höhe steht, die den geistigen Stand aller andern Parteien weit übertagt; auch hier mußten wir manche von den Liberalen eben verratenen demokratischen Forderungen vertreten. Wir belächeln die Großsprecherei des liberalen Wahlkommens, wir wissen doch, daß die Nationalliberalen und der Kameradschaftsrecht früher im Kartell mit den Konservativen gestanden haben und daß die Nationalliberalen heute keinen Deut besser sind als zur Karteizeit, und daß der Fortschritt von heute nicht etwa eine demokratische Gruppe, sondern in seinem Punkt anders geartet ist als der alte verunsicherte Kameradschaftsrecht. (Lebhafte Zustimmung.)

Dasefs-Wahlen: Angesichts der jammerhaften Haltung der Liberalen ist man wirklich versucht, bei einer Stichwahl zwischen einem Liberalen und einem Konservativen für den letzteren zu stimmen.

Mollenbuhr: Es ist ein eigenartiges Schauspiel, wie eine nebensbei gemachte Nebenwendung den Liberalen zu einer solchen Freude veranlassen geben kann. Ein Aufgeben unsrer Angriffsstellung wäre ein Aufgeben unsrer grundlegenden Stellung überhaupt. (Sehr wahr!) Alles, was wir fordern und in Wirklichkeit umsehen wollen, ist noch unerfüllt. Wie sollten wir wohl die Angriffsstellung aufgeben und also versuchen, das bestehende zu erhalten, das Dreiflossenwahlrecht in Preußen, das Pluralwahlrecht in Sachsen, das Verbot des Streitpostenstehens usw. usw. Wer das annehmen kann, muß glauben, daß die Höhe mehr auf unsre Köpfe eingewirkt hat, als es wirklich der Fall ist. (Heiterkeit!) Wir halten es mit Fritz Neuter: Hol fast, was du hast und nimmt, was du kriegen kannst! (Halte fast, was du hast und nimmt, was du kriegen kannst!) Das muß uns im Wahlkampf befiehlen. Wie wäre eine besondere Taktik denkbare angehängt der politischen Vorgänge? Was sich in Sachsen abspielt, ist ja nur ein Teil der Reichspolitik und steht mit den Vorgängen im Reich und in andern Bundesstaaten im inneren organischen Zusammenhang. In der Politik ist der Grundsatz vorhanden, daß, wenn die Interessen der Unternehmer im Gegensatz zu denen der Arbeiter stehen, alle bürgerlichen Parteien eine reaktionäre Masse gegen uns sind. Ein Gegensatz zwischen Konservativen und Liberalen kann nur entstehen, wenn die Agrarier sich bereichern wollen auf Kosten der Kapitalisten. Aber das allgemeine Streben, daß die Kapitalisten sich auf Kosten der Arbeiter bereichern wollen, ist doch der Grundton aller unsrer Gesetze, und wer beweist, daß es in den nächsten Jahren einen Aufzug auf die Taschen der Arbeiter geben soll, den kann man nur an die Vorgänge der Vergangenheit erinnern. Das sächsische Verbot des Streitpostenstehens — ein solches ist die Verordnung, die ist vielleicht etwas vorsichtiger wie die Elbdecker, die vom Reichsgericht für un-

gültig erklärt wurde, aber in der Sache kommt sie auf dasselbe heraus. Solche Dinge wie dieses Streikpostenverbot treten jedesmal auf, wenn man einen besonderen Maßzug auf die Taschen der Arbeiter ausführen will. Als Bismarck im Jahre 1879 seinen Maßnahmen politisch einleiten wollte, musste er das Sozialistengesetz haben, um die Arbeiterklasse zu knebeln. Ehe 1887 die Betriebszölle auf 5 Mrd. erhöht werden sollten, kam Puttkamer mit seinen Streikposten, die eine schärfere Anwendung des Sozialistengesetzes verlangten. Als 1894 die Caprivi'sche Politik aufgegeben und zur agrarischen zurückgekehrt werden sollte, kam Herr v. Kölner mit der Umsturzvorlage. Und im Jahre 1900, vor dem Zolltarif, kam die Zuchthausvorlage. So sind auch die Angriffe auf das Streikpostenrecht die Vorboten, daß man einen neuen Maßzug auf die Taschen der Arbeiter ausführen will. Und da sollte man annehmen, daß die Arbeiter erschlagen könnten im Kampf und ihre Interessen aufgeben. Bei solchen Erwägungen heißt es, die Arbeiter aufzurütteln, daß sie ihre Klasseninteressen allen anderen Parteien gegenüber vertreten. Das ist das Grundmotiv, das auch bei dem sächsischen Landtagswahlkampf und, wenn er kommen sollte, beim Reichstagwahlkampf das herrschende sein muß. Die Angriffe gelten nicht nur den idealen Rechten der Arbeiter. Mit diesen würden die Gegner sich ebenfalls abfinden, wenn die materiellen Rechte nicht damit verbunden wären. Auf die materiellen Rechte der Arbeiter kommt es den Herren an. Die Arbeiter haben also auch ihre materiellen Rechte im Wahlkampf mitzuverteilen, sie haben ihre Klasseninteressen zu schützen, und dazu gibt es nur die eine Parole: Der Angriffskrieg wird fortgesetzt bis zur Erringung des endgültigen Sieges. (Lebhafter Beifall.)

Sindermann: Geyer hat recht, daß die gegenwärtigen Organe meine Ausführungen mißverstanden haben. Sie sollten die Wirkung widerspiegeln, die die Gründung des Hauptabandes ausüben muß. Es ist selbstverständlich, daß wir auch dort, wo wir Mandate zu vertheidigen haben, genau in derselben Angriffsstellung bleiben wie früher. In bezug auf die Taktik hat man gefragt, wie werden wir sie bei den Landtagswahlen einrichten? Solche Fragen können nur entstehen, weil die Genossen die Parteipolitische sich zu wenig angesehen haben. (Sehr richtig!) Wir in Sachsen brauchten nie über Kompromisse zu verhandeln, weil wir die erste Stellung einzunehmen. Wir haben hier auch nie Kompromisse abgeschlossen. Zwischen den Haupt- und Stichwahl haben wir uns über unsere Haltung entschieden in Kreisen, wo wir ausschlaggebend waren, und zwar entsprechend den Verhältnissen. Natürlich können die Verhältnisse sich ändern. Genosse Dosek aus Bahren war so erbittert über die Liberalen, daß er sagte, er würde bei einer Stichwahl lieber für einen Konservativen eintreten. Davon kann natürlich keine Rede sein. Aber die Erditterung erklärt sich, weil die Arbeiter jahrelang ihre Hoffnung auf die Liberalen gesetzt haben. Jetzt kommt daher die Erditterung doppelt zum Ausdruck. Was üblich ausgeführt hat, muß ja den Arbeitern zu Gewissheit führen, daß die Hoffnungen, die sie auf das Kartell sehen, eben zustand haben müssen. Mit der Aufstellung von Arbeiterkandidaten bei den Liberalen ist es eine eigene Sache. Sie möchten sie ganz gern haben; aber der Arbeiter soll noch geboren werden, der in der gezeigten Kürverschaft sich dazu hergeben würde, ein Verräter gegen seine Mitarbeiter zu sein. Das könnte nur ein gefälschtes Subjekt sein. In einer Versammlung der Gegner, der ich behielt, wurde gesagt, man sollte und gern unterstützen, wenn wir Königstreue Arbeiter als Kandidaten aufstellen wollten. Ich sagte zu einem vor mir stehenden Kommierkreis, warum die Liberalen denn nicht einen von seinen Arbeitern aufstellen. Er hat sich dazu nicht geäußert, aber nachher sagte er mir privat, wir haben eben solche Arbeiter nicht. (Heiterkeit.) Die Arbeiter werden immer auf sich angewiesen sein und bleiben. Es hat keinen Zweck, über Taktik zum Wahlkampf zu reden. Der Wahlkampf der Arbeiter in Sachsen wird stets und ständig laufen; für die Sozialdemokratie! Und je besser unsre Erfolge sind, um so mehr werden die Arbeiter sich freuen. (Beifall.)

Lange-Leipzig: Ich habe die Empfindung, als ob die Verbilligung der Liberalen bei uns überschätzt wird (Sehr richtig!). Bei den letzten Wahlen haben die Nationalliberalen aus eigener Kraft 8 bis 4 Mandate bekommen, die Fortschrittkräfte keine, alle anderen sind erst auf den Kreisen anderer Parteien in den Stichwahlen gewählt worden. Da soll man sie doch nicht überschätzen. Als es im Landtage galt, Abrechnung zu halten mit der Verwaltung und ihrem Vorgehen gegen die Arbeiterschaft, da hatte gerade ein Gegner von uns gesprochen, und dann stellte der Nationalliberal Heppner mit Herrn Oppel einen Schlußantrag. Ein Liberalismus, der sich in dieser Weise als Schutzhülle für diese sächsische Verwaltung hinstellt, hat das Recht verwirkt, liberal genannt zu werden. In der Schulfrage bangen die Liberalen bereits vor ihrer eigenen Althütt, sie haben Angst, die Konservativen werden die Kostenfrage aufrollen und vor den kommenden Steuern aufgrund der Schulreform in den Gemeinden grauslich machen. Wir wollen das ruhig an und herankommen lassen. Wie man vorgibt, hat ja die Steuerordnung von Liebertwolkow gezeigt. Man sagt dort, die Leute mit einem Einkommen unter 1200 Mark haben die meisten Kinder, die mit einem Einkommen über 2000 Mark die wenigsten, folglich müssen unter Anwendung des § 32 des neuen Steuergesetzes die Hauptlasten für die Schule auf die unteren Klassen gelegt werden, die ja die meisten Kinder haben (hört! hört!). Während im Landtage sogar die Konservativen bereit waren, dem Gedanken Raum zu geben, das Schulgeld nach dem Einkommen abzustufen, beschließt hier eine Gemeinde einstimmig gegen die Stimmen der Sozialdemokratie, daß die niedrigsten Einkommen das Doppelte von den bezahlten müssen, was die höchsten Einkommen zahlen. Und da jammert man über den Geburtenrückgang.

Dann noch die famose Geschicht mit dem Abg. Günther. Es forderte, daß einem Parlamentarier bei Verlust des Mandats verboten sein sollte, Orden anzunehmen. (Hört, hört!) Derselbe Herr Günther nimmt aber dann einen Orden an. (Heiterkeit.) Der Abg. Brodau sagte, es gibt vier Klassen von Orden, die verdienten, die ererbten, die erdienten und die ererbten. Die verdienten bekennen diejenigen, die irgend etwas in Kunst und Wissenschaft geleistet haben, die ererbten erhalten diejenigen, die lange auf einem Beamtenposten gesessen haben, einen ererbten Orden bekommt man, wenn man an einem Diner mit einem Fürsten teilgenommen hat und den ererbten Orden erhält derjenige, der den besten Dienst machen kann. (Heiterkeit!) Und dann nimmt Herr Günther einen Orden an. Noch nicht beachtet hat man, was das schönste an der Sache ist: ich hätte der sächsischen Regierung gar nicht soviel Sarkasmus zugeschaut, wie sie hier zum Ausdruck gebracht hat. Herr Günther hat das Ritterkreuz des Albrechtsordens erhalten, der im Jahre 1850 gegründet worden ist aus Jubel über das Niederschlagen der Revolution. Auf der einen Seite steht die Zahl 18, auf der anderen die Zahl 50, und nun geht ausgerechnet Herr Günther, der jede Rede mit 1848 anfangt, der sich als Erb Robert Blums bekennt, der die Erste Kammer bekämpft, der auf dem Boden von 1848 leben und sterben will, der geht nun dekoriert mit der Zahl 1850 herum. (Große Heiterkeit.) Schönner konnte die Sache gar nicht zum Ausdruck kommen.

Man fürchtet die Sozialdemokratie mehr als wir ahnen. Deshalb Sie nur einmal die Verhandlungen über das Pfarrbefoldungsgebot in der Ersten Kammer. Wir müssen es ablehnen, sagte man dort, denn sonst müßten mehr Steuern erhoben werden; wir wollen aber die Leute nur wenig Steuern zahlen lassen, damit sie durch Sparen Gelegenheit haben, an den Vorzügen des kapitalistischen Systems Anteil zu nehmen, denn dann verlieren die Sozialdemokratie ihre Anhänger. (Große Heiterkeit!) Darum also müssen die Pfarrer niedrigere Gehälter bekommen. Also greifen Sie nur hinein ins volle Menschenleben, an Stoff wird es wahrlich nicht fehlen. Bezuglich der Schule weise ich auf das vorzügliche Buch von Uhlig hin, es ist eine wahre Fundgrube. Seltens hat uns für einen Wahlkampf eine solche Fülle von Material zu Gebote gestanden wie diesmal. (Lebhafte Beifall.)

Die Debatte ist erschöpft, es folgen die Schlusssätze der Referenten.

Uhlig: Ich will lediglich noch die Bitte an Sie und die Genossen des ganzen Landes richten, mir alles Material über die

Beratungen und Beschlüsse der Gemeinden zum Gemeindewahlrecht und zur Steuerpolitik der Gemeinden zu kommen zu lassen. Wir müssen dafür sorgen, daß dieses Material schon für den nächsten Wahlkampf nutzbar gemacht wird. (Beifall.)

Fleischer: Bei der Schulreform unterscheiden wir uns sehr günstig von den Liberalen, da wir auch einen Weg für die Ausbringung der Lasten geeignet haben. Aber die Liberalen haben uns nicht unterstützt, sondern vor allem halt gemacht, was die Gemeinden in eine ungünstigere Situation bringen könnte. Weder das liberale Wahlblatt noch ihre "Arbeiterkandidaten" können uns mutlos machen. In Sachsen sind die Verhältnisse so durchsichtig und klar, daß von einer Änderung unserer Stellungnahme gar keine Rede sein kann. Sehen wir mutig und zuversichtlich in den Wahlkampf, dann wird sich das übrige schon finden. (Lebhafte Beifall.)

Die Resolution wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 4:

Römerierung der Landtagskandidaten.

Die vorgeschlagene Liste wird genehmigt mit der Maßgabe, daß etwaige Ältern, die sich herausstellen sollten, durch die Vorschläge der Kreise unter Zustimmung des Landesvorstandes, der in diesem Falle an die Stelle der Landesversammlung tritt, aufgefüllt werden sollen.

(Die Liste drucken wir morgen ab.)

Es folgt Punkt 5:

Anträge der Parteigenossen.

Es liegt vor der Antrag der Konferenz des 8. Landtagswahlkreises:

Der § 15 des Statuts der sozialdemokratischen Partei Sachsen ist wie folgt zu ändern: jeder Wahlkreis entsendet bis zu 1800 Mitglieder 1, bis 3000 Mitglieder 2 Delegierte. Auf je weitere 3000 Mitglieder entfällt 1 Delegierter, die Kosten der Delegation sind auf die Bezirkstassen zu übernehmen.

Der Antrag wird genügend unterstützt. Zur Begründung erhält das Wort

Gierzel-Groß-Lugau: Der Antrag ist aus Sparmaßnahmen entstanden und um den Streit über die Zahl der Delegierten zu beenden. Uns stehen 5 Delegierte zu, nach dem Antrag aber nur 2. Auf der Landesversammlung in Plauen ist das Recht der Delegation nicht voll ausgenutzt worden. Wird der Antrag angenommen, so kommen die kleineren Kreise nicht mehr in Verlegenheit. Heute haben nicht einmal die Leipziger, obwohl wir in Leipzig tagen, das Recht der Delegation voll ausgenutzt, sie haben nur 18 Delegierte, die anderen 10 haben sie weggelassen, jedenfalls um zu sparen. Auf der Landesversammlung waren 128 Delegierte zulässig, anwesend waren nur 66; heute sind 185 Delegierte zulässig, anwesend sind nur 105, der Grund ist jedenfalls in Sparsamkeitsrücksichten zu suchen. Wenn die Dinge aber so liegen, dann kann die Delegiertenzahl vermindert werden. Wie die Übernahme der Kosten geregelt werden soll, das müßte allerdings noch weiter erörtert werden. Wie es möglich sein soll, kann ich jetzt noch nicht ganz übersehen. Der Antrag Lipinski auf der vorigen Landesversammlung wollte auf je 1000 Mitglieder 1 Delegierter, unser Antrag schränkt die Zahl etwas weiter ein, ich beantrage aber noch einen Zusatz, nämlich hinter den Satz „auf je weitere 3000 Mitglieder entfällt 1 Delegierter“ wünschen wir noch hinzugefügt, „jedoch muß jedes angegangene 3000 die Zahl 1800 übersteigen.“

Sindermann erläutert den Antrag abzulehnen. Was die Sparsamkeit anlangt, so seien wir, daß die Landesversammlung der sächsischen Parteigenossen im Vergleich mit anderen Bundesstaaten die am meisten befreit ist. Wir haben 177000 Parteimitglieder und nur 110 Delegierte. In der Organisationskommission, die das Statut für die Gesamtpartei ausarbeitete, wurde auf die Notwendigkeit einer Einschränkung der Vertretung der Reichstagsfraktion auf dem Parteitag hingewiesen, weil 110 Abgeordnete natürlich einen sehr starken Einfluss auf den Gang der Geschäfte ausüben können. Bei der Schaffung des sächsischen Statuts haben wir und ebenfalls die Frage vorgelegt, ob wir die Vertretung der Landtagsfraktion auf der Landesversammlung einschränken können. Wir haben davon abgesehen. Wir haben jetzt schon 18 Bezirksvorstandsmitglieder, 12 Reichstagsabgeordnete und 25 Landtagsabgeordnete hier, also über 80 Personen ohne bestimmtes Mandat und wir wollen doch die Zahl unserer Abgeordneten noch erhöhen. Würden wir nun die Delegiertenzahl einschränken, so würden die Delegierten nicht mehr so überwiegend, wie das im Interesse der Organisation und bei der Beratung prinzipieller, taktischer und sonstiger, die Interessen aller Parteigenossen berührenden Fragen wünschenswert ist. Es muß vom vollen Delegationsrecht Gebrauch gemacht werden können. Vielleicht wird auf einer späteren Landesversammlung eine bestimmte Norm für eine Einschränkung der Delegiertenzahl beschlossen, aber heute bitte ich Sie den Antrag abzulehnen.

Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Es folgt der Antrag Hellmann und Genossen:

Dem Landesvorstand und jedem Bezirksvorstand muß künftig gemäß § 4 des Organisationsstatuts der Gesamtpartei eine Genossin angehören.

Hellmann begründet den Antrag mit dem Hinweis auf das Organisationsstatut der Gesamtpartei. Unserer Organisation gehören 30 000 Frauen an, die haben auch ein Recht, im Landesvorstand vertreten zu sein. Die Gegnerschaft gegen den Antrag verrät kleinbürgerliche Spießbürgertum und Willkür. Wenn der Antrag nicht angenommen wird, wird der nächste allgemeine Parteitag sich damit zu beschäftigen haben, daß Sachen dem Organisationsstatut nicht nachkommt.

Müller-Leipzig: Ich begreife nicht, wie die Genossinnen nach den Ausführungen auf der vorigen Landesversammlung den Antrag wiederholen können. Kein Genosse hat das Recht, zu verlangen, daß er an einer bestimmten Stelle gestellt werden müsse, hier aber heißt es, es müsse eine Frau gewählt werden. Das ist der springende Punkt. (Sehr richtig!) Dagegen werden wir uns, das können die Frauen nicht verlangen. Wir haben große Not, die genügenden Funktionärinnen zu bekommen und wenn wir verlangen, daß Genossinnen zu Konferenzen oder zur Agitation geschickt werden, so wird uns immer gesagt: Ja, wir haben keine, sie müssen erst herangeführt werden.

Lipinski-Leipzig wendet sich ebenfalls gegen den Antrag, der auch in die Autonomie der Bezirke eingreift. Das Muß im Statut der Gesamtorganisation bestimmt Hellmann fälschlich auf die Landesorganisationen; es beziehe sich in Wirklichkeit nur auf die Kreisorganisationen.

Sindermann schlägt sich dem an; in den Kreisorganisationen hat die Bestimmung auch einen Sinn, da dort bis zu 80 Mitglieder vorhanden sein können. Daß die Agitation unter den Frauen gerade in Sachsen sehr rüdig betrieben werde, sei z. B. in der Gleichheit anerkannt.

Frau Henning-Leipzig tritt für den Antrag Hellmann ein. Wenn er mit der Autonomie der Bezirksvorstände vereinbar ist, so könnte diese ja leicht abgedämpft werden. Müller hat sich dazu versteigen, zu sagen, daß wenn in Leipzig nach Frauen verlangt wird, die zur Agitation hinausgehen sollen, wir erst einen Kurs zu ihrer Ausbildung verlangen. Die Kurse sind uns angeboten worden, warum sollten wir sie da nicht nehmen. (Sehr richtig!) Haben Sie etwa darüber zu klagen, daß die Genossin Sie im Parteivorstand ist?

Lipinski bemerkt gegenüber der Vorrednerin, daß der Leipziger Bezirksvorstand keinen Einfluss darauf hat, wen der 12. und 13. Kreis in ihn wählt. Weiter konstatiert sie, daß bei der letzten Neorganisationskonferenz auf meinen Antrag die Genossin Sieg von einer Beisitzerin zur Sekretärin befördert wurde, der Vorstand überlegte sich das ein paarmal, wir aber hielten es für nötig, die Stellung der Genossin so zu gestalten.

Rebrik-Dusatin: Ich stelle mich auf Sindermanns Standpunkt und lehne den Antrag ab. Gewiß ist es das Recht jedes Delegierten, seine Meinung hier auszusprechen, aber als Parteigenossen aus dem Volke habe ich das Empfinden, daß das hier in diesen drei Tagen manchmal in einer Art und Weise geschehen ist, die nicht immer der Würde des Landesparteitags entsprach (Lebhafte Beifall).

Zustimmung) und das trifft besonders auf Hellmann zu (Erneute Zustimmung). Eine solche Art zu diskutieren, war ich bisher nur von denselben Personen gewöhnt, die sich in einem gewissen Dünkel über die anderen erheben. Wenn er sich vielleicht in der Adresse gerettet haben sollte, so will ich ihm die Aufgabe geben, daß das Urteil auf der Ausstellung ist und nicht hier (heiterer Beifall).

Hellmann-Chemnitz: Ich bin mir nicht bewußt, die parlamentarische Form verletzt zu haben. Wie oft ich das Wort ergreife, bestimme ich selbst und der Gang der Debatte. Erhaben fühle ich mich allerdings über jede Kleingruppe und Missständigkeit. Kleingruppen mögen sicher sein, daß ich sie gering schaue, sowohl aber einer kein Kleingruppe ist, schaue ich ihm mehr, ob ihm das recht ist oder nicht. — Der Redner legt darauf nochmals dar, daß sein Antrag nur die Erfüllung einer Parteipflicht fordere und fragt, ob man wirklich behaupten wolle, daß unter den 3000 sächsischen Genossinnen keine für den Landesvorstand geeignet sei.

Geyer-Leipzig: Wie man in den Wald hineinkriegt, so schaft es heraus, das mag Hellmann ad natum nehmen. Er hat die ganze Landesversammlung, wenn sie seinem Antrag nicht zustimmt, als Reaktionäre hingestellt und muß es sich deshalb gefallen lassen, wenn er apostrophiert wird. Ich bin der Auffassung Sindermanns und Leibnitz'. Eine Änderung des Landesstatuts kann nicht im Handumdrehen erfolgen. Gegenüber Hellmann, der ein Vorrecht für die Schwächeren verlangt, verweise ich auf die Gleichberechtigung aller in der Partei.

Fleischer: Hellmann zensiert alle, will aber selbst keinezensur dulden (Zuruf: Grönenvahn! — Zustimmung). Er muß sich gefallen lassen, solange er ja versucht, auch so behandelt zu werden. Soweit ich mich erinnere, hat sich, wenn in gemeinschaftlicher Sitzung des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände solche Dinge besprochen wurden, der Chemnitzer Bezirksvorstand stets auf unserem Standpunkt gestellt. Ja, macht denn in Chemnitz der Bezirksvorstand die Politik oder Genossen Hellmann? (Zuruf: Hellmann.) Aufgefallen ist mir auf dieser Landeskonferenz ein merkwürdiger Widerspruch zwischen Hellmann und dem Chemnitzer Bezirksvorstand! (Sehr wahr!) Die Frau hat die gleichen Rechte in der Partei wie der Mann, aber keine Vorrechte. Beschwerden über Vernachlässigung der Frauenaugitation wurden nicht vorgebracht; diese fruchtbaren Debatten sind also unndig, besonders dann, wenn in sie ein Ton hineingetragen wird wie heute durch Hellmann. (Zustimmung.)

Mehner-Chemnitz erklärt, daß der Bezirksvorstand Chemnitz mit dem persönlichen Antrag Hellmann nichts zu tun habe. Fleischer hat merkwürdigste Andeutungen über den Chemnitzer Bezirksvorstand gemacht, über solch interne Dinge wollen wir aber doch hier nicht sprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Fritz-Chemnitz bestätigt, daß der Bezirksvorstand mit dem Antrag Hellmann nichts zu tun hat. Hellmann scheine in der Sache ja im Recht zu sein; da aber die praktische Durchführung fraglich ist, müßte allenfalls der Parteitag eine zwingende Bestimmung aussuchen. Es wäre sonst möglich, daß Genossinnen, die tatsächlich nicht geeignet sind, in Korporationen hineinkommen.

Bud-Dresden: Wenn Hellmann rechtmäßig und der § 4 sich auf alle Vorstände beziehe, wozu dann der § 14, der die Mitgliedschaft einer Frau im Parteivorstand vorschreibt? (Zustimmung.)

Lipinski weist darauf hin, daß dieser Grund wohl durchschlagend sei, und daß der Parteivorstand gegen das 1911 beschlossene Landesstatut keinen Einpruck erhoben hat.

Der Antrag Hellmann wird darauf gegen 21 Stimmen abgelehnt.

Zur Wahl in den Landesvorstand sind vorgeschlagen: Sindermann, Schulze, Braune und Frau Grabnauer. Die Stimmzettelzählung ergibt die Wahl von Sindermann mit 141, Braune mit 122 und Schulze mit 120 Stimmen.

Lipinski dankt in seiner Schlussrede für die sachmännischen Führungen auf der Ausstellung, wirkt einen Rückblick auf die Verhandlungen, hofft, daß sich das Plauener Blatt gut entwickeln werde, empfiehlt allgemeine Einführung des Wahlfondsbeitrags und fordert auf zu intensivem Kampf gegen die Reaktion und den Landtagswahlkampf.

Wir haben ferner für die kommenden Landtagswahlen die Richtlinien aufgestellt, die für die Agitation notwendig sind. Wir sind damit jeden Augenblick bereit, in den Wahlkampf einzutreten, und da halte ich es mit dem Auspruch Fritz Neuberts, den Molkenbuhr heute äußert hat: Wir halten fest, was wir haben und fuchen zu bekommen, was wir erwarten können. Wir wollen also alles einnehmen, um das Ergebnis der nächsten Landtagswahlen für die Partei exzellentisch zu gestalten.

So hat auch diese Landesversammlung für die Partei fruchtbare Arbeit geleistet, und ich kann die Versammlung schließen mit dem alten bewährten Ruf: Die völkerbefreiende Sozialdemokratie, sie lebe hoch! (Die Versammelten stimmen dreimal begeistert in das Hoch ein.)

Die Versammlung ist geschlossen.

Schluss: 2 Uhr.

